



Jahresbericht 2022



BUNDESPOLIZEI



Inhaltsverzeichnis

4 Grußwort der Bundesministerin
des Innern und für Heimat

6 Vorwort des Präsidenten des
Bundespolizeipräsidiums

8 Aufgaben der Bundespolizei

10 Die Bundespolizei – Wir sind Sicherheit

14 Entschärfungsdienst der Bundespolizei

15 Bundespolizei See

16 Dimensionen

18 Die Bundespolizei in Zahlen

20 Organigramm

22 Bilanz

24 Delikte

26 Fahndung

28 Schwere und Organisierte Kriminalität

29 Politisch motivierte Kriminalität

29 Internationale Ermittlungen

30 Kriminaltechnik

32 Super-Recogniser

32 UnterstützungsverBund Chemisch
Biologisch Radiologisch Nuklear

33 Krisenfestigkeit

33 Schutz Kritischer Infrastruktur auf See

34 Bundesbereitschaftspolizei

36 Fußball

38 Gewalt gegen Einsatzkräfte

40 Prävention und Opferschutz

42 Projektgruppe Smart Borders
Bundespolizei

44 Luftsicherheitskontrollen

45 Passenger Name Records

45 Länderspezifisches Informations-
und Erkenntnisssystem

46 Migration

48 Rückführungen

49 Humanitäre Aufnahmeverfahren

49 Zuverlässigkeits- und Sicherheits-
überprüfungen

50 Auslandsverwendungen

60 Jahresrückblick 2022

77 Elektronische Verwaltung

77 Umweltmanagement in der Bundespolizei

78 Personal und Ausstattung

80 Personal der Bundespolizei

81 Personalhaushalt

81 Haushalt

82 Verwaltung

82 Polizeivollzugsbeamte

84 Laufbahnen der Bundespolizei

85 Liegenschaften

86 Aus- und Fortbildung

87 Trainingszentrum der Bundespolizei
Kühroinhaus

88 Nachwuchsgewinnung

90 Amtsbezeichnungen der Bundespolizei

92 Ärztlicher und
Sicherheitstechnischer Dienst

93 Bundespolizeiseelsorge

94 Spitzensport

96 Führungs- und Einsatzmittel

102 Abkürzungsverzeichnis

103 Impressum

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

der völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Welt tief erschüttert und das Jahr 2022 in besonderem Maße geprägt. Seine weitreichenden Folgen wirken weltweit und beschäftigen auch uns weiter. Das gilt auch für die vielfältigen Aufgaben der Bundespolizei im In- und Ausland.

Für uns ist klar: Wir müssen mehr denn je die gesamte Bandbreite an Sicherheitsrisiken und Bedrohungen in den Blick nehmen, um die deutsche Gesellschaft zu schützen. Phänomenbereiche wie Schleusungskriminalität, schwere und organisierte Kriminalität, politisch motivierte Kriminalität und irreguläre Migration gehören in den Fokus.

Zudem müssen wir den Schutz der Kritischen Infrastruktur in besonderem Maße in den Blick nehmen und neu ausrichten.

Das zeigt uns beispielsweise die Pipeline-Sabotage von Nord Stream im Oktober 2022. Daher verstärken wir unter anderem den Schutz unserer maritimen Infrastrukturen weiter: Die Bundespolizei zeigt auf See erhöhte Präsenz, zum Beispiel auch durch die Begleitung von LNG-Schiffen auf der Nordsee.

Die Bundespolizei hat im letzten Jahr angesichts der Herausforderungen Großartiges geleistet. Jede und jeder einzelne von Ihnen, alle Beschäftigten der Bundespolizei, haben dazu einen Beitrag geleistet. Dafür danke ich Ihnen auch ganz persönlich.

Auch deshalb macht es mich sehr betroffen, dass die Zahl der Angriffe auf Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte im letzten Jahr im Vergleich zum Vorjahr erneut deutlich gestiegen ist. Jeder einzelne Angriff auf Polizistinnen und Polizisten ist einer zu viel und wird von mir auf das Schärfste verurteilt.

Sich jeden Tag für die Sicherheit unseres Landes einzusetzen, verdient unseren Dank und Respekt. Das muss sich auch finanziell widerspiegeln. Der Bund führt daher die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage wieder ein. Wir brauchen die besten Kräfte für die wichtigen Aufgaben der Bundespolizei. Ich freue mich deshalb, dass sie als Arbeitgeber attraktiv bleibt. Für viele junge Menschen ist der Dienst für die Sicherheit unserer Gesellschaft ein attraktives Berufsziel, auch dank innovativer Kampagnen und intensiver Medienarbeit der Nachwuchswerbung: Erneut wurde die Bundespolizei mit einem renommierten Preis der Kommunikationsbranche ausgezeichnet. Dazu beglückwünsche ich Sie!

Das bedeutet auch: Die Bundespolizei wird jünger! Das Durchschnittsalter der Beschäftigten lag 2022 bei rund 42 Jahren. Zählt man Anwärterinnen und Anwärter sowie die Auszubildenden in den zivilen Berufen hinzu, lag es sogar bei unter 39 Jahren. Damit ver-

ändert sich die Bundespolizei sowohl im Innern als auch mit ihrem Gesicht nach außen.

Allen neuen Kolleginnen und Kollegen, die diesen Jahresbericht zum ersten Mal in der Hand halten, sage ich an dieser Stelle: Willkommen! Sie sind nun Teil der großen Familie Bundespolizei, die mit mehr als 54.000 Menschen Dienst für unser Land tut. Den länger gedienten, erfahreneren unter Ihnen danke ich für Ihren Einsatz, Ihre Ausdauer und Professionalität. Dass Deutschland eines der sichersten Länder der Welt ist, ist auch Ihr Verdienst. Darauf können Sie stolz sein!

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre des Jahresberichts der Bundespolizei.

Ihre



Nancy Faeser

Bundesministerin des Innern und für Heimat

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

vermutlich verbindet jeder etwas Anderes mit dem Jahr 2022 – sicher wird aber uns allen der fortwährende Angriffskrieg auf die Ukraine im Gedächtnis bleiben, der neben unvorstellbarem Leid auch zu einer großen Fluchtbewegung nach Westen geführt hat. Am Tag des Kriegsbeginns stellte die Bundespolizei am 24. Februar 2022 den ersten Kriegsflüchtling fest – über eine Million sollten folgen.

Überhaupt hält die Migrationslage die Bundespolizei im gesamten Jahr in Atem – insbesondere die Migration aus Belarus und über den Balkan prägt den grenzpolizeilichen Alltag an den Landgrenzen

im Osten und im Süden. Im Jahresverlauf steigen dann die Feststellungszahlen unerlaubt eingereister Personen, insbesondere an der Ostgrenze sowie an der deutsch-schweizerischen Grenze. Ab dem Frühsommer unterstützt die Bundespolizei erneut mehrere Bundesländer mit Hubschraubern und Wasserwerfern erfolgreich bei der Bekämpfung von Waldbränden.

Neben Krisen gibt es auch positive Nachrichten: Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie konnten Stück für Stück aufgehoben werden, das gesellschaftliche Leben hat sich in weiten

Teilen normalisiert. Der G7-Gipfel in Elmau ist weitestgehend friedlich verlaufen. Und die GSG 9 der Bundespolizei feierte ihr 50. Gründungsjubiläum.

Ganz gleich, wie sich die Lage entwickelt – WIR sind Sicherheit! Die Bundespolizei bleibt Ihr verlässlicher Partner.

Dr. Dieter Romann
Präsident des Bundespolizeipräsidiums



Die Bundespolizei – Wir sind Sicherheit

Die Bundespolizei ist fester Bestandteil der deutschen Sicherheitsarchitektur und verlässliche Partnerin für Polizeiarbeit in Europa und weltweit. Neben der Kernaufgabe des Grenzschutzes leistet die Bundespolizei ihren Beitrag für die Sicherheit der Menschen auf Bahnanlagen und Flughäfen sowie den deutschen Küstengewässern. Auch der Schutz von Bundesorganen sowie Einsätze bei Großveranstaltungen oder bei internationalen Polizeimissionen gehören zu ihrem Arbeitsalltag. Die Bundespolizei bietet spezialisierte Kompetenzen für die Sicherheit in Deutschland. Von der Ermittlungsarbeit bis zur Terrorismusbekämpfung: Zu Land, zu Wasser und in der Luft.



Grenzschutz

Für grenzpolizeiliche Aufgaben sowie die Gefahrenabwehr ist die Bundespolizei in einem 30 Kilometer breiten Gebiet entlang der rund 3.831 Kilometer langen Landgrenze zuständig. Entlang der 888 Kilometer langen deutschen Seegrenze in der Nord- und Ostsee beträgt die Ausdehnung des Grenzgebiets 50 Kilometer. Zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität überwacht, fahndet und ermittelt die Bundespolizei. Sie führt an vielen Flug- und Seehäfen grenzpolizeiliche Kontrollen sowie einreiseverhindernde und aufenthaltsbeendende Maßnahmen durch. An den landseitigen Binnengrenzen erfolgen zudem stichprobenartige grenzpolizeiliche Maßnahmen – unterhalb der Schwelle von Grenzkontrollen.



Bahnpolizei

Die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes ist eine weitere Kernaufgabe der Bundespolizei. Darunter fällt etwa die Bekämpfung von Kriminalität, von der Reisende oder Bahnanlagen selbst betroffen sein können. Die Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes umfassen 5.699 Personenbahnhöfe in einem Schienennetz von 33.469 Streckenkilometern. Als Bestandteil der kritischen Infrastruktur benötigen Bahnanlagen besonderen Schutz. Diese Aufgabe bildet einen Schwerpunkt staatlicher und unternehmerischer Sicherheitsvorsorge.



Luftsicherheit

Die Bundespolizei nimmt an insgesamt 13 deutschen Flughäfen Aufgaben zum Schutz der Luftsicherheit wahr. In ihrem Auftrag werden durch speziell geschulte Luftsicherheitsassistenten mittels moderner und effizienter Kontrolltechnik die Fluggäste sowie mitgeführtes Reise- und Handgepäck auf gefährliche und verbotene Gegenstände kontrolliert. Den Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des zivilen Luftverkehrs stellt die Bundespolizei zudem durch das Bestreifen des Flughafengeländes sowie durch den bewaffneten Schutz der Luftsicherheitskontrollstellen sicher.



Schutz von Bundesorganen

Die Bundespolizei schützt auf Ersuchen sowie im Einvernehmen mit den Ländern besonders gefährdete Verfassungsorgane und Ministerien des Bundes. Angriffe hierauf sollen verhindert oder abgewehrt und die Funktionsfähigkeit soll, insbesondere bei Veranstaltungen und Besuchen aus dem In- und Ausland, sichergestellt werden. Zu den Schutzobjekten zählen unter anderem das Bundespräsidialamt, das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium des Innern und für Heimat, das Bundesverfassungsgericht und die Zentrale der Deutschen Bundesbank.



Aufgaben auf See

Die Bundespolizei ist Partnerin im Maritimen Sicherheitszentrum in Cuxhaven und damit Teil des Kooperationsnetzwerkes der auf See operierenden Kräfte des Bundes und der Küstenländer. Sie setzt Einsatzschiffe sowie Kontroll- und Streifenboote in Nord- und Ostsee sowie im Rahmen des Frontex-Engagements im östlichen Mittelmeer ein. Die Bundespolizei schützt die seeseitige Schengen-Außengrenze, kontrolliert den Seeverkehr, überwacht kritische Infrastruktur, bekämpft maritime Kriminalität und ermittelt bei Umweltdelikten. Weltweit leisten speziell geschulte Bundespolizeikräfte für deutsche Reedereien Präventionsarbeit gegen Piraterie und Entführungslagen.



Kriminalitätsbekämpfung

Die Kriminalitätsbekämpfung zeichnet sich durch spezifische Ermittlungskompetenzen aus. Die prioritären Delikte Schleusungs- und Gewaltkriminalität, Eigentumsverbrechen durch reisende Täter sowie Straftaten unter Nutzung des Tatmittels Internet, aber auch polizeiliche Kriminalprävention und Gefahrenabwehr in Bezug auf Politisch motivierte Kriminalität gehören zur Kriminalitätsbekämpfung. Die polizeifachliche Datenverarbeitung bildet dabei die Grundlage einer effizienten Aufgabenbewältigung.



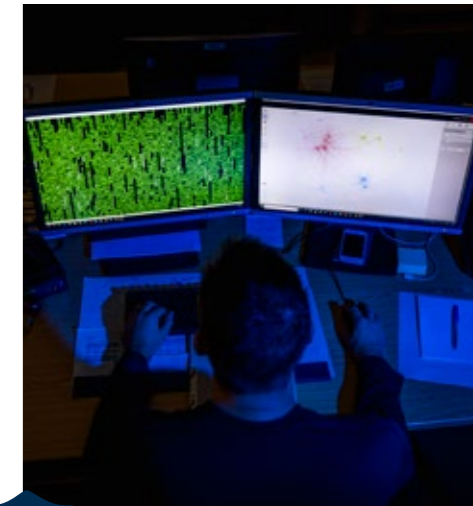
Internationales Engagement

Das internationale Engagement der Bundespolizei unterstützt mittelbar auch die Aufgabenerfüllung im Inland. Zum Schutz der EU-Außengrenzen werden speziell geschulte Kräfte wie Dokumenten- und Visumberater, Verbindungsbeamte, Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland, Frontex Team Member sowie EU-/VN-Missionsteilnehmende eingesetzt. Die polizeiliche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe dient der Umsetzung sicherheitspolitischer Kooperationen in Drittstaaten. Inklusiv der Spezialkräfte der Dienststelle Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland setzt die Bundespolizei jährlich mehr als 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausland ein.



Bundespolizei-Flugdienst

Der Flugdienst unterstützt die Dienststellen der Bundespolizei sowie sonstige nationale und internationale Bedarfsträger mit Sicherheitsaufgaben. Mit 94 Hubschraubern ist er nach der Lufthansa der zweitgrößte Betreiber ziviler Luftfahrzeuge in Deutschland und eine der größten polizeilichen Flugdienstorganisationen weltweit.



Einsatz- und Ermittlungsunterstützung

Die Spezialkräfte der Einsatz- und Ermittlungsunterstützung der Bundespolizei wirken bei Einsätzen und Ermittlungen unter besonderen technischen Herausforderungen mit. Sie bündeln operativ-technische sowie digital-forensische Kompetenzen der Bundespolizei. Zu den grundsätzlich verdeckt ausgeführten Einsätzen zählen etwa die technische Überwachung von Objekten, Personen oder Fahrzeugen sowie die Auswertung von Speichermedien. Dadurch gewonnene Informationen können wertvolle Ermittlungsergebnisse liefern und bilden die Grundlage für weitere operative Maßnahmen. Im digitalen Zeitalter ist die schnelle Anpassung und stetige Weiterentwicklung der Fähigkeiten dabei oberste Prämisse.



Mobile Fahndungseinheiten

Die Mobilen Fahndungseinheiten (MFE) bilden mit ihren verdeckt agierenden Kräften eine unverzichtbare Fähigkeit im System der nationalen sowie internationalen Kriminalitätsbekämpfung. Ihre Kernaufgaben liegen in der Observation und verdeckten Aufklärung sowie der verdeckten Fahndung im Kampf gegen schwere und Organisierte Kriminalität. Die MFE unterstützen zudem auf Anforderung die Polizeien der Länder, das Bundeskriminalamt und die Bundeszollverwaltung. Dank ihrer spezialisierten Ausstattung sowie des hohen Fortbildungsniveaus stehen die MFE darüber hinaus für die Bewältigung von Bedrohungs- und Anschlagsszenarien, insbesondere für Fahndungen, aber auch als Zugriffs- und Interventionskräfte bereit. Sie stützen damit die Reaktions- und Durchhaltefähigkeit anderer Spezialkräfte sowie Spezialeinheiten.



9 GSG 9 der Bundespolizei

Als Spezialeinheit stellt sich die GSG 9 der Bundespolizei anspruchsvollsten Herausforderungen. Sie kommt bei Terrorismuslagen oder schwerer Gewaltkriminalität im In- und Ausland zum Einsatz. Ihr primäres Ziel ist dabei die Rettung von Menschenleben. Zu ihren hochspezialisierten Einsatzeinheiten gehören unter anderem Präzisionsschützen, Fallschirmspringer und Taucher, deren Einsatztaktiken in der Polizei einmalig sind. Gegründet wurde die GSG 9 der Bundespolizei vor 50 Jahren, nach den terroristischen Anschlägen auf die Olympischen Spiele in München 1972.



Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland

Die drei Säulen der Dienststelle Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland der Bundespolizei sind der Personenschutz für Botschaftsangehörige in Gebieten mit erhöhter Gefährdungslage, der Schutz deutscher Liegenschaften in über 80 Auslandsvertretungen weltweit sowie die Sicherheitsberatung.



Besondere Schutzaufgaben Luftverkehr

Um der hohen Gefährdung des Luftverkehrs zu begegnen, werden an Bord deutscher Luftfahrzeuge speziell ausgebildete Kräfte der Dienststelle für Besondere Schutzaufgaben Luftverkehr der Bundespolizei eingesetzt. Sie sollen die Sicherheit aufrechterhalten oder wiederherstellen sowie den Missbrauch eines Flugzeugs als Waffe verhindern.

Entschärfungsdienst der Bundespolizei

Gut 200 aktive Entschärferinnen und Entschärfer standen 2022 der Bundespolizei und weiteren Bedarfsträgern rund um die Uhr an 15 Standorten in Deutschland zur Verfügung. Damit handelt es sich um die größte polizeiliche Entschärferdienststelle Europas. Die Zahl der Entschärfereinsätze lag 2022 bei rund 3.500.

Seit 2020 setzt der Entschärfungsdienst der Bundespolizei Standards im Bereich der Sprengstoffentschärfung. Leitung und Entschärferschule haben ihren Sitz im hessischen Kassel.

Von dort aus werden insgesamt 15 Entschärfergruppen in ganz Deutschland geführt. Neben denen in Bremen, Bad Bramstedt, Hannover, Düsseldorf, Köln, Fulda, Nürnberg, Dresden und Leipzig wurden die Entschärfergruppen in Ballungsräumen personell und materiell gestärkt.

So verfügen die in Berlin, Dortmund, Frankfurt am Main, Hamburg und München mit mehr als 20 operativen Entschärferinnen und Entschärfern und einer kleinen Führungsgruppe über die erforderlichen Ressourcen, um bestmöglich auf eine veränderte Sicherheitslage reagieren zu können. Dabei liegt der Schwerpunkt in Deutschland nicht nur in den Bereichen Luftsicherheit und bahnpolizeiliche Aufgaben, sondern berücksichtigt ebenso die Bedürfnisse von weiteren Bedarfsträgern aus Bund und Ländern.

Hinzu kommt, dass der Entschärfungsdienst der Bundespolizei mit Übernahme der gesamtheitlichen Aus- und Fortbildungsverantwortung vom Bundeskriminalamt 2021 für das polizeiliche Entschärferwesen in ganz Deutschland verantwortlich zeichnet. Das beinhaltet neben der Planung, Organisation und Durchführung der Entschärferausbildung die regelmäßige Fortbildung aller polizeilichen Entschärferinnen und Entschärfer der Polizeien des Bundes und der Länder.



Bundespolizei See

Die veränderte Sicherheitslage in Europa prägt auch die Aufgabenwahrnehmung der Bundespolizei auf Nord- und Ostsee. Der grenzpolizeilichen Gefahrenabwehr und dem Schutz der europäischen Außengrenzen kommt speziell auf der Ostsee eine neue Bedeutung zu. Mit den veränderten Rahmenbedingungen gehen neue Herausforderungen bei der Gewährleistung der Versorgungssicherheit und dem Schutz der Infrastruktur auf See einher.

Die Bundespolizei See ist mit leistungsstarken Einsatzmitteln ausgestattet, die schnelles und professionelles Handeln in einer Vielzahl komplexer Einsatzsituationen ermöglichen. Hierfür unterhält die Bundespolizei unter anderem drei moderne Einsatzschiffe der „Potsdam-Klasse“, auf denen gleichfalls Hubschrauber landen und starten können. Das vierte Schiff dieser Klasse wird 2023 in Dienst gestellt. Zur Bewältigung unterschiedlicher polizeilicher Einsatzlagen stehen darüber hinaus drei Schiffe

der „Bad Bramstedt-Klasse“ sowie fünf kleinere Kontroll- und Streifenboote zur Verfügung. Im Zusammenwirken mit der GSG 9 der Bundespolizei und dem Bundespolizei-Flugdienst sind die Einsatzschiffe in der Lage, flexibel auf komplexe Bedrohungslagen auf See zu reagieren.

Die Bundespolizei schützt und überwacht die Häfen von Nord- und Ostsee sowie die 888 km lange Seegrenze, die zudem eine Schengen-Außengrenze ist. Im östlichen Mittelmeerraum unterstützt die Bundespolizei See mit zwei Kontroll- und Streifenbooten im Rahmen der Frontex Operation „Poseidon“.

Die Bundespolizei See engagiert sich zum Schutz von Schiffen unter deutscher Flagge weltweit in der Pirateriebekämpfung. Dabei kommt insbesondere dem Piraterie-Präventionszentrum (PPZ) der Bundespolizei eine hohe Bedeutung zu. Das PPZ koordiniert präventive Maßnahmen

zur Pirateriebekämpfung mit internationalen Partnern. Die Zusammenarbeit gegen dieses Kriminalitätsphänomen erstreckt sich heute bis nach Singapur und in den indopazifischen Raum.

Neben diesen operativen Aufgaben gewährleistet die Bundespolizei See im Maritimen Schulungs- und Trainingszentrum in Neustadt in Holstein eine sehr umfangreiche und herausfordernde seemannische sowie technische Aus- und Fortbildung. Ein Kernstück ist das neue Verfahrenstrainingszentrum. Hier wird in einem hochmodernen Simulator die Schiffs- und Einsatzführung professionell geübt und somit ein Grundstein für einen Berufsweg in der Bundespolizei See gelegt, aber auch die maritime Fortbildung auf hohem Niveau sichergestellt.

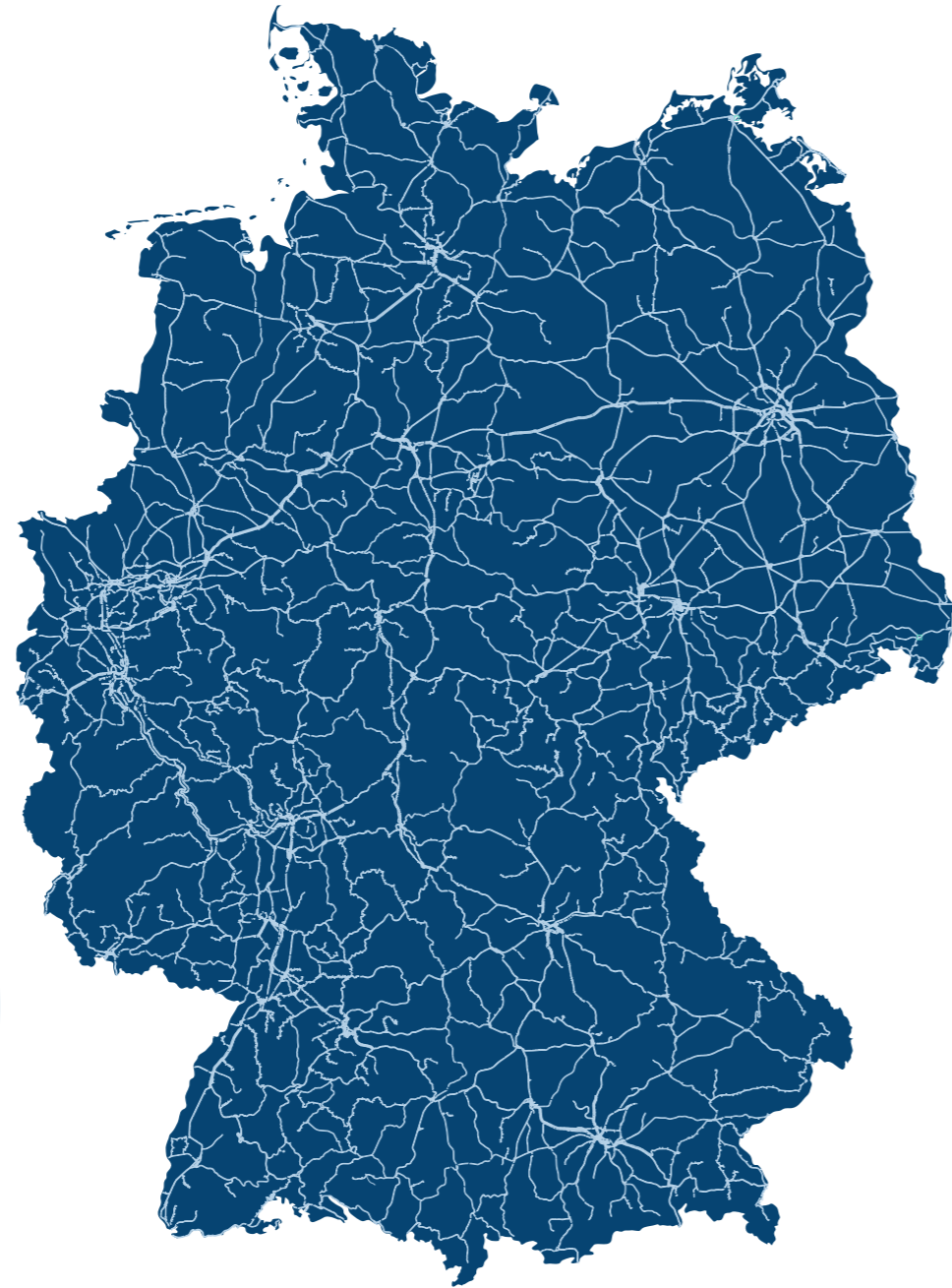


Dimensionen

5.699
Bahnhöfe und
-haltepunkte

1,7 Mrd.
Bahnreisende¹

33.469 km
Streckennetz der
Eisenbahninfrastruktur-
unternehmen des
Bundes



888 km
Seegrenze

3.831 km
Landgrenze

13
Verkehrs-
flughäfen

151,4 Mio.
Fluggäste an den
Verkehrsflughäfen



¹ Ausschließlich Reisende der Deutschen Bahn AG

Die Bundespolizei in Zahlen



1

Bundespolizei-
präsidium



11

Bundespolizei-
direktionen



10

Bundespolizei-
abteilungen



81

Bundespolizei-
inspektionen,
davon



9

Bundespolizei-
inspektionen
Kriminalitäts-
bekämpfung



143

Bundespolizei-
reviere



1

GSG 9 der
Bundespolizei



1

Bundespolizei-
Flugdienst



1

Polizeiliche
Schutzaufgaben
Ausland der
Bundespolizei



1

Besondere
Schutzaufgaben
Luftverkehr der
Bundespolizei



1

Einsatz- und
Ermittlungs-
unterstützung
der Bundespolizei



1

Entschärfungs-
dienst der
Bundespolizei



1

Bundespolizei-
akademie



7

Bundespolizei-
aus- und -fortbildungs-
zentren



2

Bundespolizei-
sportschulen



1

Bundespolizei-
trainingszentrum
Kührointhaus



2

Diensthunde-
schulen



1

Direktionsbereich
Bundespolizei See



45

Polizeiärztliche
Dienste



8

Regionale Bereichs-
werkstätten



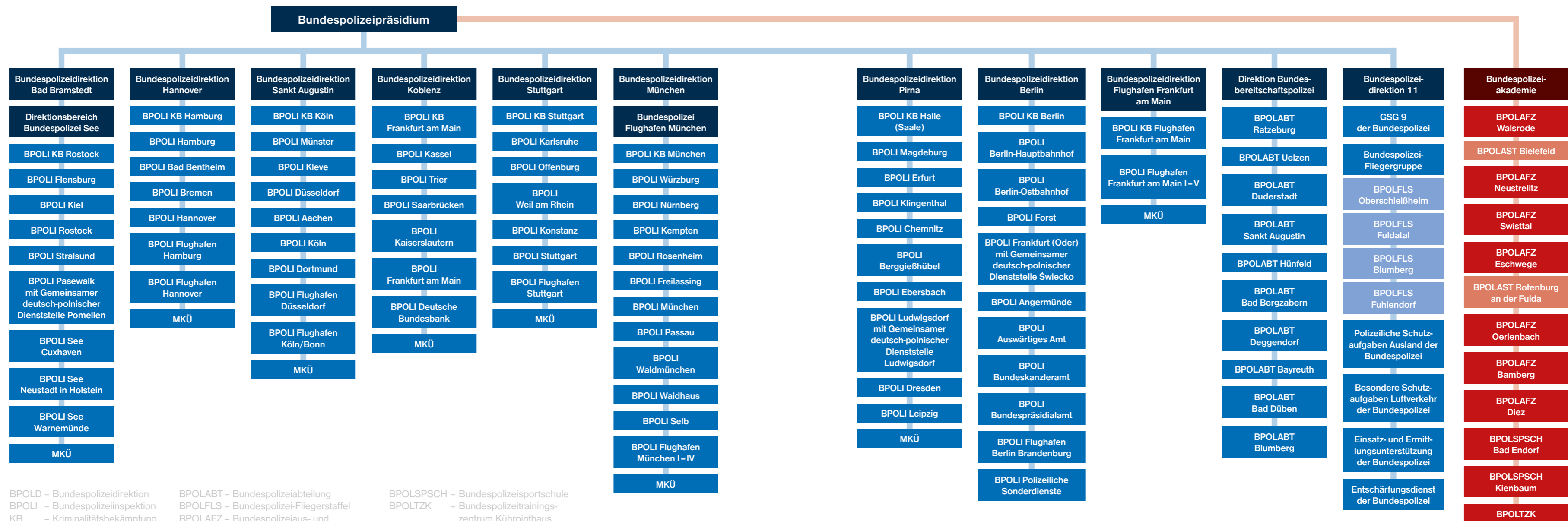
3

Bundespolizei-
orchester



1

Reiterstaffel



BPOLD – Bundespolizeidirektion
 BPOLI – Bundespolizeiinspektion
 KB – Kriminalitätsbekämpfung
 MKÜ – Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit

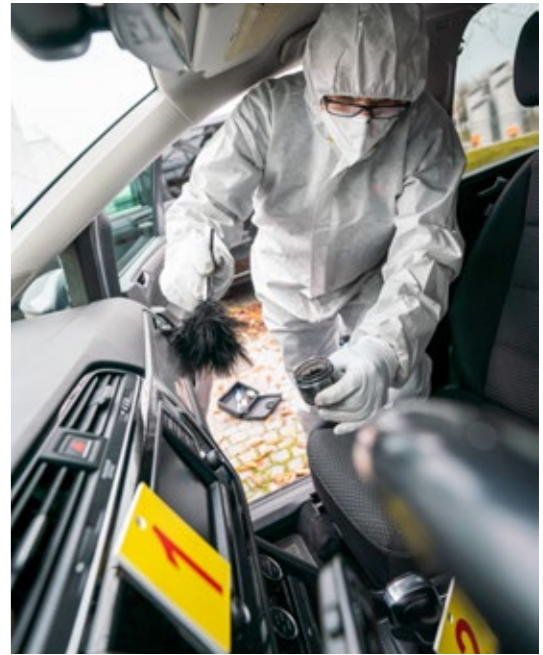
BPOLABT – Bundespolizeiabteilung
 BPOLFLS – Bundespolizei-Fliegerstaffel
 BPOLAFZ – Bundespolizei- und -fortbildungszentrum
 BPOLAST – Bundespolizei- und -fortbildungszentrum

BPOLSPSCH – Bundespolizeisportschule
 BPOLTZK – Bundespolizeitrainingszentrum Kührointhaus

Die Standortkarte der Bundespolizei finden Sie unter www.bundespolizei.de/standorte.



Bilanz

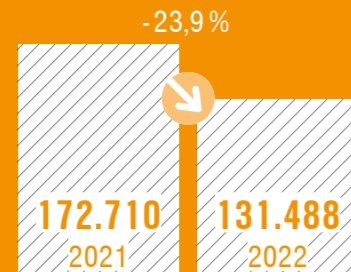


Delikte

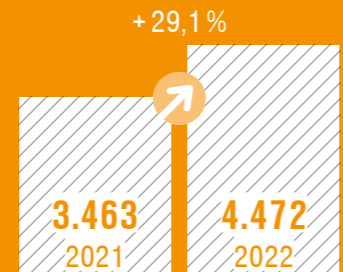
702.478

Straftaten
im Zuständigkeitsbereich
der Bundespolizei
5,2% mehr als
2021 (667.884)

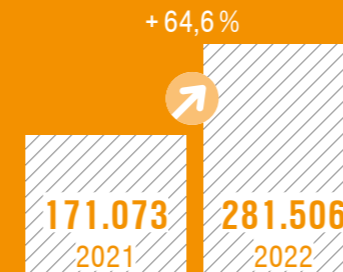
Erschleichen von Leistungen



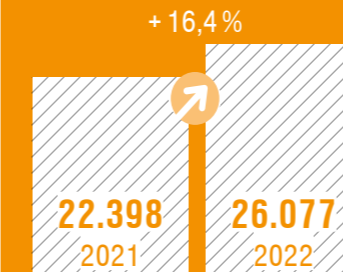
nach Waffengesetz



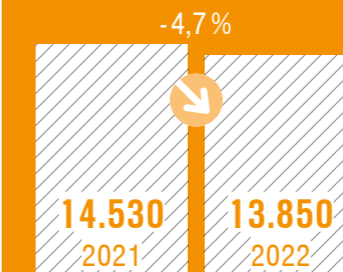
nach Aufenthaltsgesetz



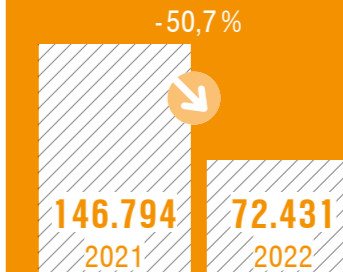
nach Betäubungsmittelgesetz



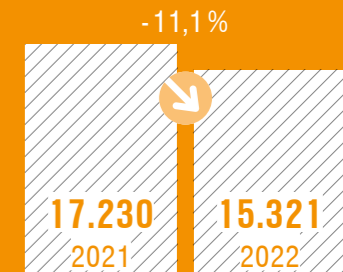
Hausfriedensbruch



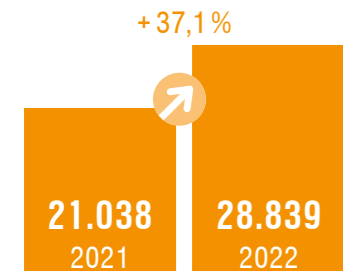
Betrug



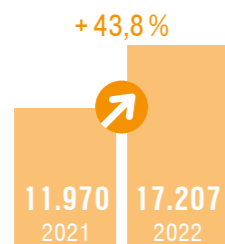
Urkundendelikte



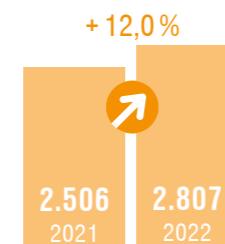
Gewaltdelikte



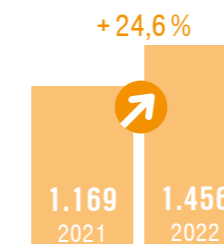
davon Körper-
verletzungsdelikte



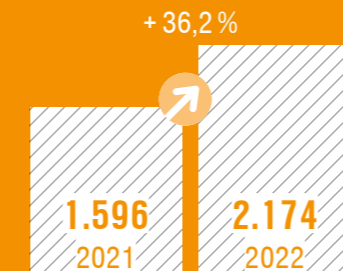
davon Widerstand gegen
Vollstreckungsbeamte



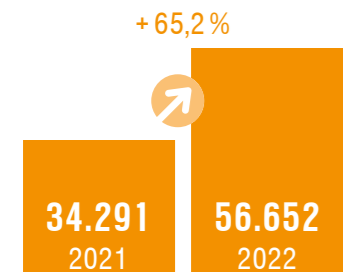
davon tätlicher Angriff auf
Vollstreckungsbeamte



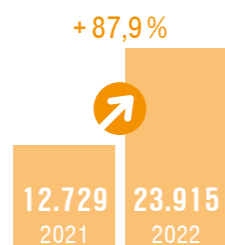
Sexualdelikte*



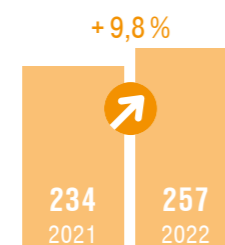
Eigentumsdelikte



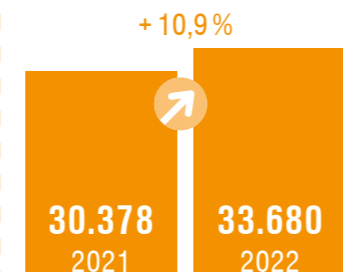
davon Taschen- und
Handgepäckdiebstahl



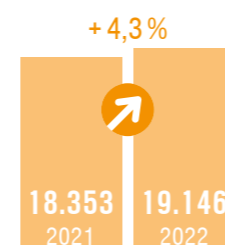
davon aus Fahraus-
weisautomaten



Sachbeschädigungen



davon Graffiti

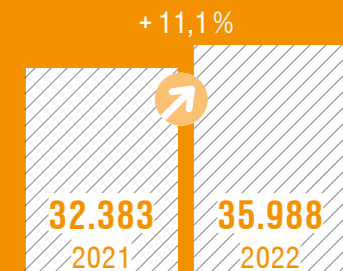


Festgestellte Delikte nach Betäubungsmittelgesetz

	2022	Anteil an Gesamt	davon Abgabe an		
			die Polizeien der Länder	den Zoll	Gesamt
Gesamt	26.077		70,9%	21,6%	92,5%
im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 km	8.265	31,7%	29,2%	58,9%	88,1%
am Grenzübergang	989	3,8%	19,8%	53,3%	73,2%

Es wurden hierbei meist Cannabisergüsse, aber auch Amphetamine, Ecstasy, Heroin, Kokain, Methamphetamin und viele andere Rauschmittel festgestellt.

Sonstige



Quelle: Polizeiliche Eingangsstatistik der Bundespolizei (PES). Diese erhebt statistische Daten im Aufgabenspektrum der Bundespolizei auf Grundlage des Feststellungsprinzips. Ein Vergleich der Daten der PES mit den Daten der polizeilichen Kriminalstatistik ist aufgrund der verschiedenen Erfassungskriterien nicht möglich.

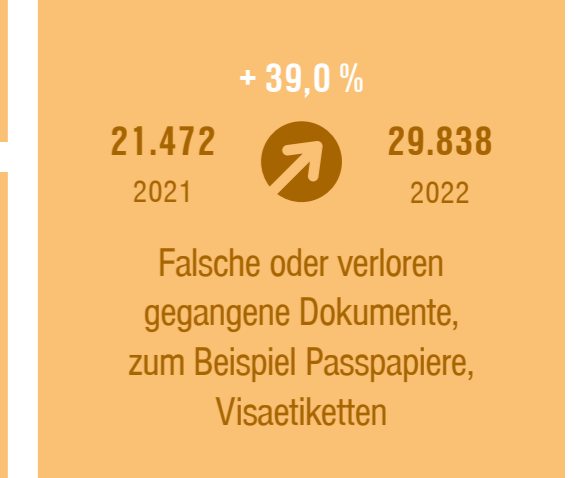
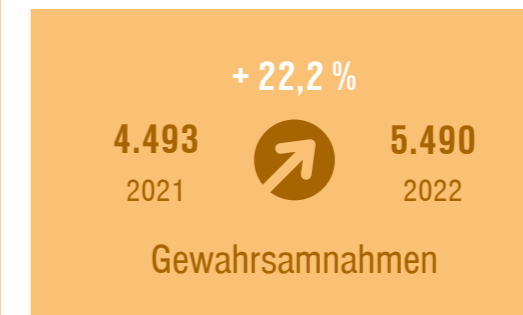
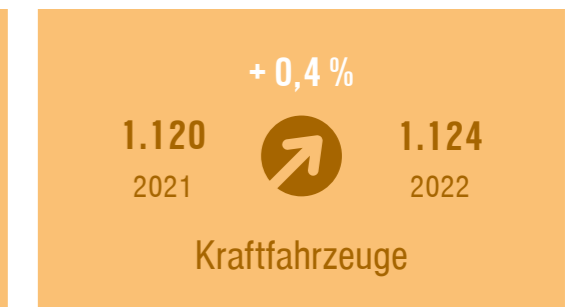
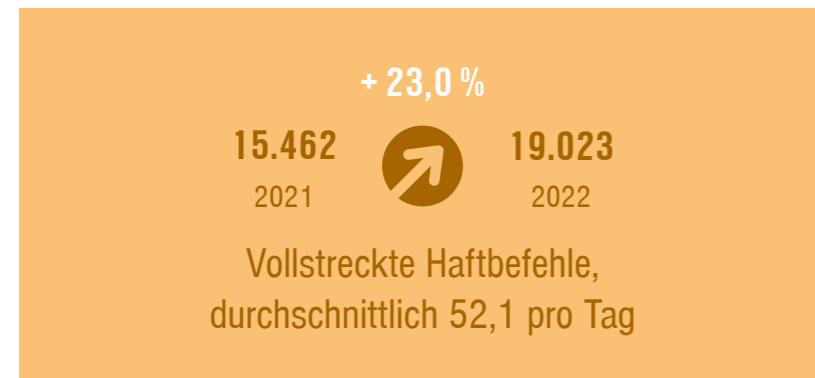
* Gemäß 13. Abschnitts des StGB (Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, §§ 174-184I)

Fahndung

Die polizeiliche Fahndung ist für die Bundespolizei ein wesentlicher Baustein bei der Kriminalitätsbekämpfung. Darüber hinaus hat die Fahndung große Bedeutung für die Gefahrenabwehr, insbesondere im grenzpolizeilichen Aufgabenbereich der Bundespolizei. Mit regionalen, überregionalen und internationalen Fahndungsmaßnahmen werden Straftäter und Personen, die eine Gefahr darstellen, polizeilich erkannt, um sie der Justiz zuzuführen oder Gefahren für andere abzuwehren.

Die Bundespolizei konnte in 2022 wie schon in den Jahren zuvor einen Anstieg bei den Fahndungstreffern erzielen. Im Vergleich zum Vorjahr wurde ein Plus von 13,1 Prozent verzeichnet. Statistisch stellte die Bundespolizei täglich etwa 645 Personen oder Sachen fest, die zur Fahndung ausgeschrieben waren. Damit erzielte sie über 50 Prozent aller landes- und bundesbehördlichen Fahndungserfolge aus dem Schengen-Informationssystem.

Insgesamt konnte die Bundespolizei 19.023 offene Haftbefehle vollstrecken. Dies ist der höchste jemals erzielte Wert und umfasst 9,5 % aller im Jahr 2022 erfolgten Personenfahndungstreffer. Bei 132 der vollstreckten Haftbefehle bestanden Bezüge zur Politisch motivierten Kriminalität, mehr als die Hälfte betrafen Beschuldigte, die dem rechten Spektrum zuzuordnen waren.



Schwere und Organisierte Kriminalität

Die Bundespolizei führte im Jahr 2022 insgesamt 49 Ermittlungsverfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität sowie 35 Ermittlungsverfahren in deren Vorfeld. Die Bekämpfung der Schleusungskriminalität stellt hierbei den Schwerpunkt dar. Das Rückgrat dieser Arbeit bildeten die neun Bundespolizeiinspektionen Kriminalitätsbekämpfung sowie der Zentrale Ermittlungsdienst des Bundespolizeipräsidiums.

Der intensiven Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnerbehörden kam ebenfalls eine besondere Bedeutung zu. Die Bundespolizei war 2022 in insgesamt 17 temporären oder dauerhaften gemeinsamen Ermittlungsgruppen (GEG) vertreten. In diesen ermittelte die Bundespolizei gemeinsam mit den Landeskriminalämtern oder der Bundeszollverwaltung in deliktsübergreifenden Ermittlungsverfahren. Gemeinsam mit Europol und weltweiten Partnern

bekämpfte die Bundespolizei grenzüberschreitende Kriminalität, insbesondere die Schleusungskriminalität.

Darüber hinaus vertritt die Bundespolizei Deutschland im EU-Projekt EMPACT mit der Priorität der Bekämpfung der Schleusungskriminalität. Sie hat am 1. Januar 2022 für den Zeitraum von vier Jahren die Gesamtleitung für die europaweite Koordination hierin übernommen. Die Bundespolizei leitete 2022 drei operative EMPACT-Aktionen. Hier standen die Bekämpfung lebensgefährlicher Behältnisschleusungen, Visaerschleichung sowie das Erkennen von gefälschten oder missbräuchlich verwendeten Reisedokumenten im Fokus.

Fallbeispiel aus 2022

Schwerer Schlag gegen internationales Schleusernetzwerk: Im Auftrag verschiedener Staatsan-

waltschaften führte die Bundespolizei bundes- und europaweit Ermittlungen wegen des Verdachts des gewerbs- und bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern ins Bundesgebiet, der Gründung einer kriminellen Vereinigung, der Geldwäsche und des Verdachts von Verstößen gegen das Zahlungsdienstaufsichtsgesetz durch. Die beteiligten Bundespolizeiinspektionen ermittelten, in einer von Europol koordinierten Operational Task Force (OTF), gemeinsam mit Strafverfolgungsbehörden in Österreich, Serbien, Rumänien, Ungarn und den Niederlanden. Die insgesamt 39 Ermittlungsverfahren, 15 davon in Deutschland, richteten sich gegen ein internationales Schleusernetzwerk. Dieses schleuste vor allem syrische und türkische Staatsangehörige in Kraftfahrzeugen aus der Türkei über die Balkanroute überwiegend nach Mitteleuropa, teils unter lebensgefährdenden und unmenschlichen Bedingungen. Die OTF konnte 14 Schlüsselpersonen, sogenannte High Value Targets, identifizieren. Sie waren mutmaßlich für Schleusungen von mindestens 10.000 Personen, davon etwa 2.000 nach Deutschland, verantwortlich.

Bei internationalen Exekutivmaßnahmen der OTF wurden 8 der Haupttäter und 126 Mittäter festgenommen. Von diesen hielten sich 19 in Deutschland auf. Von den 151 international vollstreckten Durchsuchungsbeschlüssen entfielen 70 auf die bundesweiten Ermittlungsverfahren der Bundespolizei. Es konnten Vermögenswerte in Höhe von etwa 900.000 EUR – davon über 600.000 EUR in Deutschland – sichergestellt und beschlagnahmt werden.

49

Ermittlungsverfahren
im Bereich der Organisierten Kriminalität
(geführt durch die Bundespolizei)



Politisch motivierte Kriminalität



Die Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität gehört zu den wesentlichen Aufgaben der Sicherheitsbehörden. Hierbei leistet die Bundespolizei im Zusammenwirken mit nationalen und internationalen Partnern ihren Beitrag zur Gefahrenabwehr und zur Sicherung der Strafverfolgung.

Die Möglichkeiten gefahrenabwehrender Maßnahmen der Bundespolizei zur Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität sind vielfältig. Zu ihnen gehören insbesondere Einreiseverweigerungen oder aufenthaltsbeendende Maßnahmen, bis hin zur Anregung des Freiheitsentzugs in eigener Zuständigkeit der Bundespolizei. Die Bundespolizei hatte mit Ablauf des 31. Dezember 2022 über 44.600 Personen zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben. Davon wiesen über 23.900 Personen einen Terrorismusbezug auf.

Zur Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität zählt außerdem die Untersagung der Ausreise bei Personen, die beabsichtigen, an rechtsextremistischen Veranstaltungen im Ausland teilzunehmen oder sich terroristischen Gruppierungen anschließen wollen, zum Beispiel um dort den Umgang mit Waffen und Sprengstoff zu erlernen.

Internationale Ermittlungen

Bei der Verfolgung grenzüberschreitender Kriminalitätsphänomene ist die enge Vernetzung und Zusammenarbeit mit internationalen Partnern von herausragender Bedeutung. In der Kriminalitätsbekämpfung arbeitet die Bundespolizei daher weltweit intensiv mit anderen Staaten zusammen. Diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Form internationaler Rechtshilfe in strafrechtlichen Angelegenheiten hat sich seit den 1990er-Jahren rasant entwickelt. Laufende oder geplante Ermittlungsverfahren sowie operative Maßnahmen in den teilnehmenden Staaten werden aktiv unterstützt. Der Austausch von Informationen zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden erfolgt dabei vorwiegend über das durch Europol bereitgestellte Nachrichtenübermittlungssystem SIENA (Secure Information Exchange Network Application).

Das Bundespolizeipräsidium fungiert als zuständige Prüf- und Bewilligungsbehörde für die Bundespolizei und entscheidet über ein- und ausgehende Ersuchen in strafrechtlichen Angelegenheiten. Es übernimmt zudem die fachliche Verantwortung für Aus- und Durchlieferungen und die Überstellung Strafgefangener.

Nahezu 20 Prozent mehr Rechtshilfeersuchen

Seit 2009 stiegen die Ersuchen zwischen der Bundespolizei und externen Partnern kontinuierlich an. Das Gesamtaufkommen der internationalen Rechtshilfe innerhalb der Bundespolizei belief sich 2022 auf insgesamt 14.178 Vorgänge. Es erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr erneut um 6 Prozent. Den größten Anteil innerhalb des Rechtshilfeschriftverkehrs nahmen die Ersuchen der Bundespolizeiinspektionen, der ausländischen Sicherheitsbehörden sowie die entsprechenden Antworten ein. Die Zahl der gestellten Rechtshilfeersuchen seitens der Bundespolizei an das Ausland sowie Ersuchen aus dem Ausland an die Bundespolizei stiegen 2022 im Vorjahresvergleich um 17,8 Prozent.

Kriminaltechnik

Die Kriminaltechnischen Dienste der Bundespolizei sind maßgeblich an der Ermittlung von Straftätern sowie der Rekonstruktion des Geschehens an Tatorten beteiligt. Durch modernste kriminaltechnische Methoden zur Spurensicherung vor Ort und weitergehende Untersuchungen in den Spurensicherungslaboren leisten sie einen erheblichen Beitrag zur Beweisführung. Sie werden bundesweit eingesetzt und unterstützen bei Bedarf die Arbeit des Bundeskriminalamtes oder der Polizeibehörden der Länder.



- 1,35 %

296
2021

→

292
2022

internationale DNA-Treffer im Rahmen des Prümer Vertrags

Der Prümer Vertrag regelt gegenseitige und automatisierte Abgleiche von DNA-Datensätzen, Fingerabdrücken und Kfz-Kennzeichen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

+ 163,2 %

204
2021

↗

537
2022

erfasste Personen-DNA

+ 66,4 %

140
2021

↗

233
2022

Spur-Person-Treffer-DNA

+ 12,2 %

861
2021

↗

966
2022

erfasste Spur-DNA

+ 93,3 %

89
2021

↗

172
2022

Spur-Spur-Treffer-DNA

+ 92,8 %

1.803
2021

↗

3.476
2022

durchgeführte Lichtbildvergleiche

+ 81,9 %

1.312
2021

↗

2.386
2022

durch Lichtbildvergleiche identifizierte Personen

1.365

erstellte Lichtbildprodukte

in 2022

+ 15,4 %

21,7 %
2021

↗

37,1 %
2022

Trefferquote Gesichtserkennungssystem

+ 25,5 %

6.134
2021

↗

7.697
2022

durchgeführte Recherchen Gesichtserkennungssystem

+ 113,9 %

1.334
2021

↗

2.853
2022

durch Gesichtserkennungssystem identifizierte Personen

+ 77,4 %

106.752
2021

↗

189.379
2022

Fast-ID-Prüfungen

- 9,9 %

39,9 %
2021

↘

30,0 %
2022

Fast-ID-Identifizierungsquote

+ 73,2 %

86.669
2021

↗

150.143
2022

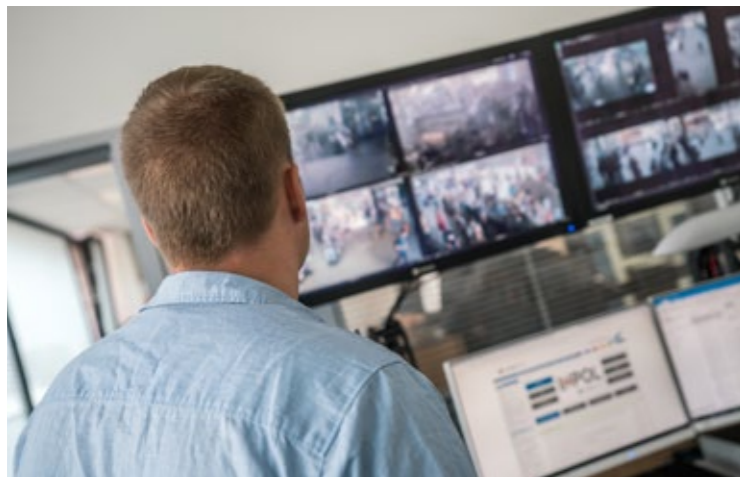
ED-Behandlungen

Super-Recogniser

Die Bundespolizei hat 2022 erstmals ein umfangreiches Testverfahren zur Identifizierung von sogenannten Super-Recognisern in den eigenen Reihen durchgeführt. Es wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter identifiziert, die überdurchschnittlich gut in der Lage sind, sich Gesichter einzuprägen und diese auch nach langer Zeit und unter schwierigen Bedingungen wiederzuerkennen. Statistisch betrachtet verfügt nur eine von fünfzig Personen über diese Fähigkeit.

Nach Abschluss des Testverfahrens zur Identifizierung dieser einzigartig begabten Menschen durch die University of Greenwich (London) verfügte die Bundespolizei am 31. Dezember 2022 über 113 zertifizierte Super-Recogniser. Diese Kolleginnen und Kollegen werden bereits im alltäglichen Dienst und bei besonderen Lagen eingesetzt. Ihre Arbeitsergebnisse sprechen für sich und sind eine deutlich wahrnehmbare Steigerung der bundespolizeilichen Fahndungskompetenz.

Die Bundespolizei setzt die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der University of Greenwich fort und bietet allen Angehörigen der Bundespolizei weiterhin dieses Testverfahren zur Selbsterprobung an.



UnterstützungsverBund Chemisch Biologisch Radiologisch Nuklear



Die Bundesministerien des Innern und für Heimat, der Verteidigung, für Gesundheit sowie für Umwelt und Verbraucherschutz richteten 2021 per Ressortvereinbarung einen UnterstützungsverBund CBRN (UVB-CBRN) ein. Dieser bündelt die Kompetenzen zur Abwehr von Bedrohungslagen und Anschlägen mittels chemischer/biologischer und radiologischer/nuklearer Stoffe. Unter Leitung der Bundespolizei beteiligen sich im UVB-CBRN das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Strahlenschutz, das Robert-Koch-Institut, das ABC-Abwehrkommando der Bundeswehr sowie das Wehrwissenschaftliche Institut für Schutztechnologien – ABC-Schutz der Bundeswehr. Die Beteiligten halten umfangreiche personelle und materielle Ressourcen für die in CBRN-Gefahrenlagen notwendigen Maßnahmen polizeilicher Gefahrenabwehr und Strafverfolgung bereit. Dies umfasst Fähigkeiten zur Detektion, Delaborierung, Dekontamination, Intervention, Analyse und Tatortarbeit.

Der UVB-CBRN steht Bundes-, Landes- und im Einzelfall ausländischen Behörden auf deren Anforderung hin zur Verfügung.

Krisenfestigkeit

Der Umgang mit ungewöhnlichen Situationen ist übliche polizeiliche Praxis. Meist kann die Lage in der Alltagsorganisation und mit den verfügbaren Ressourcen bewältigt werden. Die Bundespolizei muss ihre Aufgaben jedoch auch in Krisenlagen erfüllen können und dafür Vorsorge treffen.

Zu den Ursachen für Krisenlagen zählen technisches oder menschliches Versagen, Naturkatastrophen, Epidemien und Pandemien sowie kriminelle und terroristische Aktionen wie Cyberangriffe, Sabotagen oder kriegerische Auseinandersetzungen. Die in der Folge eintretende Kaskadeneffekte oder Wechselwirkungen sind dabei nur schwer kalkulierbar.

Die Bundespolizei hat vorgesorgt, um die eigene Funktions- und Handlungsfähigkeit auch in besonderen Not- und Krisensituationen aufrechterhalten zu können und die ihr gesetzlich zugewiesenen Aufgaben sicherzustellen. Sie überprüft regelmäßig ihre bestehenden Krisenvorsorgemaßnahmen und intensiviert diese bei Bedarf.

Einen Schwerpunkt bildete die Aufrechterhaltung der Kommunikationsfähigkeit im Fall eines überregionalen Stromausfalls sowie die Bereiche Personal und Treibstoffversorgung. Umfangreiche Investitionen und Beschaffungsmaßnahmen wurden umgesetzt. Beispielsweise wurden die Bundespolizeidirektionen, das Bundespolizeipräsidium sowie die Bundespolizeiakademie umfangreich mit Satellitenkommunikationstechnik ausgestattet. Damit ist auch im Fall eines bundesweiten Ausfalls der terrestrischen Netze das Arbeiten über einen Krisenarbeitsplatz möglich. Darüber hinaus verfügt die Bundespolizei über Satellitenkommunikationsfahrzeuge mit einer autarken Stromversorgung. Sie können somit den Betrieb auch bei Stromausfall über mehrere Tage aufrechterhalten. Ebenso wurden die Grundlagen geschaffen, um die Treibstoffversorgung zu gewährleisten.

Schutz Kritischer Infrastruktur auf See

Kritische Infrastrukturen (KRITIS) sind Einrichtungen mit hoher Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.

Die kritische Infrastruktur auf hoher See umfasst viele Lebensbereiche und ist für die Wirtschaft und die Menschen Deutschlands überlebenswichtig. Neben den aus den Medien bekannten Ostseepipelines, gehören weitere transeuropäische Gaspipelines, Datenkabel aber auch Offshore-Windenergieanlagen dazu.

Am 26. September 2022 kam es auf dem Grund der Ostsee zu mehreren Explosionen an den Gaspipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2. Wegen des Verdachts der verfassungsfeindlichen Sabotage und des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion leitete der Generalbundesanwalt (GBA) beim Bundesgerichtshof am 10. Oktober 2022 ein Ermittlungsverfahren ein. Das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei wurden gemeinsam mit den Ermittlungen beauftragt. Für die Bundespolizei ist es das erste Ermittlungsverfahren mit dem GBA seit ihrer Gründung im Jahr 1951.



Bundesbereitschaftspolizei

Die geschlossenen Einsatzeinheiten der Bundesbereitschaftspolizei verfügen über mehr als 5.500 Einsatzkräfte. Diese unterstützen mobil und flexibel die Dienststellen der Bundespolizei, insbesondere bei besonderen Einsatzen. Sie werden regelmäßig von Bundes- und Landesbehörden, wie den Polizeien der Länder, der Bundeszollverwaltung oder dem Bundeskriminalamt angefordert. Bei Großveranstaltungen und Versammlungen, Exekutivmaßnahmen im Rahmen von Ermittlungsverfahren, sowie im Innen- und Außenschutz bei Staatsbesuchen entfalten die Einheiten ihr Potenzial.

G7-Gipfel: Bundespolizei schützt internationale Gäste

Einer der logistisch sowie personell anspruchsvollsten Einsätze des Jahres 2022 war der G7-Gipfel auf Schloss Elmau vom 14. bis 29. Juni. Die komplexe Lage erforderte umfangreiche Schutzmaßnahmen sowie einen hohen Kräfteinsatz. Von den mehr als 7.000 eingesetzten Bundespolizistinnen und Bundespolizisten stellte allein die Direktion Bundesbereitschaftspolizei mehr als 2.400 Kräfte. Den Einsatzschwerpunkt bildete – neben polizeilichen Maßnahmen anlässlich der temporären Wiedereinführung der Grenzkontrollen – die umfassende Unterstützung der Polizei des Freistaates Bayern sowie des Bundeskriminalamtes bei Schutzmaßnahmen im und um das Schloss Elmau. Weitere Herausforderung war die Organisation von Unterbringung, Versorgung, Logistik und des Transports.

Obwohl die Demonstrationen rund um den Gipfel weitgehend friedlich verliefen, kam es wenige Tage vor Beginn der Veranstaltung in München zu einem nächtlichen Brandanschlag auf acht geparkte Dienstfahrzeuge.

Ganzjährig vielfältige Einsatzen

Die Bundesbereitschaftspolizei unterstützte nicht nur die Bundespolizei, sondern auch die Länder bei einer Vielzahl von Einsatzen. Beispielsweise genannt seien Einsätze anlässlich der Covid-19-Pandemie, zur Bekämpfung von Waldbränden, bei Protestaktionen der „Letzten Generation“ oder Exekutivmaßnahmen. Anlässlich von Risikospielbegegnungen der Fußballligen, Demonstrationen sowie den Einsatzmaßnahmen

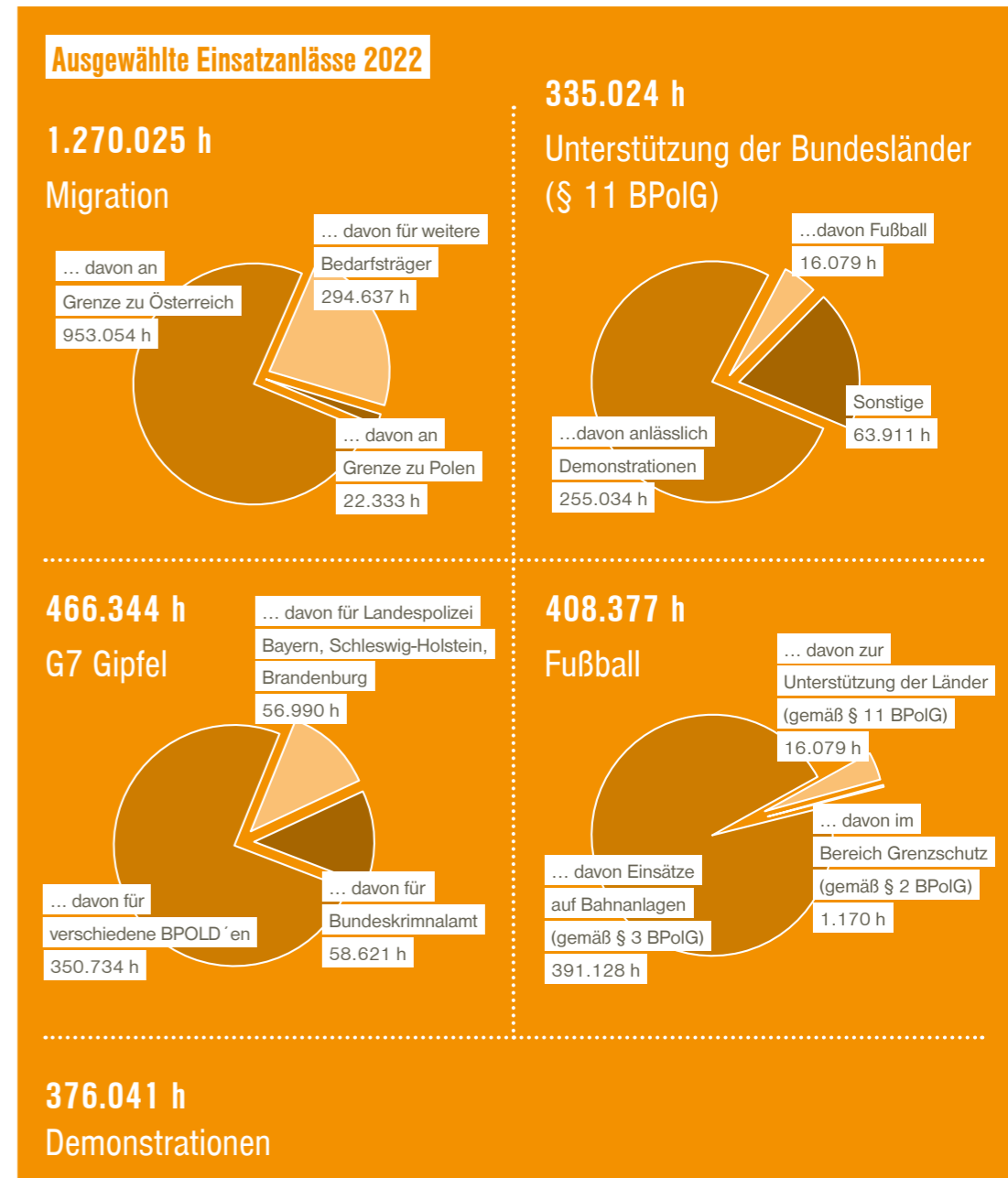
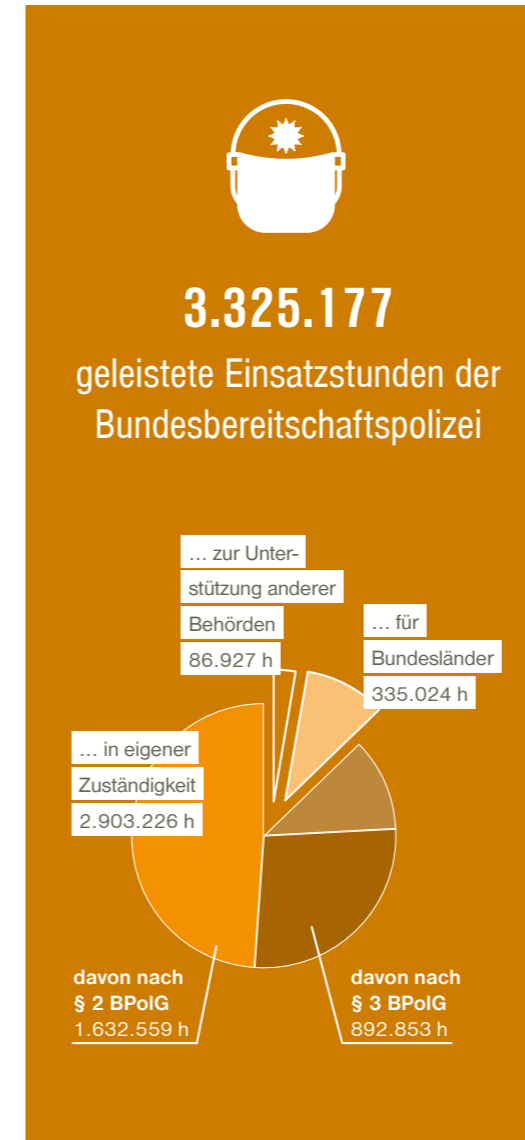
zum Jahreswechsel unterstützte die Bundesbereitschaftspolizei mehrfach die Polizei der Niederlande mit Wasserwerfern aufgrund von Ausschreitungen anlässlich der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2022.

Darüber hinaus forderte die weiterhin andauernde Migrationslage den Einsatzkräften der Direktion Bundesbereitschaftspolizei einiges ab. Durchgängig unterstützten Einsatzeinheiten der Bundesbereitschaftspolizei die Dienststellen an den südlichen und östlichen Grenzen der Bundesrepublik. Mit Beginn des Krieges in der Ukraine hat sich der Migrationsdruck zusätzlich verschärft.

Effektiv und flexibel dank Spezialisierung

Die Direktion Bundesbereitschaftspolizei verfügt bundesweit über zehn Bundespolizeiabteilungen. Aufgrund einer Vielzahl an Spezialkräften, kann sie auf unterschiedliche Anlässe adäquat reagieren. Die Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften werden bei gewalttätigen Auseinandersetzungen und bei Festnahmen von Intensivtätern eingesetzt. Die BFE+ kann die GSG 9 der Bundespolizei bei der Intervention im Zusammenhang mit Terroranschlägen und lebensbedrohlichen Szenarien unterstützen. Technische Einsatzkräfte unterstützen die Einsatzhundertschaften mit Wasserwerfer- und Sonderwageneinheiten. Sie retten mit besonders geschulten Einsatzkräften Menschen aus Höhen und Tiefen, helfen bei der Öffnung von Türen oder verschlossenen Behältnissen sowie beim Entfernen von technischen Blockaden.

Die Beweissicherungs- und Dokumentationseinheit sowie die Aufklärungseinheit setzen Video- und Fototechnik zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung ein, um beispielsweise Tatverdächtige zu identifizieren und den Verlauf des polizeilichen Einsatzes zu dokumentieren. Die medizinische Einsatzversorgung wird in allen Bundespolizeiabteilungen durch die Polizeiärztlichen Dienste sichergestellt.



Fußball

Zu Beginn des Jahres 2022 fanden Fußballspiele noch unter dem Einfluss der Covid-19-Pandemie statt. Ab April waren wieder voll ausgelastete Stadien möglich. Ab diesem Zeitpunkt nahm die Anzahl der Reisenden, der Straftaten sowie der Einsatzkräfte und Eingriffsmaßnahmen der Bundespolizei zu.

Die Züge der Eisenbahnverkehrsunternehmen stellten weiterhin ein populäres Reisemittel für die Anhänger der verschiedenen Vereine, insbesondere der drei deutschen Profiligen, dar. Knapp 3 Millionen Fußballfans nutzten die Bahn als Reisemittel. Für die Einsatzbewältigung und die Überwachung des schienengebundenen

und grenzüberschreitenden Fußballfanreiseverkehrs setzte die Bundespolizei 76.378 Einsatzkräfte ein, darunter 30.775 Angehörige der Direktion Bundesbereitschaftspolizei. Es nahmen 220 Einsatzkräfte der Bundespolizei die Tätigkeit der sogenannten Szenekundigen Beamten wahr. Diese waren bei 1.490 von 1.656 Anlässen (90 Prozent) eingesetzt. Sie berieten Führungskräfte zu Lageprognosen, begleiteten Risikogruppen und unterstützten bei der Identifizierung von Straftätern.

Die Bundespolizei registrierte im Zusammenhang mit dem Fußballfanreiseverkehr 1.130 Straftaten. Darunter waren 448 Fälle sogenannter

Gewaltdelikte. Dies entsprach einem Anteil von 39 Prozent am Gesamtaufkommen. Im vergangenen Jahr trafen Einsatzkräfte der Bundespolizei 51.086 Eingriffsmaßnahmen, davon waren 1.996 repressiver und 49.089 präventiver Natur. 2022 war jede fünfte verletzte Person eine Einsatzkraft der Bundespolizei. Insgesamt registrierte die Bundespolizei 242 Verletzte durch Vorfälle im Fanreiseverkehr.

Auf Anforderung des Emirats Katar entsandte die Bundespolizei im November Einsatzkräfte zur Beobachtung polizeilicher Maßnahmen anlässlich der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2022.



1.656
Einsatzanlässe

536.786
Einsatzstunden



76.378
eingesetzte
Polizeivollzugsbeamte

davon
30.775 Bundesbereitschaftspolizei
4.528 Szenekundige Beamte

2.937.238
bahnreisende
Fußballfans

davon
375.431
Gastfans

51.086
Eingriffsmaßnahmen

davon
49.089 präventiv
1.996 repressiv

1.130
Straftaten

242
Verletzte

Gewalt gegen Einsatzkräfte

Die Zahl der Angriffe auf Polizeivollzugsbeamten und -beamte der Bundespolizei ist 2022 im Vergleich zum Vorjahr erneut deutlich gestiegen. Mit insgesamt 2.602 Angriffen wurde ein annähernd so hoher Wert wie im Jahr 2017 erreicht (2.621). Damals nahm insbesondere der G20-Einsatz in Hamburg Einfluss auf die Angriffszahlen. Der G7-Gipfel war diesbezüglich statistisch zu vernachlässigen. Im Jahr 2022 waren es dagegen viele Einzelfälle, bei denen Bundespolizistinnen und -polizisten attackiert wurden.

Die Angriffe erfolgten fast immer mittels körperlicher Gewalt. Fußtritte, Faustschläge, Anspucken, Bisse sowie Kopf- und Körperstöße gingen jedoch in jedem achten Angriff auch mit dem Einsatz von Gegenständen einher. Flaschen, Steine und Dinge des täglichen Gebrauchs wurden hierbei am häufigsten als Tatmittel eingesetzt. Besonders gefährlich und dennoch keine Seltenheit ist es, wenn der Angriff mit einem Fahrzeug erfolgt, etwa indem ein Polizeifahrzeug von der Straße abgedrängt oder auf Bundespolizisten oder -polizistinnen zugefahren wird. Hierbei handelt es sich für die eingesetzten Beamtinnen und Beamten um lebensgefährliche Situationen. Weiterhin bedrohten Täterinnen und Täter in drei Fällen Einsatzkräfte mit Schusswaffen, hierzu zählen auch Attrappen und Schreckschusswaffen. Abgefeuert wurden diese glücklicherweise im vergangenen Jahr nicht.

Die häufigsten Angriffe erfolgten bei der alltäglichen Aufgabenwahrnehmung der Bundespolizei, bei Streifengängen, kriminalpolizeil-

chen Ermittlungen oder der Begleitung von Rückführungen. Auch bei der Absicherung von Veranstaltungen und Fußballspielen kam es zu Attacken. Insgesamt wurden 238 Bundespolizistinnen und -polizisten beim Einsatz zur Unterstützung der Polizeien der Länder angegriffen.

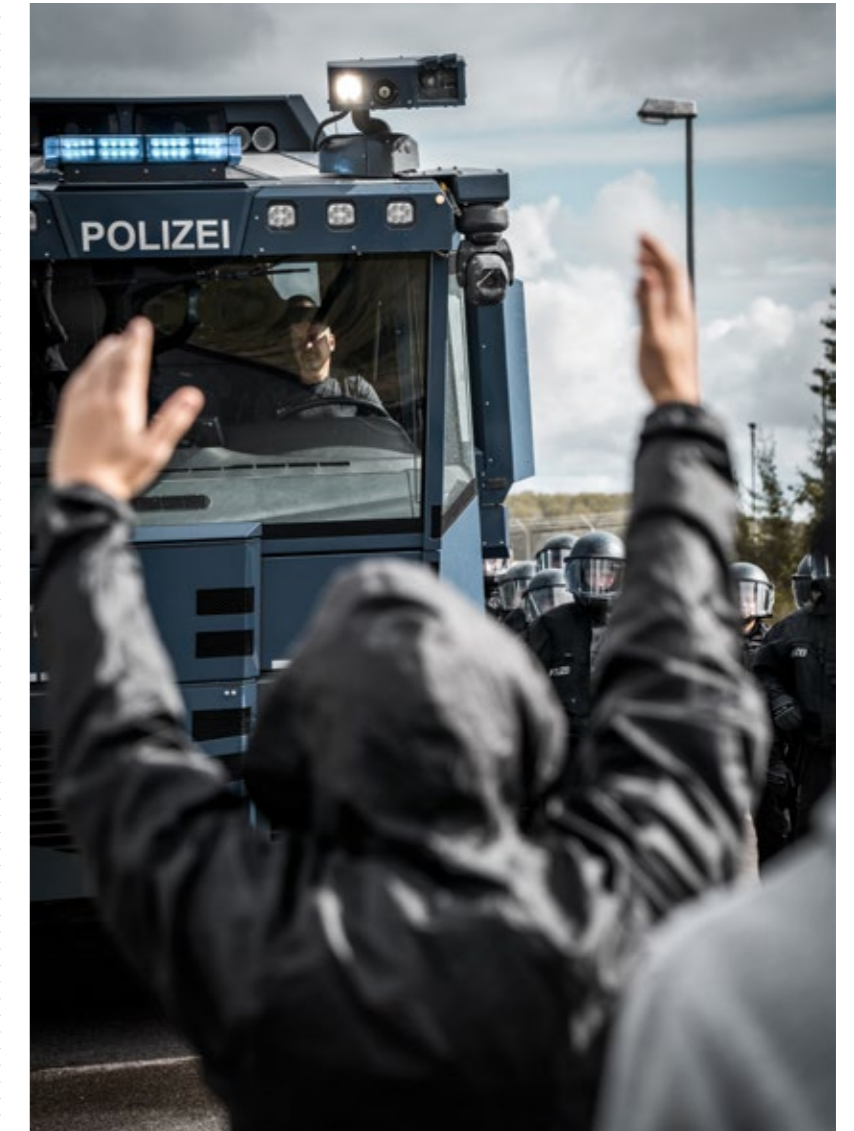
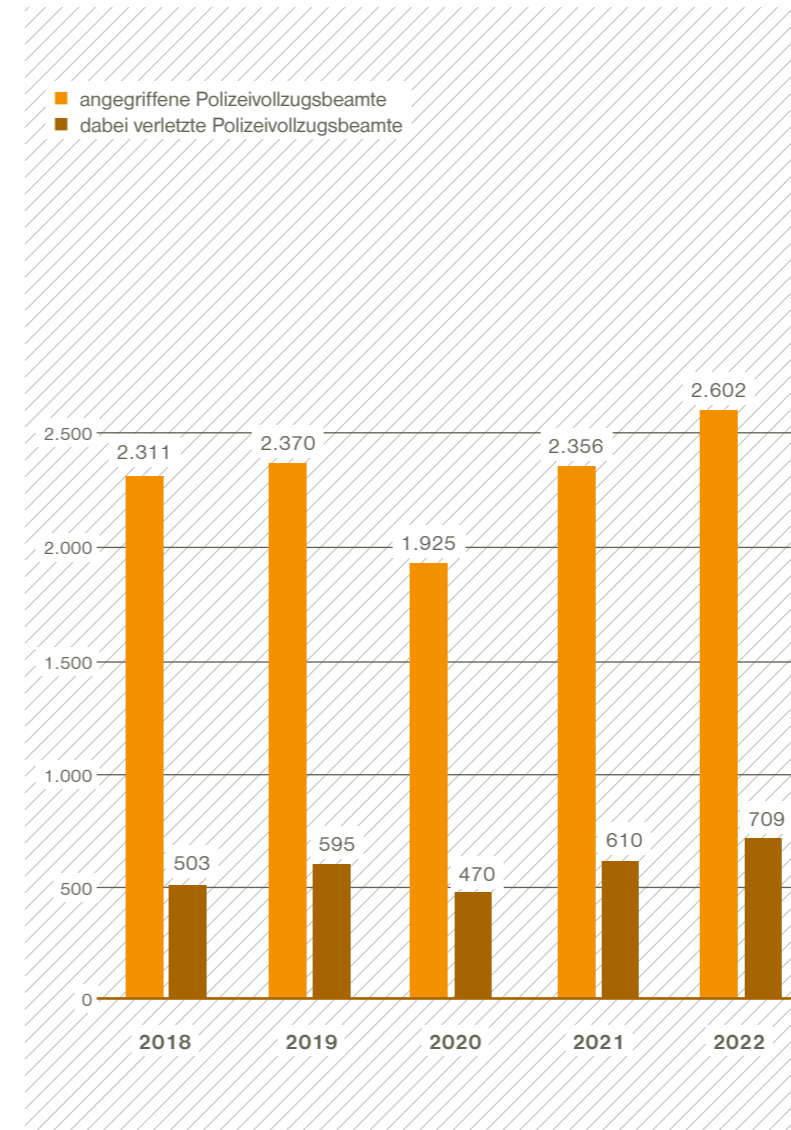
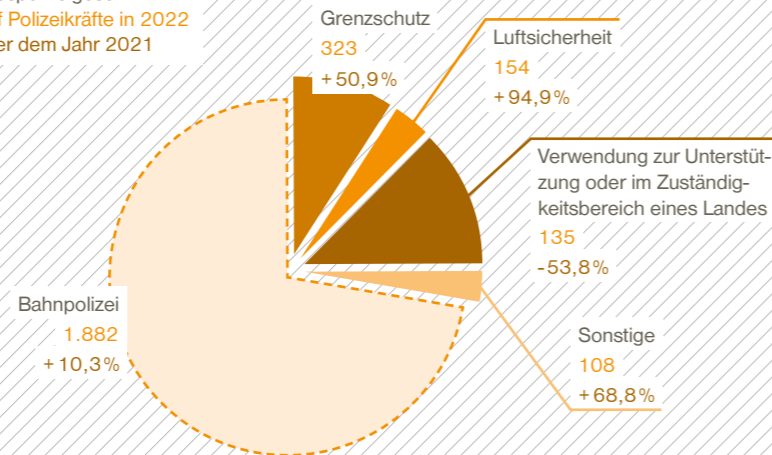
Die Covid-19-Pandemie nahm im Jahresverlauf immer weniger Einfluss auf die Anzahl der Angriffe. Bei der Durchsetzung behördlich angeordneter Maßnahmen und bei Einsätzen anlässlich von Demonstrationen in diesem Zusammenhang wurden dennoch insgesamt 131 Bundespolizistinnen und -polizisten angegriffen. Diese waren zu 14,7 Prozent weiblich und zu 85,3 Prozent männlich, 5,1 Prozent waren Auszubildende. Jede vierte Einsatzkraft war zum Zeitpunkt des

Angriffs mit einer sogenannten Bodycam zur Videoaufzeichnung ausgestattet.

Es wurden 27,2 Prozent der Angegriffenen verletzt (709). Dies führte bei 13,5 Prozent zu einer Dienstunfähigkeit (96).

Die Täterinnen und Täter waren im Durchschnitt 32 Jahre alt und zu 82,9 Prozent männlich. Annähernd die Hälfte stand unter zum Teil erheblichem Alkohol- und/oder Drogeneinfluss (49,4 Prozent) und 56,4 Prozent waren bereits zuvor polizeilich in Erscheinung getreten. Bei etwa einem Fünftel von ihnen (21,4 Prozent) handelte es sich um Mehrfach- oder Intensivtäter. Etwa die Hälfte der ermittelten Angreifer (52,2 Prozent) waren deutsche Staatsangehörige.

Aufgabe gemäß Bundespolizeigesetz
Anzahl der Angriffe auf Polizeikräfte in 2022
Entwicklung gegenüber dem Jahr 2021



Prävention und Opferschutz

Bahnunfallprävention

Auf Bahnanlagen kommt es immer wieder zu vermeidbaren Unfällen. Besonders Jugendliche unterschätzen die Gefahren an Gleisanlagen oder Orten, an denen Züge abgestellt werden. Abkürzen über die Gleise, Umgehen von Bahnschranken, Herumklettern auf abgestellten Zügen und damit ein zu geringer Abstand zu Oberleitungen können Gründe für Unfälle sein. Die Bundespolizei informiert gemeinsam mit den Polizeien der Länder sowie Eisenbahnverkehrsunternehmen in sozialen Medien und vor Ort durch den Einsatz von über 130 Präventionsbeauftragten über das richtige Verhalten an Bahnanlagen. Fernab des Klassenzimmers werden Schülerinnen und Schüler für bahnspezifische Gefahren sensibilisiert und über rechtliche Folgen von Sachbeschädigungen durch Graffiti oder Vandalismus, aber auch über die Rolle als Zeugen solcher Straftaten aufgeklärt. Mit dem emotionalen und bewusst drastischen Kurzfilm „Kein Graffiti ist dein Leben wert“ warnen Deutsche Bahn AG und Bundespolizei vor den Gefahren, denen Sprayer an Bahnanlagen ausgesetzt sind, um möglichst viele junge Menschen zu erreichen.



[bundespolizei.de/
sicher-auf-bahnanlagen](https://www.bundespolizei.de/sicher-auf-bahnanlagen)



Unterstützung für Betroffene von Straftaten und schweren Unfällen

Selbst die beste polizeiliche Präventionsarbeit kann nicht jede Straftat oder jeden Unfall verhindern. Um die Folgen für Betroffene dennoch möglichst gering zu halten, setzt die Bundespolizei aktuell 89 besonders qualifizierte Opferschutzbeauftragte ein. Diese unterstützen Betroffene von Straftaten in der ungewohnten Situation eines Strafverfahrens, helfen Geschädigten, gesetzlich zustehende Rechte in Anspruch zu nehmen und vermitteln weiterführende Angebote. Zudem sind die Opferschutzbeauftragten Ansprechpartner für Opferhilfeeinrichtungen und schulen Bundespolizistinnen und -polizisten im Streifendienst für einen fürsorglichen Umgang mit Opfern.



[www.bundespolizei.de/
beratung](https://www.bundespolizei.de/beratung)

Zivilcourage und gewaltfreie Konfliktlösung

Nach pandemiebedingter Pause konnte die Bundespolizei im Jahr 2022 als Partnerin des Präventionsprojekts „Coolrider“ erneut Kinder und Jugendliche in sozialer Kompetenz und Zivilcourage ausbilden. In einem insgesamt 20-stündigen Intensivtraining, das sich über einen Zeitraum von zwei Monaten erstreckte, wurden Regeln und Verhaltenstipps für Konfliktsituationen vermittelt und in Rollenspielen erprobt. Schülerinnen und Schüler lernten, wie sie deeskalierend handeln können – ohne körperlichen Einsatz und ohne sich selbst zu gefährden. Als Schulwegbegleiterinnen und -begleiter übernehmen sie anschließend Verantwortung, wirken beruhigend auf Mitschülerinnen und Mitschüler ein und sorgen so nicht nur für eine ruhigere Atmosphäre in Bus und Bahn, sondern auch für einen sicheren Schulweg. Auch an Informationsständen in Bahnhöfen ermutigt die Bundespolizei Reisende zu zivilcouragiertem Verhalten und gibt Hinweise zu richtigem Verhalten in gefahrenträchtigen Situationen.



Projektgruppe Smart Borders Bundespolizei

Die Europäische Union modernisiert den Grenzschutz grundlegend. Das Projekt Smart Borders steht für umfassende Digitalisierung und Vernetzung, um die Abfertigung von Reisenden an den Grenzen effektiver und moderner zu gestalten. Durch die Nutzung biometrischer Verfahren wie Gesichtserfassung und Fingerabdruckscannen wird sichergestellt, dass nur berechtigte Personen in den Schengen-Raum einreisen. Die Bundespolizei treibt die Einführung der Smart-Borders-Systeme in Deutschland als Hauptnutzerin voran.

Entry-Exit-System (EES)

Das EES ersetzt den manuellen Ein- und Ausreisestempel für Drittstaatsangehörige durch ein digitales Dossier inklusive alphanumerischer und biometrischer Daten. Es unterstützt die Verhinderung von Identitätstäuschungen sowie die Überwachung der zeitlichen Grenzen eines Kurzaufenthalts.

European Travel Information and Authorisation System (ETIAS)

ETIAS dient der vorgelagerten Prüfung von reisenden Drittstaatsangehörigen, um mögliche Gefährdungen des Schengen-Raums auszuschließen. Visumbefreite Drittstaatsangehörige werden verpflichtet, vor der Einreise eine digitale Genehmigung zu beantragen.

Gesichtserfassungssystem für die Grenzkontrolle (GES-GK)

Das GES-GK wird die Live-Aufnahme der Gesichtsbilder der Reisenden im Grenzkontrollprozess sicherstellen. Die für die Erstellung des EES-Dossiers benötigten biometrischen Gesichtsbilder werden vollautomatisiert erzeugt und in die Anwendung importiert. Die Gesichtserfassungssysteme wurden im Jahr 2022 am Flughafen Düsseldorf erfolgreich getestet. Sie werden in 2023 an allen Grenzkontrollschaltern verwendet.

Visa Information System (VIS)

Das VIS wird auf Grundlage einer überarbeiteten Verordnung modernisiert. Neben Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt werden Visa für einen längerfristigen Aufenthalt sowie die Aufenthaltstitel der Mitgliedsstaaten im VIS hinterlegt. Zusätzlich werden weitere neue Sicherheitsinstrumente eingeführt.

Interoperabilität (IO)

Mit der Einführung neuer IT-Systeme gewährleisten die IO-Verordnungen, dass europäische Informationssysteme interoperabel verknüpft werden. Somit ist ein automatisierter Identitätsabgleich der Biometrie-, Personal- und Reisepassdaten möglich.

App „Entry Questions Bundespolizei“

Die im Jahr 2022 entwickelte Anwendung „Entry Questions Bundespolizei“ gibt Drittstaatsangehörigen Gelegenheit, die grenzpolizeiliche Einreisebefragung auf dem Mobilgerät durchzuführen. Vor der Einreisekontrolle werden Standardfragen in 13 Sprachen angeboten und von den Reisenden beantwortet. Sprachbarrieren werden minimiert und die Grenzkontrolle wird effizienter gestaltet. Aus den Antworten wird ein QR-Code generiert, der vom Kontrollbeamten bei der Einreisekontrolle eingelesen wird. Die Antworten werden in deutscher Sprache angezeigt und erleichtern somit die weitere Befragung.

Die Bundespolizei legt bei der Verarbeitung der personenbezogenen Daten großen Wert auf Datenschutz und Transparenz. Die Nutzung dieser Anwendung ist freiwillig. Eine Speicherung oder Weiterleitung persönlicher Daten erfolgt nicht. Die Anwendung wird im Jahr 2023 erprobt.



Self-Service Systems

Die Self-Service-Systeme (SSS) sind technische Geräte, mit denen die Biometriedaten (Gesichtsbild und Fingerabdrücke) sowie die Reisepassdaten vorerfasst werden können. Reisende können die Erfassung ihrer biometrischen und biografischen Daten eigenständig durchführen. Dabei erfolgt ein Abgleich des aufgenommenen Gesichts mit dem elektronischen Bild im Reisepass. Die Daten des Reisepasses und das Dokument selbst werden elektronisch auf Echtheit überprüft.

In 2022 erfolgten die ersten Lieferungen von insgesamt 40 Systemen zur Pilotierung an verschiedene Flughafendienststellen. Bundesweit sollen bis Ende 2023 insgesamt 500 dieser Systeme installiert werden.

Fortbildung

Damit die Kolleginnen und Kollegen zukünftig die neuen Systeme handlungssicher beherrschen, hat die Bundespolizeiakademie vielschichtige Fortbildungsangebote erarbeitet. Die bundesweite Fortbildung zu EES-Themen erfolgt in einer Kombination aus Online- und Präsenzlernen. Dahingehend werden E-Learning-Module entwickelt, welche die Präsenzunterrichtung methodisch sinnvoll ergänzen. Die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten erhalten auf diese Weise nicht nur eine Einweisung in die Neuerungen der grenzpolizeilichen IT-Anwendungen, sondern erlernen die rechtlichen Änderungen der europäischen und nationalen Verordnungen und Gesetze anschaulich und intuitiv.



Dieses Projekt wird aus Mitteln des Fonds für die innere Sicherheit der Europäischen Union kofinanziert.

Luftsicherheitskontrollen



In 2022 zeigte sich ein umfassender Anstieg des Fluggastaufkommens von etwa 78,2 Millionen im Jahr 2021 auf rund 151,4 Millionen Fluggäste. Dies entspricht nahezu einer Verdopplung. In Zuständigkeit der Bundespolizei wurden knapp 51,8 Millionen Personen einer Luftsicherheitskontrolle unterzogen, bevor sie ihren Flug antraten. Insgesamt wurden bei diesen Kontrollen 427.521 gefährliche oder nach dem Luftsicherheitsgesetz verbotene Gegenstände im Handgepäck beziehungsweise im aufgegebenen Gepäck gefunden, eine Zunahme von über 70 Prozent zum Vorjahr. Durchgeführt werden die Kontrollen von Luftsicherheitsassistentinnen und -assistenten, die für private Sicherheitsdienstleister im Auftrag der Bundespolizei tätig sind.



166
Schusswaffen



1.376
Schusswaffen-
nachbildungen



12.346
Munitionsteile und
pyrotechnische
Erzeugnisse

51,8 Millionen
durchgeführte
Luftsicherheitskontrollen

427.521
hierbei festgestellte
verbotene Gegenstände



davon
329.564
im Handgepäck



94.846
im Reisegepäck



3.111
an Personen

Passenger Name Records

Die Verarbeitung von Passagierdaten (Passenger Name Records – PNR) dient der Verhütung, Aufdeckung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität. Sie erfolgt auf Basis des Fluggast-datengesetzes und der europäischen Richtlinie (EU) 2016/681.

Das Bundeskriminalamt übermittelte im Jahr 2022 für 27 Flughäfen insgesamt 92.601 PNR-Folgemaßnahmen an die Leitstelle „PNR Folgemaßnahmen BPOL“ im Bundespolizeipräsidium. Gegenüber dem Vorjahr stellt dies einen Anstieg um 91 Prozent (48.511) beziehungsweise 266 Prozent gegenüber 2020 (25.280) dar. Die Bundespolizei vollstreckte im zurückliegenden Jahr 3.442 Haftbefehle auf Grundlage von PNR-Folgemaßnahmen, das entspricht knapp 20 Prozent aller festgestellten Haftbefehle.

In 1.583 Fällen erwirkten Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland (GUA) und Dokumenten- und Visumberater (DVB) der Bundespolizei aufgrund von PNR-Folgemaßnahmen Beförderungsausschlüsse und verhinderten damit Schleusungshandlungen auf dem Luftweg. Mit einem Anteil von 60 Prozent bildete der Schengen-Binnenverkehr den Schwerpunkt dieser Feststellungen.

Besonders hervorzuheben ist die von der Bundespolizei fortwährend verstärkt genutzte Musterfunktionalität. Diese ermöglicht einen automatisierten Abgleich von Fluggastdaten gegen bestimmte Indikatoren (Muster). Ziel ist es, bislang unerkannte Urkunden- und Schleusungsdelikte aufzudecken. Die 24 aktivierten Muster der Bundespolizei generierten im Jahr 2022 insgesamt 2.821 PNR-Treffer, wovon 530 Fälle zu einem Beförderungsausschluss führten.

Länderspezifisches Informations- und Erkenntnissystem

Das Länderspezifische Informations- und Erkenntnissystem (LIES) ist ein speziell für die Grenzkontrolle entwickeltes Informationsportal. Dort können sämtliche verfügbaren Informationen über ein Reisedokument abgerufen werden. LIES ist nach Ländern gegliedert, enthält aktuelle Warnhinweise und zeigt mit nur wenigen Klicks, welche Einreisevoraussetzungen die überprüfte Person erfüllen muss. Die Anwendung ist nicht nur für die Kontrollebene an den Flughäfen interessant, sondern auch für Nutzerinnen und Nutzer, die grenzpolizeiliche Informationen übersichtlich aufbereitet benötigen. Die zentrale Verarbeitung und übersichtliche Bereitstellung von Informationen zu Ländern und Dokumenten macht die Kontrolle deutlich effizienter. In 2022 verzeichnete LIES rund 4,15 Millionen Aufrufe im Monat. Im Vergleich zu 2021 ist dies eine Steigerung von rund 18,6 Prozent (3,5 Millionen Aufrufe).



Migration

Das Migrationsgeschehen im Jahr 2022 stellte die Bundespolizei erneut vor besondere Herausforderungen. Die Fluchtbewegungen nach Europa im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine betrafen maßgeblich auch Deutschland mit mehr als einer Million grundsätzlich legaler beziehungsweise erlaubt eingereister Kriegsflüchtlinge. Am Aufnahmeprozess an der Grenze war die Bundespolizei intensiv beteiligt.

Erneut wirkte sich daneben die illegale Migration nach Europa auf die nationale Migrationslage aus. Durch offene und verdeckte Kontrollen und Fahndungen leistete die Bundespolizei auch 2022 einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit.

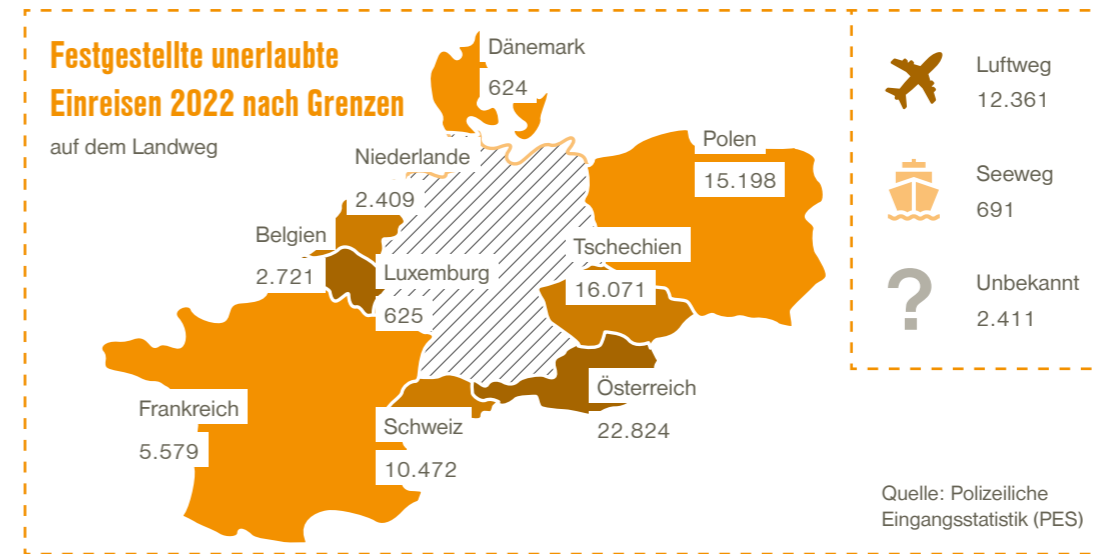
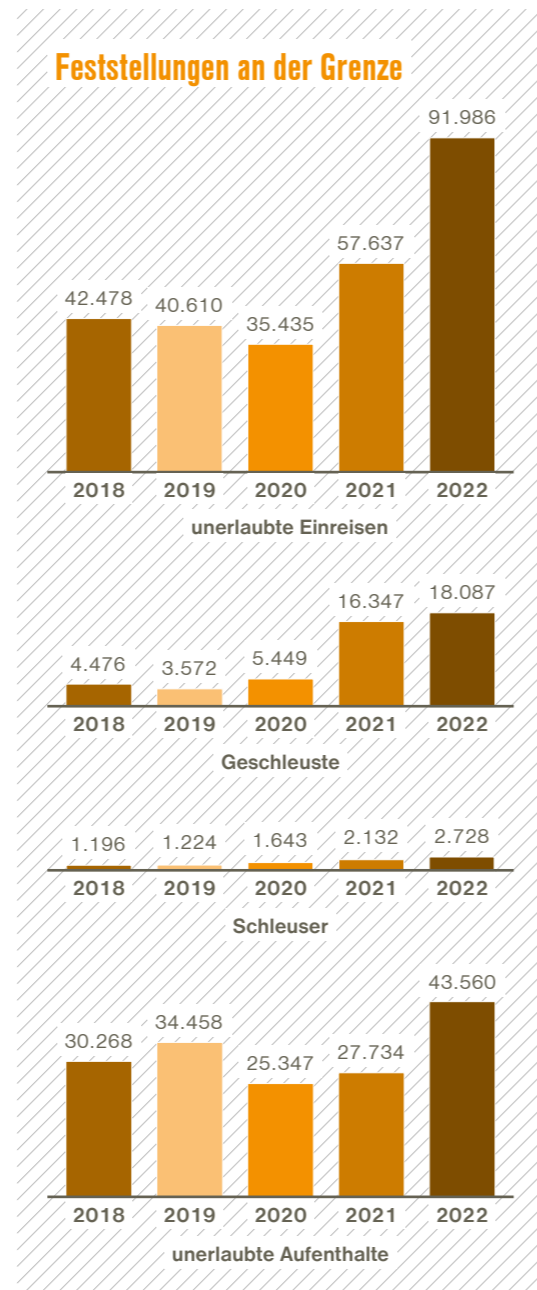
Mit 91.986 festgestellten unerlaubten Einreisen erhöhten sich die Feststellungen insgesamt um etwa 60 Prozent zum Vorjahr, ein ähnlich hoher Anstieg wie 2021 im Vergleich zu 2020 (+ 63 Prozent). Der erneute Anstieg stand vor allem im Zusammenhang mit einem gestiegenen Migrationsdruck auf die europäischen Außengrenzen, der sich auf Deutschland als Hauptziel vieler Migranten unmittelbar auswirkte.

Nach vorläufigen Angaben der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex verzeichneten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) 2022 insgesamt 330.000 unerlaubte Übertritte über die EU-/Schengen-Außengrenzen, 64 Prozent mehr als im Vorjahr. Dies ist zugleich der Höchstwert seit 2016.

Der Anstieg der Migrationszahlen an den EU-Außengrenzen entspricht somit prozentual dem Anstieg der unerlaubten Einreisen nach Deutschland.

Balkanregion als Hauptroute über Land
Besonders bedeutend war die illegale Migration über die Staaten der Balkanregion. Die dortigen Feststellungszahlen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um etwa 136 Prozent an. Begünstigt wurde dies zusätzlich durch die liberale nationale Visumpolitik einzelner Staaten der Region, vor allem Serbiens, in die beispielsweise türkische, indische, tunesische oder burundische Staatsangehörige aus touristischen Gründen ohne Visum einreisen konnten. Da dies häufig zur irregulären Weiterreise in die EU missbraucht wurde, passte Serbien die Visumpolitik zum Ende des Jahres 2022 an.

Migrationsrouten über das Mittelmeer
Überfahrten nach Italien prägten 2022 die Migration nach Europa auf dem Seeweg. Die dortigen Feststellungszahlen stiegen auf etwa 102.500 angeordnete Personen, ein Plus zum Vorjahr von 51 Prozent. Dabei begannen die Überfahrten nicht mehr nur in Afrika – größtenteils in Libyen und Tunesien –, sondern zunehmend auch in der Türkei. In Spanien gingen die Feststellungen illegaler Migration über die westmediterrane und westafrikanische Route im Vergleich zum Vorjahr zurück.



Bundespolizei intensivierte Binnengrenzfahndung

Die Migrationslage in Deutschland war vor allem in der zweiten Jahreshälfte von hoher Dynamik und erheblich gestiegenen Feststellungen unerlaubter Einreisen bestimmt. Beginnend im Juni stand zunächst der sprunghafte Anstieg unerlaubter Einreisen über die deutsch-tschechische Grenze im Fokus. Mit Unterstützung der Bundesbereitschaftspolizei leisteten die örtlich zuständigen Bundespolizeibehörden und -dienststellen mit intensiver Binnengrenzfahndung und zusätzlichen Bearbeitungskapazitäten einen wesentlichen Beitrag zur Kanalisierung der illegalen Migration.

Nachbarstaaten führten Binnengrenzkontrollen ein

Wegen der stark gestiegenen Feststellungen führten Tschechien und Österreich im September 2022 temporäre Binnengrenzkontrollen zur Slowakei ein. In der Folge gingen die Feststel-

lungen auch an der deutsch-tschechischen Grenze zum Jahresende hin spürbar zurück. Mit dem Rückgang setzte jedoch ein weiterer Anstieg der Feststellungen an den deutschen Grenzen zu Österreich – mit den angeordneten Binnengrenzkontrollen ohnehin ein Brennpunkt – und zur Schweiz ein. Auch dort reagierte die Bundespolizei kurzfristig mit einer Anpassung personeller und materieller Ressourcen sowie einer erhöhten Kontrolldichte und Fahndungsintensität.

Ostroute über Balarus sowie Sekundärmigration weiterhin aktuell

Bereits 2021 lag ein bundespolizeilicher Schwerpunkt auf der Bekämpfung illegaler Migration über Belarus. Zwar führten die Maßnahmen der EU und der östlichen EU-Partner zunächst zu einem kurzfristigen Rückgang dieses Phänomens. Allerdings nutzten etablierte und neue Schleuserorganisationen 2022 zunehmend die Möglichkeit der Einschleusung

von Migranten über diese Route. Die an der deutsch-polnischen Grenze festgestellten Personen reisten zuvor häufig mit mutmaßlich erschlichenen Visa in die Russische Föderation ein, um anschließend durch Belarus nach Deutschland weiterzureisen. So nutzten 2022 insgesamt 8.760 unerlaubt Eingereiste diese Route.

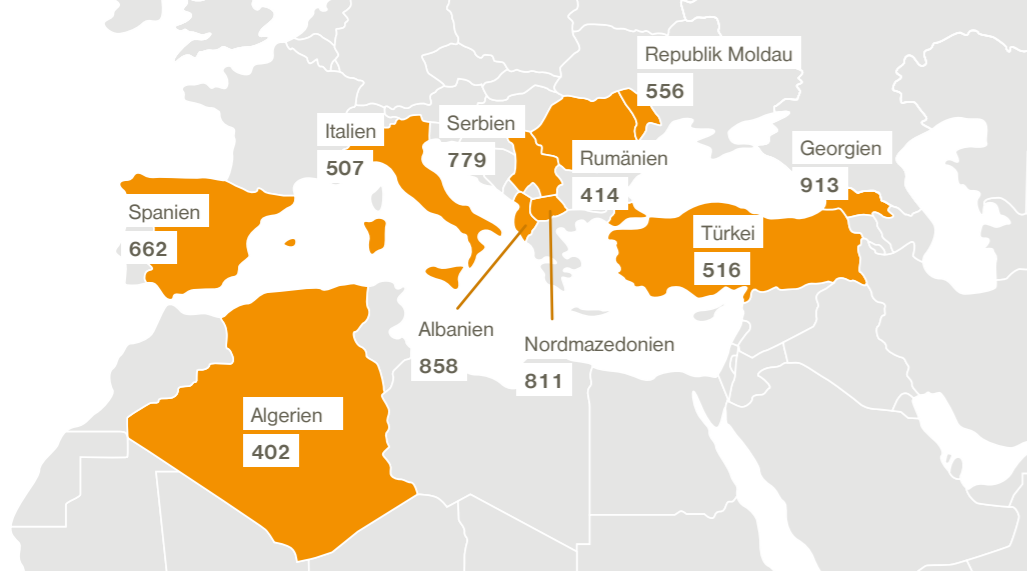
Auch die Sekundärmigration aus Griechenland, mit 6.611 damit im Zusammenhang stehenden festgestellten Personen, spielte 2022 eine wichtige Rolle in der grenzpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung.

Erneut Behältnisschleusungen aufgedeckt

Neben diesen teils schon im Vorjahr einsetzenden Migrationsbrennpunkten führten die Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen der Bundespolizei „hinter“ den Grenzen ebenfalls zu zahlreichen Feststellungen. Sie registrierte 2022 insgesamt 2.386 Schleusungsfälle mit 18.087 Geschleusten und damit 11 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Fokus standen wieder sogenannte Behältnisschleusungen, eine besonders gefährliche Form der illegalen Migration. Menschen werden oft tagelang ohne jede Versorgung in Lkw eingeschlossen. Diese Fahrten führten vor allem von Ländern der Balkanregion aus nach Deutschland.

Rückführungen

Zielstaaten der Rückführung auf dem Luftweg – Top 10



Im Jahr 2022 wurde für 41.568 Personen die Rückführung im Wege der Abschiebungen oder Zurückschiebungen in das europäische Ausland oder in Drittstaaten geplant. Tatsächlich konnten 18.094 Personen auf dem Land-, Luft- oder Seeweg rückgeführt werden, hierbei handelte es sich um 12.945 Abschiebungen und 5.149 Zurückschiebungen. Hauptursächlich für die Diskrepanz zwischen den geplanten und tatsächlich vollzogenen Rückführungen war, dass zur Rückführung vorgesehene Personen aus unterschiedlichsten Gründen am Flugtag nicht an die Bundespolizei übergeben wurden. Es erfolgten 12.479 Rück-

führungen auf Veranlassung der Länder und 5.615 in bundespolizeieigener Zuständigkeit.

Von den Abschiebungen erfolgten 6.597 begleitet sowie 6.348 unbegleitet. Von den 5.149 Zurückschiebungen erfolgten 43 begleitet und 5.106 unbegleitet. Insgesamt 8.853 Kräfte der Bundespolizei waren im Jahr 2022 bei der Vorbereitung und Durchführung von Rückführungsmaßnahmen im Einsatz. Die Bundespolizei verfügte Ende 2022 über 2.000 qualifizierte „Personenbegleiterinnen und Personenbegleiter Luft (PBL)“.

Rückführungen

41.568	18.094
geplante	vollzogene
12.479	5.615
für die Länder	für die Bundespolizei

11.982	12.945
2021	2022

Abschiebungen

3.092	5.149
2021	2022

Zurückschiebungen

1.850	2.000
2021	2022

Personenbegleiter Luft

Humanitäre Aufnahmeverfahren

Deutschland realisierte die humanitäre Aufnahme von Personen aus Libanon, Niger, Kenia, Jordanien und Ägypten. Dies geschah im Rahmen von Bundesaufnahmeverfahren nach § 23 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes, im Rahmen von Landesaufnahmeverfahren sowie erstmals im Rahmen des europäischen freiwilligen Solidaritätsmechanismus (FSM) aus Italien und Zypern. Um das Sicherheitsniveau in diesen Verfahren zu steigern, führte die Bundespolizei gemeinsam mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie dem Bundeskriminalamt Befragungen vor Ort durch. Unter Beteiligung der Bundespolizei wurden im Rahmen der Humanitären Aufnahmeverfahren des Bundes und der Länder 1.963 Personen in Deutschland aufgenommen.

Aufnahme schutzbedürftiger Menschen aus Afghanistan

Seit der Machtübernahme der Taliban im Jahr 2021 nimmt Deutschland schutzbedürftige Menschen aus Afghanistan auf und unterstützt diese bei der Ausreise. Im Jahr 2022 konnte nach Feststellungen der Bundespolizei an den Außengrenzen rund 18.600 Afghanen mit Unterstützung der deutschen Behörden die Ausreise nach Deutschland ermöglicht werden.

Zuverlässigkeits- und Sicherheitsüberprüfungen

Die Bundespolizei überprüfte im Jahr 2022 auf Grundlage verschiedener Bundes- und Landesgesetze 2.467.917 Personendatensätze.

Die Verdoppelung (+ 98 Prozent) gegenüber dem Jahr 2021 ist im Wesentlichen auf das im Jahr 2022 erstmals ganzjährig durchgeführte Konsultationsverfahren im Asylkontext (AsylKon) gemäß § 73 Abs. 1a Aufenthaltsgesetz zurückzuführen. Dieses ermöglicht es, Datensätze von Asylsuchenden sowie unerlaubt eingereisten Personen nach der (Erst-)Registrierung einer sofortigen, automatisierten Überprüfung im Ausländerzentralregister zu unterziehen.

Von den überprüften Datensätzen entfielen 1.142.308 Personendatensätze auf das AsylKon-Verfahren und 956.675 auf die aufenthaltsrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen gemäß § 73 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz. Die aufenthaltsrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen erfolgen zur Feststellung von Versagungsgründen oder möglichen Sicherheitsbedenken vor der Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels, einer Duldung oder Aufenthaltsgestattung.

Bei Sicherheitsüberprüfungen gemäß Sicherheitsüberprüfungsgesetz wurden 177.452 Personen überprüft, in weiteren Verfahren wurden 191.482 Überprüfungen von Personendatensätzen durchgeführt.

Auslandsverwendungen

Einsätze und Verwendungen im Ausland orientieren sich an den Aufgaben der Bundespolizei. Sie ergänzen insbesondere die nationalen grenzpolizeilichen Maßnahmen zur Verhinderung der illegalen Einreise und Migration.

Durch die technische und materielle Unterstützung sowie Ausbildungsprojekte werden Partnerbehörden entlang der Hauptmigrationsrouten gestärkt und ertüchtigt. Sie tragen so unmittelbar vor Ort zur Stabilisierung bei.

Krisen und staatliche Instabilität begünstigen Kriminalität bis hin zum Terrorismus und können zur Migration führen. Bilaterale Aufbauprojekte und die Beteiligung an Missionen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen sollen örtliche Sicherheitsbehörden wieder in die Lage versetzen, ihre Aufgaben eigenständig und rechtsstaatlich wahrzunehmen.

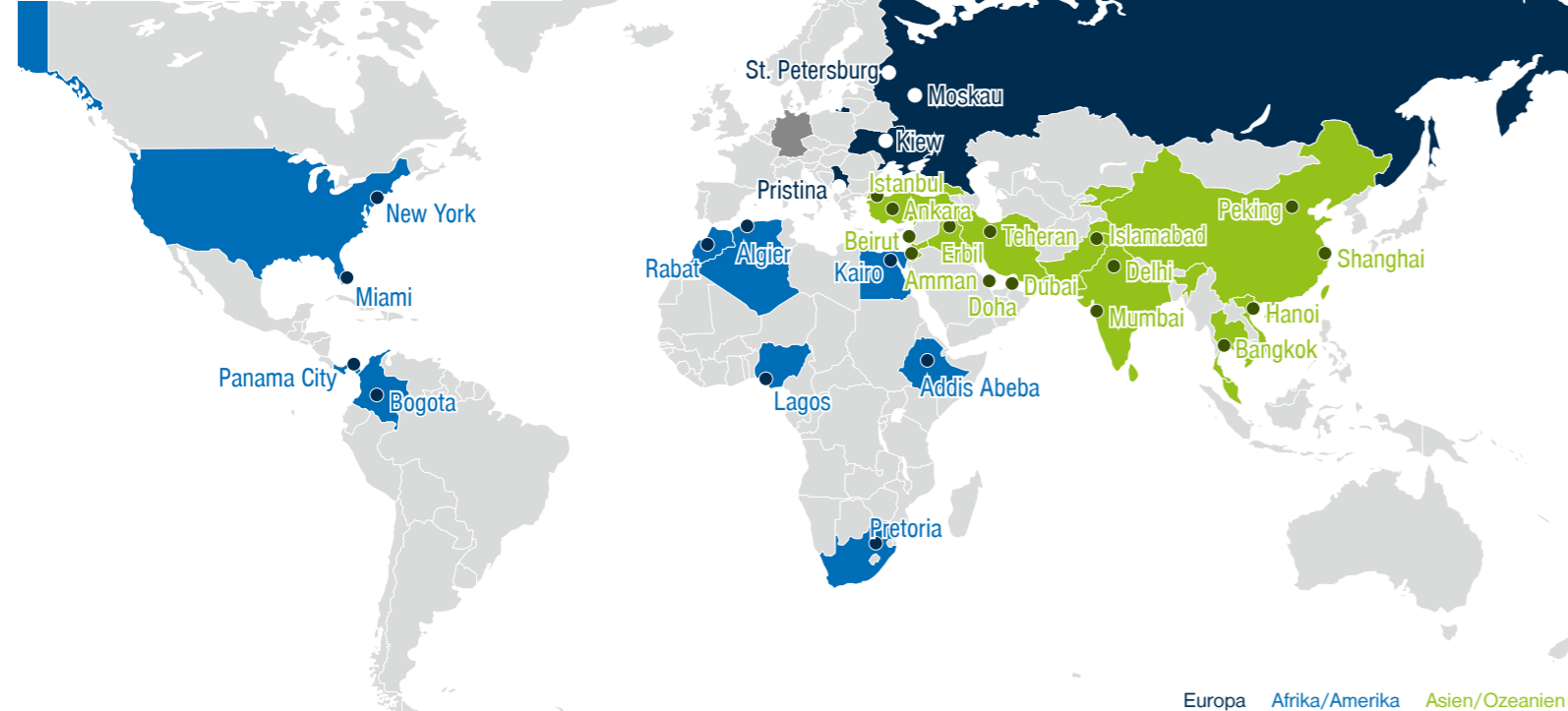
Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurden viele Maßnahmen der polizeilichen Ausbildungshilfe (PAH) aus den Jahren 2020 und 2021 in das Jahr 2022 verschoben.



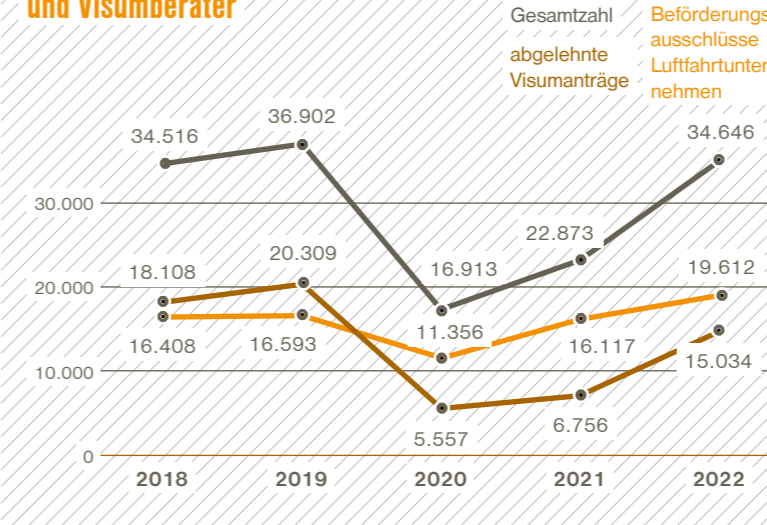
Dokumenten- und Visumberater

Dokumenten- und Visumberater (DVB) treten der illegalen Einreise nach Deutschland und in das Gebiet der Schengener Vertragsparteien bereits in Drittstaaten entgegen. Sie sind insbesondere auf das Erkennen von Dokumentenfälschungen spezialisiert und bilden einen wichtigen Teil der Vorverlagerungsstrategie zur Bekämpfung illegaler Migration. 2022 haben 74 DVB an 29 Standorten in 24 Ländern insgesamt 19.612 unerlaubte Einreisen im Ansatz verhindert. Hierzu fanden 68.884 Beratungen von Behörden und Organisationen an den Auslandsflughäfen und 41.751 Visaprüfungen statt. Im Ergebnis wurden 19.612 Beförderungsausschlüsse ausgesprochen und 15.034 Visumanträge abgelehnt. Es wurden 6.315 Beschäftigte verschiedener Luftfahrtunternehmen und Visastellen fachlich geschult.

Standorte der Dokumenten- und Visumberater



Verhinderte unerlaubte Einreisen durch Dokumenten- und Visumberater



Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex

Die Zusammenarbeit mit Frontex ist ein wesentlicher Beitrag für die Sicherheit der europäischen Außengrenzen.

Die Bundespolizei ist größte Kontingentstellerin aller Mitgliedstaaten und entsendet neben Personal Schiffe, Hubschrauber und anderes technisches Gerät zu Frontex. Bundespolizeiangehörige werden dabei auch außerhalb der EU, beispielsweise in Serbien, Montenegro, Albanien, Georgien, der Republik Moldau oder, bis zum Beginn des Krieges, auch in der Ukraine eingesetzt.

Im Jahr 2022 wurden 1.029 Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei, neben weiterem Personal der Polizeien der Länder, der Bundeszollverwaltung sowie des Bundeskriminalamtes, unter der Ägide von Frontex in Lang- und Kurzzeitverwendungen in insgesamt 22 Staaten entsandt. In der Frontex-Operation „Poseidon“ sind seit März 2016 kontinuierlich zwei Kontroll- und Streifenboote der Bundespolizei mit bis zu 20 Besatzungsmitgliedern aus Bund und Ländern und weiteren europäischen Partnerstaaten zur Unterstützung der griechischen Behörden in der Ägäis im Einsatz.

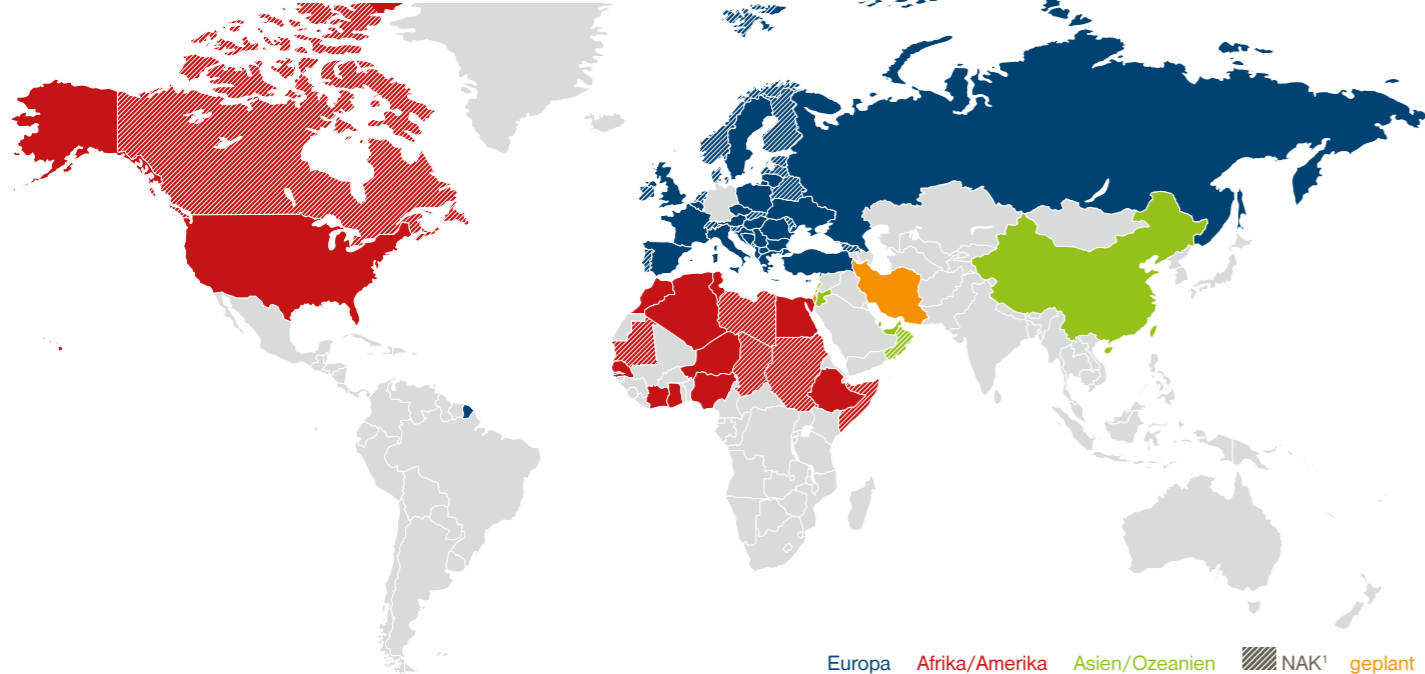
Die Bereitstellung von Einsatzkräften erfolgt bereits seit dem 1. Januar 2021 verpflichtend. Hierzu wurde bei der Bundespolizei ein Personalpool eingerichtet. Für die erste Ausschreibung konnten 61 Frontex-Team-Member für die Langzeitentsendungen des Frontex Standing Corps rekrutiert werden. Diese Einsatzkräfte sind der Agentur für die Dauer von zwei Jahren zugewiesen und wurden im Jahr 2022 an mindestens einem Einsatzort eingesetzt. Ferner wurden 968 Einsatzkräfte in Kurzzeitentsendungen von bis zu vier Monaten in diverse Einsatzorte in Mitglieds- und Drittstaaten entsandt.

Verbindungsbeamte der Bundespolizei

Die Verbindungsbeamten der Bundespolizei (VB BPOL) stellen den Informationsaustausch auf strategischer und operativer Ebene sicher. Sie koordinieren die Rückführung von illegal nach Deutschland eingereisten Personen in deren Herkunftsländer, beraten und unterstützen in der Luftsicherheit, bei Polizeikooperationen und der grenzpolizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe. 2022 waren 44 VB BPOL in 64 Staaten eingesetzt.



Standorte der Verbindungsbeamten der Bundespolizei



¹ Nebenakkreditierung, weiterer zu betreuender Staat

Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 des Bundespolizeigesetzes unterstützt die Bundespolizei das Auswärtige Amt bei der Wahrnehmung von Aufgaben zum Schutz deutscher Auslandsvertretungen. So gewährleistete die Bundespolizei im Jahr 2022 mit 154 Sicherheitsbeamtinnen und -beamten an deutschen Auslandsvertretungen (SAV), 69 Krisen-SAV sowie 89 Personenschutzkräften operative polizeiliche Schutzaufgaben im Ausland. Polizeifachliche Sicherheitsberatung auf Leitungsebene der Auslandsvertretungen stellten täglich 32 Sicherheitsberaterinnen und -berater (SIB) sowie 25 sogenannte Sicherheitsbeamtinnen und -beamte 2.0 sicher.

Gemeinsame Zentren der Polizei und Zollzusammenarbeit

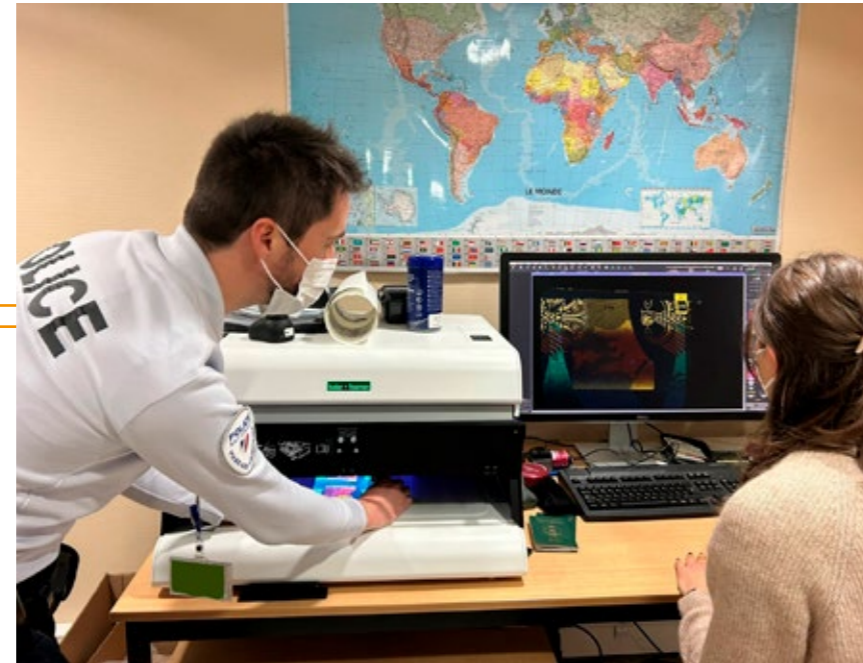
Die Erhebung von Informationen und deren unmittelbarer Austausch mit den benachbarten Polizei-, Zoll- und Grenzbehörden ist entscheidend für die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. In insgesamt zehn Verbindungsstellen und Gemeinsamen Zentren der Polizei- und Zollzusammenarbeit (GZ) sind mehr als 100 Bundespolizeiangehörige für die Gewinnung, Verarbeitung und Steuerung von Informationen eingesetzt. Die Zusammenarbeit der GZ mit den Partnerbehörden ist entscheidend für alle Aufgabenbereiche der Bundespolizei. GZ bilden ein wichtiges Bindeglied zwischen Deutschland und seinen Anrainerstaaten.



Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland

2022 wurden 32 Bundespolizeiangehörige als Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland (GUA) an grenzpolizeilich bedeutsamen Flug- und Seehäfen in Griechenland, Italien, Frankreich, Spanien und Kroatien eingesetzt. Ihre Aufgabe innerhalb der bilateralen Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der jeweiligen Staaten sowie verschiedenen Luftfahrtunternehmen beinhaltet die Verhinderung der Sekundärmigration nach Deutschland sowie die Bekämpfung von Urkunden- und Kfz-Sachwert-Delikten.

Der Erfolg der GUA spiegelte sich auch 2022 deutlich in den Zahlen wider. Vor allem an den Flughäfen in Griechenland waren GUA an insgesamt 6.313 Beförderungsausschlüssen (davon 4.164 auf Flügen nach Deutschland) direkt beteiligt. Dabei wurden 58 Schleuser und 6.588 inkriminierte Dokumente erkannt. Den deutschen Flughafen dienststellen wurden zusätzlich auf 1.693 Flügen insgesamt 6.993 Personen im Kontext der Sekundärmigration (Verdacht der scheinbaren Einreise) angekündigt.



Missionen für den Frieden

Durchschnittlich 50 Bundes- und Landespolizisten sowie Angehörige des Bundeskriminalamtes und der Bundeszollverwaltung beteiligten sich im Jahr 2022 an 13 Friedensmissionen. Darunter waren vier Missionen der Vereinten Nationen und neun der Europäischen Union. Ihr Einsatz diente unter anderem dem Schutz der Zivilbevölkerung sowie dem Auf- und Ausbau der Strukturen der Sicherheitsbehörden vor Ort und trug somit zur Stabilisierung von Krisenregionen bei. Damit wurde auch ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen geleistet.



EUROPEAN UNION ADVISORY MISSION IN IRAQ (EUAM)

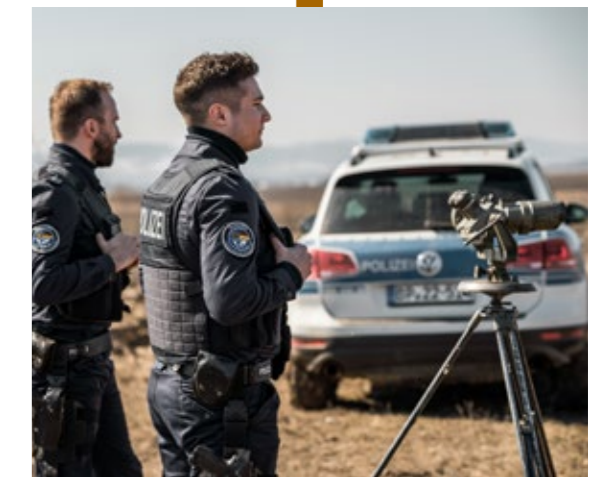
Die Beratungsmission der Europäischen Union im Irak (EUAM Iraq) wurde im Oktober 2017 auf Ersuchen der irakischen Regierung zur Beratung bei der Durchführung einer zivilen Reform des Sicherheitssektors (SSR) eingerichtet. Die Mission hatte zunächst ein Mandat von einem Jahr, das nach Bewertung der irakischen Bedürfnisse und der erzielten Fortschritte mehrmals verlängert wurde.

Die EUAM Iraq hat ihr Hauptquartier in Bagdad und ist daneben in Erbil vertreten. Die übergeordnete Aufgabe der Mission besteht in der Weiterentwicklung und kohärenten Umsetzung der irakischen nationalen Sicherheitsstrategie, der zugehörigen nationalen Strategien und anderer nationaler Sicherheitsprioritäten. Dazu zählt die Beratung und Bereitstellung von Fachwissen für die irakischen Behörden auf strategischer Ebene. Mit Unterstützung durch internationale Partner werden unter anderem institutionelle Reformen, die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und Korruption, der Schutz von Kulturerbe, das integrierte Grenzmanagement und die Terrorismusbekämpfung gefördert.

Der Mission können bis zu 80 internationale und 33 nationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angehören. Die Bundespolizei konnte die EUAM Iraq zuletzt von 2020 bis 2022 mit einem Bundespolizisten in der Aufgabe des Mission Security Officer unterstützen.

Internationale Einsatzinheit (IEE)

Die Internationale Einsatzinheit (IEE) ist eine für geschlossene Auslandseinsätze konzipierte Auf-rufeinheit innerhalb der Direktion Bundesberei-t-schaftspolizei. Insgesamt 158 kurzfristig ausrei-sefähige Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte stehen in den zehn Bundespolizeiabteilungen bereit. Die Einheit wurde 2009 zunächst in der Bundespolizeiabteilung Sankt Augustin aufgestellt und später auf alle Standorte der Bundesberei-t-schaftspolizei erweitert. Das Einsatzspektrum wird unter anderem durch Kräfteanforderungen der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwa-che Frontex, die Polizeiliche Ausstattungs- und Ausbildungshilfe (PAH) oder durch Beteiligung an Missionen der UN/EU geprägt. In 2022 kamen die Angehörigen der IEE auf insgesamt 10.190 Einsatztage im Ausland.



Polizeiliche Aufbauhilfe und Kooperation

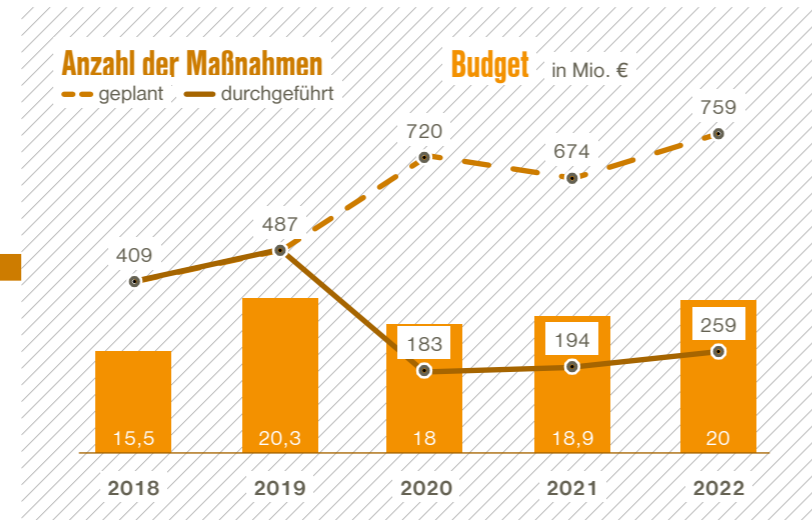
Die Polizeiliche Aufbauhilfe und Kooperation (PAH) dient unter anderem der bundespolizeilichen Vorverlagerungsstrategie zur Bekämpfung der illegalen Migration und der damit einhergehenden Kriminalitätsphänomene. Sie soll dazu beitragen, Fluchtursachen zu verringern, Gefahren für den internationalen Luftverkehr abzuwehren sowie sich im Ausland entwickelnde Gefahren (beispielsweise Terrorismus und Piraterie) zu bekämpfen.

Zudem erfolgt das Engagement der Bundespolizei im Rahmen der ressortgemeinsamen Strategie zur Unterstützung der Sicherheitssektorreform (SSR). Hier exemplarisch durch das Programm der Bundesregierung zur Ausbildungs- und Ausstattungshilfe zugunsten ausländischer Polizeikräfte (AAH-P) sowie der Ertüchtigungsinitiative (ERT) in Drittstaaten. Darüber hinaus soll das bundespolizeiliche Engagement der Heranführung von EU-Beitrittskandidaten (insbesondere in der Region Westbalkan) dienen.

Die PAH erfolgt in 75 Ländern überwiegend innerhalb des Grenzschutzes, der maritimen Sicherheit sowie der Luftsicherheitsaufgaben. Der geografische Schwerpunkt lag 2022 in den Staaten des Westbalkans, Nordafrikas sowie der Sahelzone und der Region des Nahen Ostens. Aufgrund des kriegerischen Angriffes der Russischen Föderation auf die Ukraine lag zudem ein starker Fokus auf der Unterstützung der ukrainischen (Grenz-)Polizeibehörden.

Neben dem Einsatz von Bundespolizeiangehörigen im Ausland bilden 38 in Deutschland akkreditierte ausländische Verbindungsbeamte die Basis für diese Kooperations- und Aufbauarbeit. In der Tunesischen Republik und dem Königreich Saudi-Arabien betreibt die Bundespolizei Projektbüros.

Die in der PAH eingesetzten Kurz- und Langzeitexperten vermitteln den ausländischen Partnerbehörden nach dem „Train-The-Trainer-Prinzip“ bundespolizeiliches Fachwissen. Sie fördern den Informations- und Erfahrungsaustausch sowie polizeiliche Fähigkeiten. Die Ausbildungshilfe wird durch maßgeschneiderte Ausstattungshilfen ergänzt. Diese umfassen unter anderem essenzielle Führungs- und Einsatzmittel.



Europäisches Polizeiprojekt SCOPE

Das seit 2021 laufende Projekt SCOPE (Fighting Migrant Smuggling by establishing Common Operational Partnerships in Europe with Third States) zielt darauf ab, durch strategische, kriminalpolizeiliche Partnerschaften die Schleusungskriminalität auf den Hauptmigrationsrouten nach Deutschland zu bekämpfen. Es sieht im Besonderen die Kooperationen mit Partnerbehörden der Türkei und der Staaten des Westbalkans vor. Schwerpunkte sind die Verhinderung von lebensbedrohlichen Container- oder Behältnisschleusungen und die Verfolgung von Straftaten wie etwa Dokumentenkriminalität.



Dieses Projekt wird aus Mitteln des Fonds für die innere Sicherheit der Europäischen Union kofinanziert.



Finanziert von der Europäischen Union

Finanzierungsinstrumente der Europäischen Union

Dezentrale Fondsmittelverwaltung

In der europäischen Förderperiode des mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 stellt die Europäische Union mit dem „Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visapolitik“ Deutschland etwa 160 Millionen Euro für Maßnahmen im Kontext des Grenz- und Visamanagements zur Verfügung. Diese Mittel werden im Bundespolizeipräsidium durch die „Verwaltungsbehörde BMVI“ verwaltet und unter Einhaltung der europäischen Förderkriterien an das Auswärtige Amt sowie an verschiedene Bundes- und Landesbehörden verteilt.

Wesentliche Fördermaßnahmen bis 2027 beinhalten beispielsweise die Einführung und Optimierung

von IT-Systemen zur Grenzkontrolle (Entry-Exit-System, European Travel Information and Authorisation System (ETIAS), Schengener Informationssystem, Visa-Informationssystem). Unterstützt werden auch der Betrieb der nationalen ETIAS-Stelle sowie die Weiterentwicklung und der Betrieb der nationalen Komponente des Grenzüberwachungssystems EUROSUR. Hinzu kommen Entsendungen von Dokumenten- und Visumberater in Drittstaaten.

Zentrale Fondsmittelverwaltung

Neben den EU-Fördermitteln, die national in den Mitgliedstaaten verwaltet werden, vergibt die Europäische Kommission direkt Fördergelder und bezuschusst ausgewählte Projekte. In diesem

Kontext führen verschiedene Bundespolizeibehörden sogenannte „Union Actions“ gemeinsam mit europäischen Partnern durch. Diese werden mit Fördergeldern etwa aus dem Fonds für die Innere Sicherheit (ISF) oder dem Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont Europe co-finanziert.

Damit unterstützt die Bundespolizei den Aufbau internationaler Ermittlerteams, die Heranführung von Beitrittskandidaten der Europäischen Union an die grenzpolizeiliche Zusammenarbeit sowie die Nutzung polizeilicher Informationssysteme, die Polizeiliche Aufbauhilfe in Drittstaaten und darüber hinaus die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden.



Bilaterales Polizeiprojekt Tunesien

Das 2015 eingerichtete Projektbüro Tunesien ist Ausdruck der (grenz-)polizeilichen Schwerpunktsetzung der Bundespolizei in Nordafrika und des Engagements innerhalb der Sicherheitssektorreform. Die dortige Polizeiliche Aufbauhilfe (PAH) unterstützt die tunesische Nationalgarde sowie die lokale Grenz- und Ausländerpolizei bei der professionellen Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und des Terrorismus. Integraler Bestandteil der PAH ist die Vermittlung demokratischer, rechtstaatlicher Grundsätze sowie die Beachtung von Menschenrechten. Tunesien wird beim Grenzschutz, der Dokumenten- und Urkundensicherheit, in maritimen Angelegenheiten sowie in der Aus- und Fortbildung gefördert. Beschaffte Ausstattungen werden durch umfangreiche Einweisungen in die Geräte ergänzt.



Jahresrückblick 2022



Das Jahr 2022

Januar 2022

Ermittlungsverfahren „Schuh“

Am 26. Januar 2022 durchsuchten etwa 1.500 Einsatzkräfte der Bundespolizei und des Zolls in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft 60 Objekte in 5 Bundesländern. Im Fokus der Ermittlungsbehörden standen 17 Beschuldigte sowie mehrere Firmen, gegen die unter anderem der Verdacht des gewerbsmäßigen Einschleusens von Ausländern, der gewerbsmäßigen Urkundenfälschung und der Steuerhinterziehung bestand. Über 20 Dienststellen der Bundespolizei waren an dem Großeinsatz beteiligt. Neben der Sicherstellung umfangreicher Beweismittel wurden 85 Personen vorläufig festgenommen.



Januar

Februar



Januar 2022

„Zwei von uns“ – weltweite Anteilnahme

Die Bundespolizei hat ihre Betroffenheit und Anteilnahme nach der Tötung einer Polizeikommissaranwärterin und eines Polizeioberkommissars der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz im dortigen Kusel am 31. Januar 2022 durch Gedenkveranstaltungen, Spendenaufrufe und mediale Beiträge in verschiedenen Kanälen ausgedrückt. Diese spiegelten sich ebenso in der überwältigenden Anteilnahme zahlreicher Dienststellen im In- und Ausland wider. Kolleginnen und Kollegen weiterer in- und ausländischer Polizeibehörden, Diplomaten, Angehörige der Bundeswehr sowie der US-Armee gedachten unter dem Motto „Zwei von uns“ ebenfalls der ermordeten Kollegin und des ermordeten Kollegen.



Februar 2022

Kriegsausbruch in der Ukraine

Fast zeitgleich mit Russlands Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde die deutsche Botschaft in Kiew evakuiert. Kräfte der Dienststelle Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland der Bundespolizei begleiteten den Fahrzeugkonvoi. Nach einer mehrstündigen Fahrt erreichten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erschöpft, aber unversehrt polnisches Staatsgebiet und die deutsche Auslandsvertretung in Warschau. Im Mai 2022 wurde die deutsche Botschaft in Kiew unter besonderen Schutzmaßnahmen wieder in Betrieb genommen.

Februar 2022

Olympische Winterspiele in China

Unter den 149 deutschen Olympioniken des Jahres 2022 fanden sich 20 Angehörige der Bundespolizei. Sie feierten nach herausragenden Leistungen in 15 verschiedenen Disziplinen einen Medaillen-Rekord. Die Athletinnen und Athleten errangen zehnmal Gold, zweimal Silber und zweimal Bronze. Die Bundespolizei stellte somit das erfolgreichste Team aus der Spitzensportförderung des Bundes. Ausführliche Ergebnisse auf Seite 96.



März 2022

Einreiseverweigerung

Am 15. März 2022 kontrollierte die Bundespolizei eine spanische Staatsangehörige am Flughafen Frankfurt am Main. Gegen diese lagen vier INPOL-Ausschreibungen unter anderem zur polizeilichen Beobachtung wegen Bildung terroristischer Vereinigungen im Ausland vor. Die 19-Jährige war Führungsperson der rechtsextremistischen Gruppierung „Bastion Frontal“. Bei der Durchsuchung des Gepäcks wurden eine Flagge mit verfassungswidrigem Abzeichen und weiteres gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstoßendes Material festgestellt. Reiseroute und -grund konnte die Spanierin nicht glaubhaft belegen. Aufgrund der hohen Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an Veranstaltungen des rechtsextremistischen Spektrums wurde die Einreise in die Bundesrepublik verweigert.



April 2022

Bundespolizei orchester spielt für Papst Franziskus

Das Bundespolizei orchester Hannover begleitete vom 5. bis 7. April 2022 die Wallfahrt der deutschen Polizeien nach Rom. Neben diversen Gottesdiensten an verschiedenen Orten der „ewigen Stadt“ wurde auch eine Audienz beim Papst im Vatikan musikalisch umrahmt. Mit einigen Worten auf Deutsch bedankte sich der Heilige Vater persönlich bei den Kolleginnen und Kollegen für die Musik.

März

April

Mai



März 2022

Neues Rechenzentrum für IT-Infrastruktur

Im Zuge der IT-Konsolidierung Bund hat die Bundespolizei im März 2022 eine Fläche in einem Hauptrechenzentrum des Bundes am Standort Bonn übernommen. Der technische Ausbau wird seitdem mit Hochdruck vorangetrieben, beispielsweise der Einbau der Hardware, die Verkabelung der Racks, die Anbindung an Netzübergänge sowie die Migration der IT-Verfahren. Die Inbetriebnahme des neuen Rechenzentrums der Bundespolizei markiert einen wichtigen Meilenstein für die Behörde: Die Bereitstellung modernster technischer Betriebsinfrastruktur ist Grundvoraussetzung dafür, unter anderem den hohen Anforderungen der europäischen Grenzkontrolle entsprechen zu können.

Mai 2022

Kontrolle der „Nachtwölfe“ in Kiel

Personen, die dem russischen Motorradclub „Night Wolves MC“ zugeordnet werden, wollten von Kiel mittels Fährschiff nach Russland ausreisen, um in Kaliningrad an den russischen Feierlichkeiten anlässlich des Tages des Sieges über den Nationalsozialismus teilzunehmen. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine war zu befürchten, dass es zu einer Schädigung des Ansehens Deutschlands im Ausland kommen könnte. Mit Kräften der Bundespolizei See, einer Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit sowie der Bundespolizeiabteilung Ratzeburg fanden Personenkontrollen statt. Dabei wurden acht Fahndungsnotierungen festgestellt sowie zwei Anzeigen wegen des Verstoßes gegen das Waffengesetz gefertigt.

Waldbrandbekämpfung

Von April bis September 2022 unterstützte die Bundespolizei mehrere deutsche Bundesländer bei der Bekämpfung von Wald- und Vegetationsbränden. Dafür setzte sie in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Hessen Wasserwerfer und Hubschrauber ein.

Herausragend waren die Einsätze im Sommer 2022 in Brandenburg, Sachsen und Berlin.

Im Juni entwickelte sich im südlichen Brandenburg ein großflächiger Vegetationsbrand. Zeitweise hatte sich das Feuer auf insgesamt über 200 Hektar Wald ausgebreitet. Durch die teilweise hohe Munitionsbelastung des Erdbodens war das Löschen mittels Hubschrauber oft die einzige Option. Die Bundespolizei unterstützte die Arbeit der Feuerwehr effektiv aus der Luft. Ende Juli wurden bei weiteren Bränden in einem benachbarten Landkreis zusätzlich vier Wasserwerfer eingesetzt. Diese sind aufgrund ihrer Konzeption und technischen Ausstattung für das Löschen von Feuern geeignet. Die Wurfweite der auf dem Dach montierten Strahlrohre beträgt bis zu 65 Meter. Sie können bis zu 1.200 Liter Wasser pro Minute abgeben.

Im östlichen Erzgebirge waren am 25. Juli 2022 mehrere Feuer im unwegsamen Gelände der Sächsischen Schweiz ausgebrochen. Auch hier unterstützte die Bundespolizei mit Hubschraubern mit dem zielgerichteten Abwurf von Löschwasser und später mit drei Wasserwerfern. Diese Fahrzeuge sind nicht in erster Linie für steile und schmale Waldwege vorgesehen. Dank der langjährigen Erfahrung der Kraftfahrer verliefen die Einsätze erfolgreich. Die Brandbekämpfung rund um das Elbtal dauerte bis zum 8. August an.

Zu den herausforderndsten Einsätzen zählte die Waldbrandbekämpfung mittels Hubschraubern über dem Berliner Grunewald. Hier war am 4. August ein Munitionslager auf einem Sprengplatz in Brand geraten. Es kam in dem bis zu 50 Hektar großen Einsatzraum immer wieder zu Explosionen. Für die Löschmannschaften am Boden bestand tagelang Lebensgefahr, sodass die Brandbekämpfung fast ausschließlich aus der Luft möglich war. Am Boden unterstützten Wasserwerfer der Bundespolizei später durch den Transport von Löschwasser und die Ablöschung kleiner Brandherde im Umfeld des Sprengplatzes. Die Bundespolizei war auch an der Sicherung des Sperrkreises mit einem Radius von 1.000 Metern beteiligt.

Einsätze der Transporthubschrauber zur Brandbekämpfung vom 2. April bis 4. September 2022



404
Flugstunden



3.177
Abwürfe



4.977.000
abgeworfene
Liter Wasser

Die Hubschrauber der Bundespolizei können externe Feuerlöschbehälter, sogenannte Bamby Buckets, während des Fluges mit Wasser aus Flüssen und Seen füllen und anschließend mit jedem Abwurf mit bis zu 2.000 Litern zur Brandbekämpfung beitragen.



G7-Gipfel

Mit der turnusmäßigen Übernahme der Präsidentschaft der „Gruppe der sieben führenden demokratischen Industrienationen der Welt“, fand in der Zeit vom 26. bis 28. Juni 2022 der G7-Gipfel zum wiederholten Mal nahe der bayerischen Stadt Garmisch-Partenkirchen statt.

Gastgeber Bundeskanzler Olaf Scholz empfing auf Schloss Elmau die Staats- und Regierungschefs der G7, samt ihren Delegationen, sowie die EU-Kommissionspräsidentin.

Aufgrund der politischen Bedeutung des Treffens stand der G7-Gipfel auch 2022 wieder im Fokus der Öffentlichkeit. Bereits einige Monate im Voraus startete die Bundespolizei daher in Zusammenarbeit mit weiteren Sicherheitsbehörden mit den Vorbereitungen für den größten Einsatz des Jahres.

Schwerpunkt für mehr als 7.000 Einsatzkräfte der Bundespolizei war der Schutz der Staats- und Regierungschefs, der Schutz kritischer Infrastruktur im Luft- und Bahnverkehr sowie die Überwachung der bundesweit temporär wiedereingeführten Kontrollen der land-, luft- und seeseitigen Binnengrenzen.



Zur Gewährleistung der lückenlosen Überwachung der schwer zugänglichen Einsatzbereiche wurden unter anderem 21 Reiterinnen und Reiter mit 14 Polizeipferden, 28 Polizeihubschrauber sowie 11 Bergführerinnen und Bergführer eingesetzt. Auch Spezialkräfte, wie die Spezialeinheit GSG 9 der Bundespolizei, Einsatzkräfte des Entschärfungsdienstes sowie der Technischen Einsatzhundertschaften unterstützten dabei.

Insgesamt verlief der größte Einsatz der Bundespolizei im Jahr 2022 weitgehend friedlich. Prognosen hinsichtlich eines erwarteten Gewaltpotenzials bestätigten sich nicht.





Juli 2022

Forschungsvorhaben Sicherheitsbahnhof

Am 21. Juli wurde im Bahnhof Berlin-Südkreuz das „Forschungsvorhaben Sicherheitsbahnhof“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Ob mit der neuen Hilferuf-App Safe-Now, automatisierter Analyse von Gefahrensituationen oder Signalleuchten an Bahnsteigkanten: Die Bundespolizei, das Bundesministerium für Digitales und Verkehr und das Bundesministerium des Innern und für Heimat haben sich gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG zum Ziel gesetzt, Gefahrensituationen zu reduzieren beziehungsweise frühzeitig zu erkennen. Dazu würden bauliche, technische und organisatorische Sicherheitskonzepte für den zukunftsfähigen Eisenbahnverkehr entwickelt.

Juli 2022

DFEE schützt „Tour de France“

Beim größten Radrennen der Welt, der „Tour de France“, wurde zur Gefahrenabwehr bereits zum dritten Mal die deutsch-französische Einsatzeinheit (DFEE) eingesetzt. Sie arbeitet grenzüberschreitend und mehrsprachig. Das Interesse der Zuschauerinnen und Zuschauer an den sogenannten Binomen (ein Streifenteam aus einem deutschen und einem französischen Polizisten) war sehr hoch. Sie erhielten durchweg positive Resonanz.



Juni

Juli

August

Juni 2022

9-Euro-Ticket

Mit der Einführung des sogenannten 9-Euro-Tickets ergab sich für viele Reisende eine kostengünstige Möglichkeit, attraktive Ferienregionen des Landes mit der Bahn zu entdecken. Insgesamt wurden bis zum Ende des Gültigkeitszeitraums am 31. August 2022 etwa 52 Millionen dieser Tickets verkauft. Die Bundespolizei unterstützte in einzelnen Fällen die Räumung von überfüllten Zügen oder Bahnsteigen auf Anforderung der Eisenbahnunternehmen.



August 2022

Einreise mit gefälschten Dokumenten verhindert

Am 14. August informierte die Leitstelle Passenger Name Records (PNR) im Bundespolizeipräsidium den am Flughafen Athen eingesetzten Grenzpolizeilichen Unterstützungsbeamten Ausland über verdächtiges Buchungsverhalten von acht Personen für Flüge von Athen nach München. Es handelte sich um PNR-Mustertreffer, die auf Schleusung mit EU-Ausweisdokumenten hinwiesen. Die Personen waren nicht fahndungsnotiert, jedoch wurden bei deren Kontrolle totalgefälschte beziehungsweise missbräuchlich verwendete europäische ID-Karten gefunden. Es wurden Beförderungsausschlüsse erwirkt.

August 2022

Drogenfeststellung dank Sicherheitsscanner

Nach Ankunft aus Sao Paulo stellte sich eine Reisende am Flughafen Frankfurt am Main der Luftsicherheitskontrolle, bevor sie den Weiterflug nach Bologna antreten wollte. Der Sicherheitsscanner detektierte eine Auffälligkeit im Bereich der Oberschenkel. Bei der anschließenden Nachkontrolle wurden an den Beinen angeklebte Pakete festgestellt, die insgesamt 2,4 Kilogramm Betäubungsmittel enthielten.



September 2022

50 Jahre GSG 9 – 50 Jahre für Deutschland



**GSG 9 der Bundespolizei
1972 – 2022**

Mit einem Festakt beging die GSG 9 der Bundespolizei am 23. September 2022 im World Conference Center in Bonn ihr 50-jähriges Bestehen. Bundeskanzler Olaf Scholz übermittelte per Videobotschaft seine Glückwünsche. Bundesinnenministerin Nancy Faeser wandte sich persönlich an die geladenen Gäste aus Politik und Gesellschaft, darunter den israelischen Botschafter Ron Prosor. Mit der feierlichen Veranstaltung wurde die Leistung der GSG 9 in den vergangenen 50 Jahren gewürdigt: für die deutsche Demokratie im Kampf gegen Terrorismus, Extremismus und Organisierte Kriminalität.

Die Entstehung einer einzigartigen Spezialeinheit

Im September 1972 überfiel das palästinensische Terrorkommando „Schwarzer September“ während der Olympischen Spiele in München die dort teilnehmende israelische Mannschaft. Bei dem Befreiungsversuch der Polizei auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck kamen alle neun israelischen Geiseln, ein Polizeibeamter sowie fünf palästinensische Terroristen ums Leben. Dieser Anlass offenbarte die Erforderlichkeit polizeilicher Spezialkräfte. Noch im selben Monat wurde die Gründung einer neuartigen Spezialeinheit beschlossen.

Bereits im April 1973 waren die ersten beiden Einheiten der „Grenzschutzgruppe 9“, als Spezialeinheit des Bundes, einsatzbereit. Am 18. Oktober 1977 bestand die GSG 9 ihre „Feuertaufe“ mit der Geiselbefreiung auf dem Flughafen der somalischen Hauptstadt Mogadischu. Während der „Operation Feuerzauber“ wurden alle Passagiere aus der von palästinensischen Terroristen entführten Lufthansa-Maschine „Landshut“ befreit.

Israel und Deutschland – eine besondere Partnerschaft

Regelmäßig trainieren die GSG 9 und die israelische Spezialeinheit YAMAM gemeinsam für Einsätze verschiedenster Art und pflegen ein besonderes kollegiales Verhältnis.

Zur Erinnerung an die Geschehnisse von 1972 auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck sprangen Fallschirmspringer der GSG 9 und der YAMAM am 2. Juni 2022 gemeinsam aus einem Hubschrauber der Bundespolizei über dem Gelände ab. Sie trugen dabei die Flagge des jeweils anderen Landes und gedachten anschließend der damals getöteten israelischen Sportler sowie des deutschen Polizisten.

Imagefilm „50 Jahre GSG 9“



[bundespolizei.de/
mediathek](https://bundespolizei.de/mediathek)





September 2022

Mehrtägige Großübung: Angriff mit biologischen Waffen

Vom 20. bis 23. September 2022 nahm die Bundespolizei an einer dreitägigen Übung in Berlin und Brandenburg teil. Das Szenario war die polizeiliche Reaktion nach einem Attentat mit biologischen Waffen auf ein Kino. Der Unterstützungsverband CBRN simulierte unter anderem die Dekontamination von Opfern und Einsatzkräften. Die GSG 9 sowie der Entschärfungsdienst waren für die Sicherung eines fiktiven Chemielabors verantwortlich. Insgesamt waren 1.000 Menschen beteiligt. Die Großübung wurde von den 150 teils internationalen Beobachtern als Erfolg bewertet.

November 2022

Auslandseinsatz zur FIFA WM 2022 in Katar

Vom 20. November bis 18. Dezember 2022 fand im Golfstaat Katar die 22. FIFA Fußballweltmeisterschaft statt. Einem Unterstützungsersuchen der katarischen Polizeibehörden folgend, reisten vier Bundespolizeibeamte der Internationalen Einsatzeinheit sowie ein zusätzlicher Polizeiberater in das Emirat. Sie wurden in Einsatzeinheiten während der Hauptphase des Turniers sowie in eine Großübung eingebunden. In ihrer Beobachterrolle gaben sie eine Einschätzung der Leistungsfähigkeit der katarischen Sicherheitskräfte bei den Übungslagen „demonstrative Aktionen“ sowie „Abfertigung von Fans“ am internationalen Flughafen. Der Informationsaustausch in Katar wurde durch den in Doha akkreditierten Verbindungsbeamten gewährleistet. Ein Sicherheitsberater der Bundespolizei wurde temporär an der Deutschen Auslandsvertretung in Doha eingesetzt.

September

Oktober

November

Oktober 2022

12. Luftsicherheitstage in Potsdam

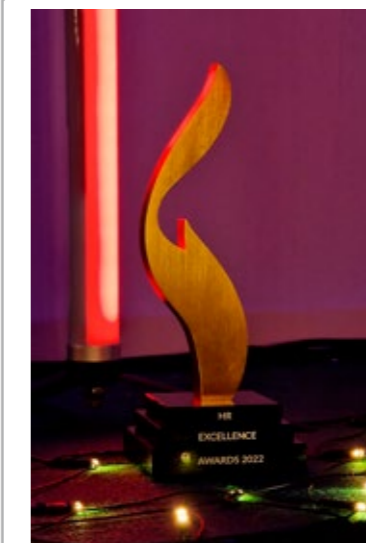
Gemeinsam mit dem Bundesverband der Luftsicherheitsunternehmen (BDLS) fanden die 12. Luftsicherheitstage unter dem Motto „Raus aus der Krise“ in Potsdam statt. In Vorträgen und Diskussionen erhielten die Teilnehmenden die Möglichkeit des intensiven Austauschs und der Vernetzung nach mittlerweile zweijähriger, pandemiebedingter Pause. In diversen Fachvorträgen und einer Podiumsdiskussion widmeten sich etwa 250 Fachleute den Herausforderungen, mit denen sich Bundespolizei, Luftsicherheitsunternehmen und die Luftverkehrswirtschaft in den vergangenen zweieinhalb Jahren konfrontiert sahen.



Oktober 2022

Festnahme aufgrund einer Zielfahndung

Die Zielfahndung der Bundespolizei übernahm im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft Hamm und auf Ersuchen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union die Suche nach einem mittels europäischen Haftbefehls gesuchten Schleusers. Bereits nach acht Tagen nahmen Einsatzkräfte der Bundespolizei den 47-jährigen Beschuldigten in Pfungstadt (Hessen) fest. Nach seiner Auslieferung erwartet ihn eine Freiheitsstrafe von knapp acht Jahren. Für die Zielfahndung der Bundespolizei war dies der elfte Festnahmeerfolg und der erste aufgrund eines ausländischen Ersuchens.



Oktober 2022

Rekrutierungskampagne ausgezeichnet

Bei der Roadshow „Bundespolizei X-Perience“ konnten junge Menschen in sechs deutschen Städten in die Bundespolizei eintauchen. Mit VR-Brillen seilten sie sich virtuell aus einem Hubschrauber ab, verfolgten einen Kabeldieb oder tauchten in eine Demonstrationslage ein. Die Jury des HR Excellence Award zeichnete die Kampagne in der Kategorie „Candidate Experience (inklusive Events)“ als beste Kommunikationsmaßnahme aus. Nach dem „PR Report Award 2020“ und dem „Deutschen Preis für Onlinekommunikation 2022“ ist dies bereits die dritte namhafte Auszeichnung für die Nachwuchskräftekampagnen der Bundespolizei.



Dezember 2022

Schlag gegen international agierende Schleuserbande

Am 7. Dezember 2022 vollstreckte die Bundespolizei sechs Untersuchungshaftbefehle und durchsuchte im Auftrag der Staatsanwaltschaft Görlitz 14 Objekte wegen des Verdachts des banden- und gewerbsmäßigen Einschleusens von Ausländern. Der Schleuserorganisation aus syrischen und irakischen Staatsangehörigen wurde vorgeworfen, mindestens 60 Schleusungshandlungen mit über 300 Geschleusten durchgeführt zu haben. Für eine Schleusung nach Deutschland hatten sie Beträge zwischen 3.500 und 10.000 Euro verlangt. Es waren 375 Kräfte der Bundespolizei eingesetzt.

Dezember

November 2022

Fahndungserfolg mittels automatisierter Kennzeichenerfassung

Die Bundespolizei erprobt aktuell automatisierte Kennzeichenerfassungssysteme und setzt diese anlassbezogen zur Unterstützung grenzpolizeilicher Fahndungsmaßnahmen ein. Hierbei stellten Beamte auf der Autobahn 94 ein Fahrzeug fest, das im Fahndungssystem als Schmugglerfahrzeug ausgeschrieben war. Die Einsatzkräfte stoppten den Pkw und stellten im Fahrzeug ein professionelles Schmuggelversteck mit unverzolltem Tabak und in einem weiteren Hohlraum Waffenteile für mindestens vier Sturmgewehre sowie dazugehörige Munition fest. Fahrzeug und Gegenstände wurden sichergestellt, der 51-jährige Fahrer kam in Untersuchungshaft.

Jahreswechsel 2022/2023

Krawalle in der Silvesternacht

Bundesweit waren fast 3.000 Einsatzkräfte der Bundespolizei im Einsatz, davon über 600 aus der Direktion Bundesbereitschaftspolizei. In Berlin unterstützten sie die Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei in drei Einsatzlagen (Alexanderplatz, Straße des 17. Juni sowie Bahnhof Gesundbrunnen) aufgrund von gewalttätigen Ausschreitungen. Drei Einsatzkräfte wurden dabei durch Pyrotechnik verletzt, konnten jedoch im Dienst verbleiben.

Elektronische Verwaltung

Zur Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und Umsetzung des E-Governmentgesetzes (§ 6 E-GovG) hat die Bundespolizei im Jahr 2022 den sogenannten Roll-out der E-Akte Bund weiter fortgesetzt. Ziel ist die Umstellung von der Papierakte auf die elektronische Verwaltungsakte.

Neben der reversionssicheren Dateiablage mit umfangreichen Recherchemöglichkeiten können Geschäftsprozesse in der E-Akte effizient und nachvollziehbar umgesetzt werden. Darüber hinaus wird die Digitalisierung von eingegangener Briefpost eingeführt.

Zum Jahresende 2022 konnten 5.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizei in der E-Akte Bund arbeiten und damit 4.000 mehr als noch 2021. Vorausgegangen waren jeweils halbtägige Fortbildungen in der Schriftgutverwaltung sowie insgesamt 225 zweitägige Schulungen im E-Akte Bund Schulungssystem. Diese fanden überwiegend als Webinar statt. Sie wurden von Projektgruppen der Bundespolizeibehörden organisiert und durchgeführt. Mit Abschluss der organisationsbezogenen Einführung der E-Akte Bund werden bei der Bundespolizei etwa 17.000 Beschäftigte mit der rein elektronischen Verwaltungsakte arbeiten.

Umweltmanagement in der Bundespolizei

Um zu einer möglichst klimaneutralen Bundesverwaltung beizutragen, wird die Bundespolizei bis 2025 an 30 Standorten das Umweltmanagementsystem „Eco-Management and Audit Scheme“ (EMAS) einführen. Im März 2022 wurden unter anderem nachfolgende Umweltleitlinien genehmigt, die in ihrer Gesamtheit für die gesamte Bundespolizei verbindlich sind.

Wo immer es möglich ist, wird die Bundespolizei natürliche Ressourcen schützen und ihre Emissionen verringern. Sie steht für die Gewährleistung der größtmöglichen Sicherheit bei steter Berücksichtigung der Auswirkungen ihres Handelns auf die Umwelt und die Gestaltung nachhaltiger Behördenpolitik.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität verfolgt die Bundespolizei konkrete Ziele. Beispielsweise wird an ausgewählten Standorten ein validiertes Umweltmanagementsystem eingeführt. Dabei werden Umweltdaten erfasst und analysiert, um Verbesserungspotenzial zu erkennen und auszuschöpfen. In den Liegenschaften der Bundespolizei soll aktiv an einer besseren Energieeffizienz mitgewirkt werden. Des Weiteren soll zugunsten des Ressourcenverbrauchs die Fahrzeugflotte der Bundespolizei nicht nur nach Einsatzerfordernissen, sondern auch nach Emissionswerten ausgerichtet werden. Kreative Ideen im Zusammenhang mit der Klimabilanz der Bundespolizei werden, wo immer möglich, gefördert und umgesetzt. Die Bundespolizei setzt auf das Potenzial der über 54.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihr Umweltbewusstsein.



Personal und Ausstattung



Personal der Bundespolizei

54.442 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

37.116
Polizeivollzugs-
beamtinnen und
-beamte

2.450
Verwaltungs-
beamtinnen und
-beamte

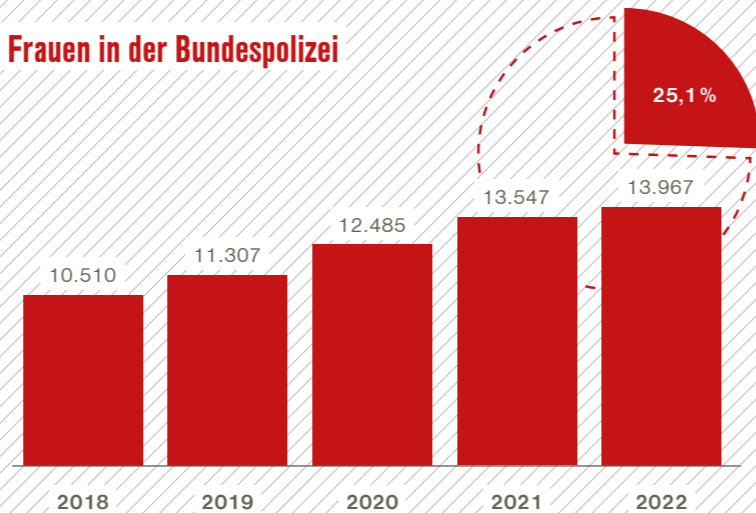
6.240
Tarifbeschäftigte

8.363
Anwärterinnen
und Anwärter

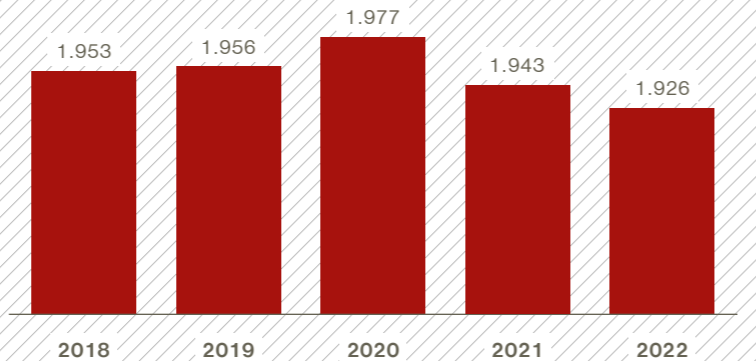
273
Auszubildende

Stand: 31.12.2022

Frauen in der Bundespolizei



Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Beschäftigte

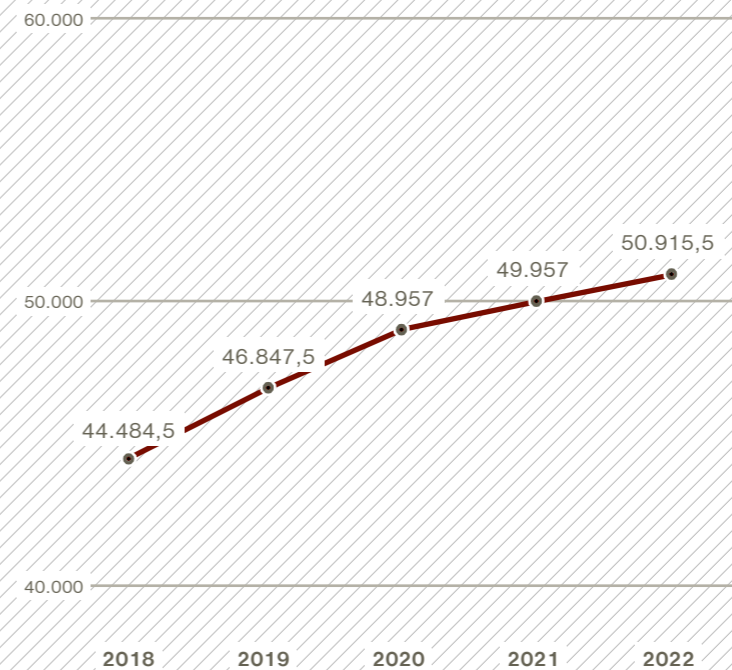


Personalhaushalt

Mit dem Zuwachs von nahezu 1.000 Planstellen und Stellen wuchsen diese im Haushaltsjahr 2022 auf ein Volumen von 50.915,5 an. Damit setzt der Haushaltsgesetzgeber den Aufwuchs fort und unterstreicht die Bedeutung der Bundespolizei im Sicherheitsgefüge Deutschlands.

Für die Jahre 2023 bis 2026 sind durch den Haushaltsgesetzgeber weitere Planstellen in Aussicht gestellt worden.

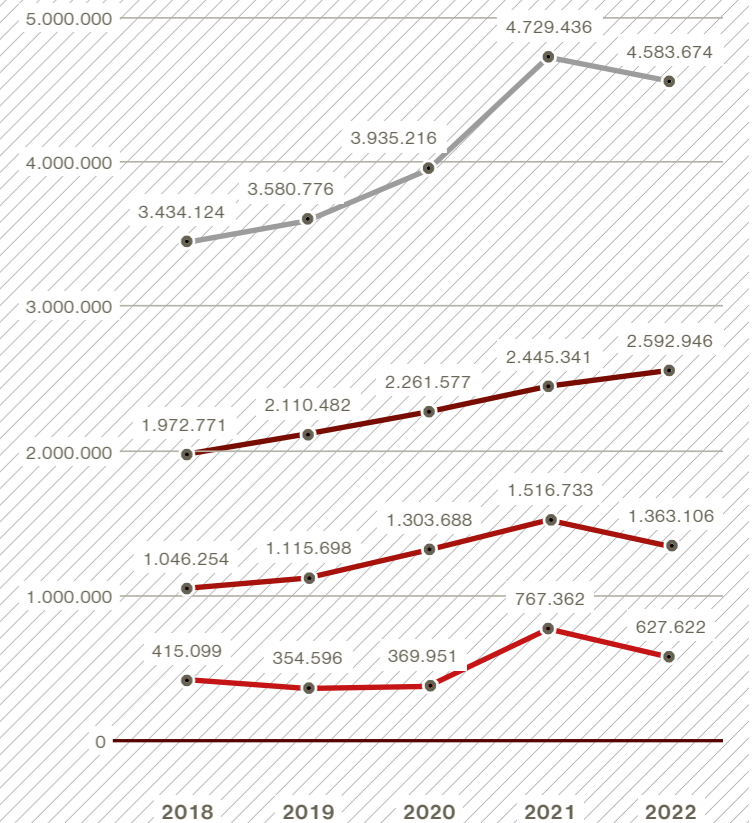
(Plan-)Stellen im Haushaltsjahr



Haushalt

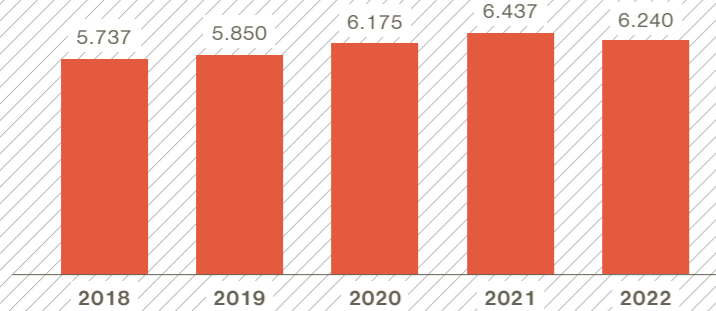
Entwicklung des Haushalts der Bundespolizei (in tausend Euro)

■ Gesamt
■ Personal
■ laufender Betrieb
■ Investitionen

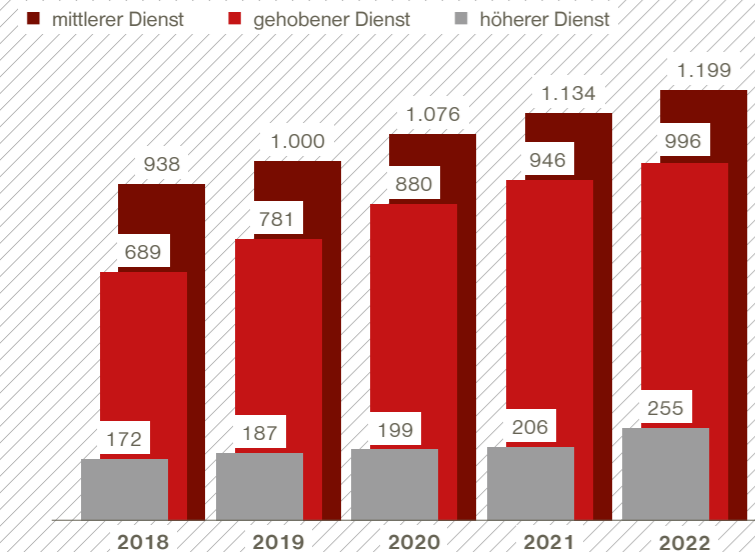


Verwaltung

Tarifbeschäftigte



Verwaltungsbeamtinnen und -beamte



Polizeivollzugsbeamte

Die Bundespolizei wird jünger

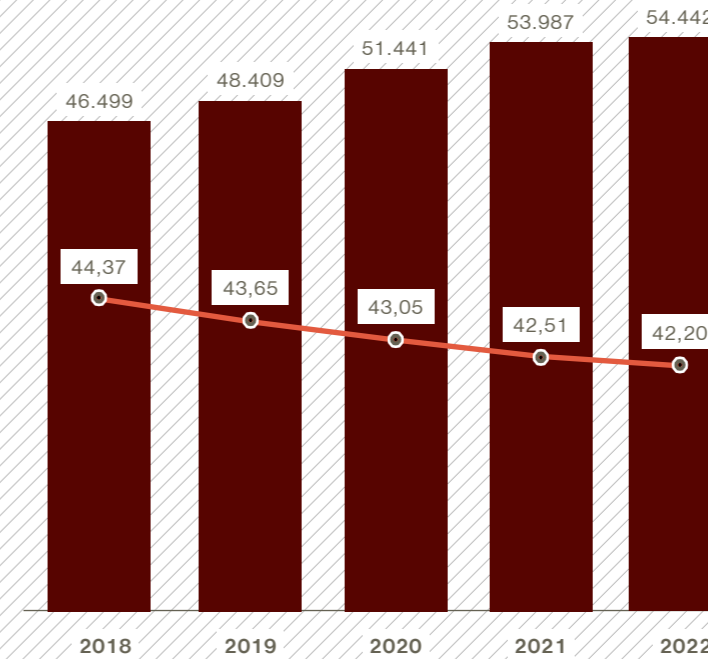
Die Bundespolizei konnte sich dem demografischen Wandel in Deutschland nicht entziehen. Den ruhestandsbedingten Abgängen stand nur eine geringe Zahl an Einstellungen gegenüber. Davon war insbesondere der Polizeivollzugsdienst betroffen. Die Folge war ein jährlich steigendes Durchschnittsalter in allen Beschäftigungsgruppen. Auch die umfangreichen Aufwüchse im Personalhaushalt der Bundespolizei ab dem Jahr 2015 hatten zunächst keinen positiven Einfluss.

Bis zum Jahr 2020 war es jedoch durch die erhöhte Einstellung von Verwaltungspersonal sowie die Übernahme zusätzlich ausgebildeter Laufbahnabsolventinnen und -absolventen in den Vollzugsdienst gelungen, das durchschnittliche Lebensalter in der Bundespolizei zu stabilisieren. Im Verwaltungsdienst konnte von einer Trendumkehr gesprochen werden. Ab 2021 zeichnete sich auch im Polizeivollzugsdienst eine Verbesserung der Situation ab. Mit Ablauf des Jahres 2022 verjüngt sich die Bundespolizei nunmehr stetig, auch im Vollzugsdienst.

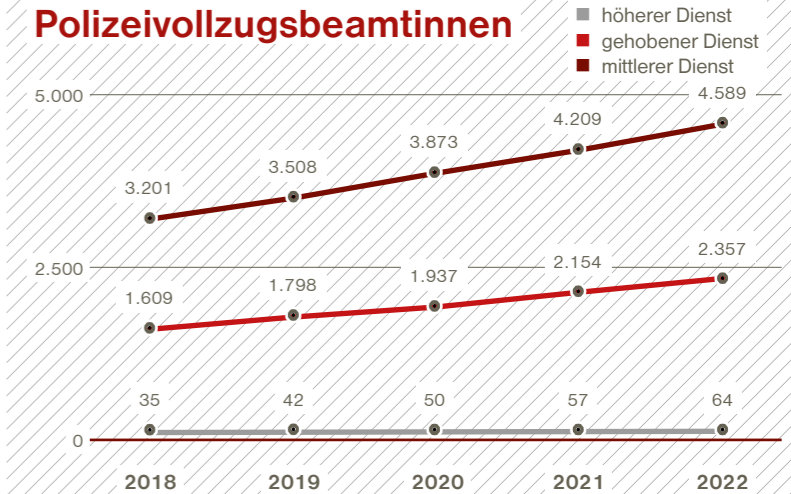


Entwicklung der Altersstruktur

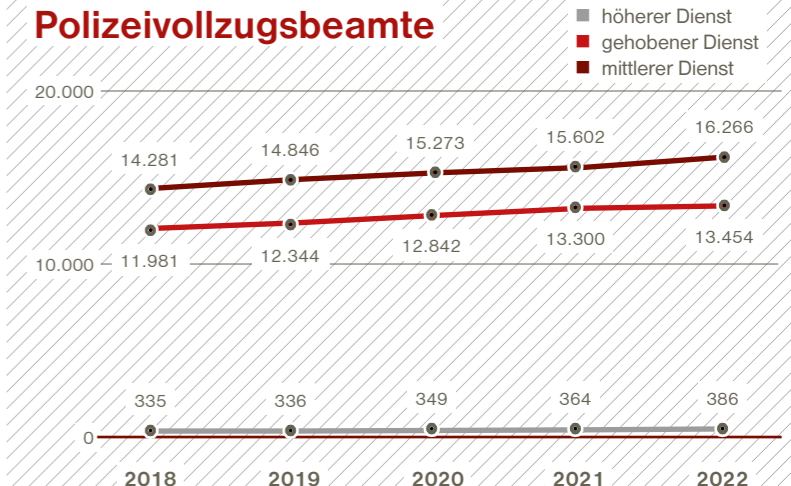
■ Beschäftigte (gesamt)
 ■ Altersdurchschnitt
 (ohne Anwärterinnen und Anwärter und Auszubildende)



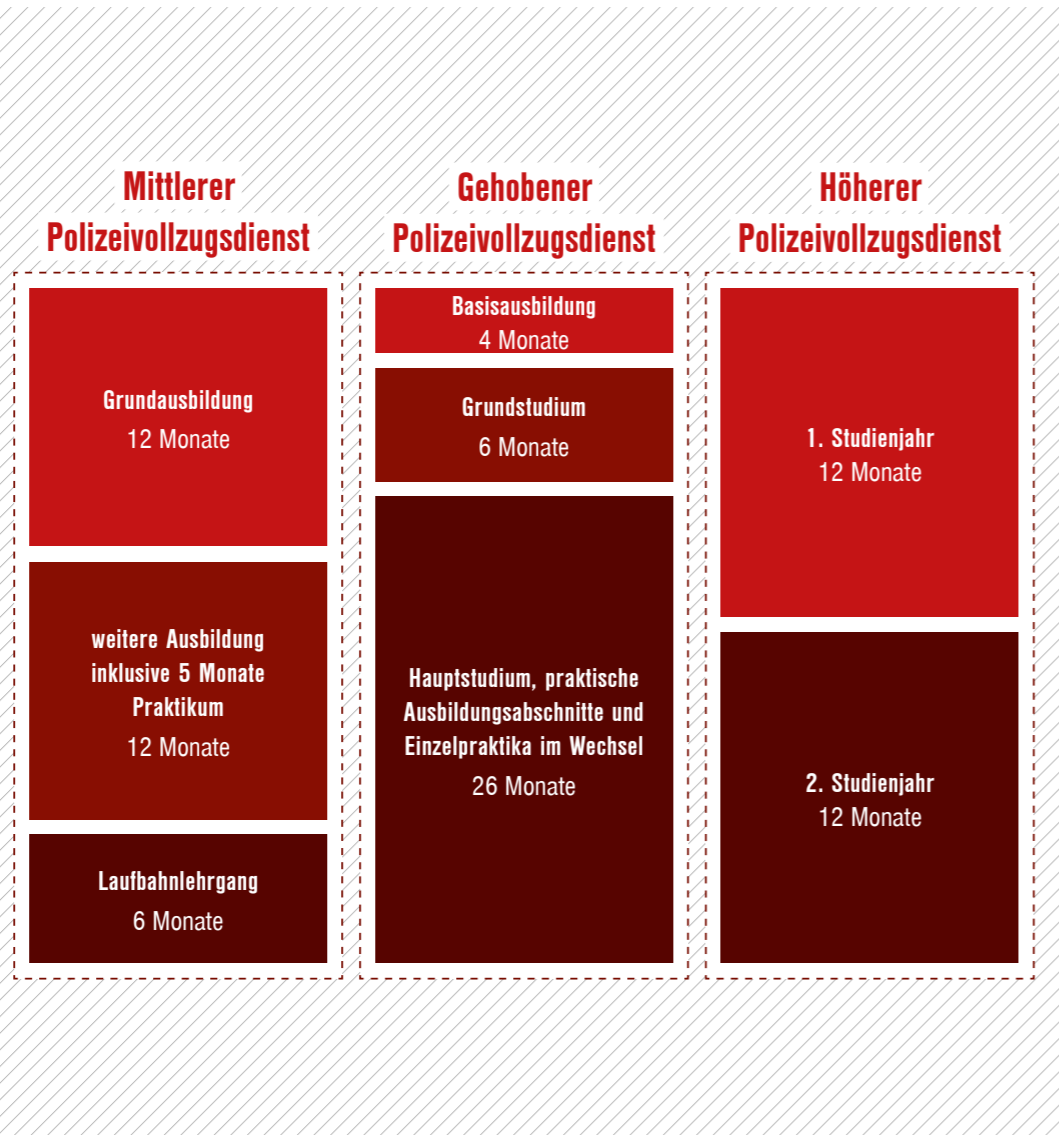
Polizeivollzugsbeamtinnen



Polizeivollzugsbeamte



Laufbahnen in der Bundespolizei



Liegenschaften

Die Bundespolizei nutzte im Jahr 2022 bundesweit insgesamt 534 Grundstücke und Gebäude. Der Bedarf wird maßgeblich durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) als zentrale Immobiliendienstleisterin des Bundes gedeckt.

Im Rahmen des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements (ELM) der BlmA nutzte die Bundespolizei 305 Liegenschaften. Die Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem ELM beliefen sich auf rund 206 Millionen Euro.

Über den Zuständigkeitsbereich der BlmA hinaus erfolgte die Unterbringung der Bundespolizei auch durch Betreiber von Bahnhöfen (insbesondere den Konzerngesellschaften der Deutschen Bahn AG) sowie durch Flug- und Seehafenbetreiber. Für die Überlassung dieser 188 Liegenschaften erstattete die Bundespolizei im Jahr 2022 Kosten in Höhe von rund 50 Millionen Euro. Darüber hinaus nutzte die Bundespolizei weitere 41 Liegenschaften, zum Beispiel auf ausländischem Hoheitsgebiet.

Aufgrund der Sicherheitspakete I bis III der Bundesregierung werden in den Jahren 2020 bis 2024 bei der Bundespolizei insgesamt 12.500 Beschäftigte zusätzlich eingestellt. Um diese unterbringen zu können, sind 234 Liegenschaften zu sanieren und zu erweitern. Dafür müssen bis Ende 2024 zusätzliche Flächen von mehr als 85.000 Quadratmetern geschaffen werden. Bis Ende 2022 konnte die Bundespolizei knapp 53 Prozent der erforderlichen Bedarfe über die BlmA, die Deutsche Bahn AG und verschiedene Flughafenbetreiber decken.

Das für die Haushaltsjahre 2020 bis 2022 beschlossene Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket der Bundesregierung endete zum 31. Dezember 2022. Von den zur Verfügung gestellten Mitteln konnten im Jahr 2022 noch einmal etwa 100 Millionen Euro zur Verbesserung der dienstlichen Unterbringung der Bundespolizei bereitgestellt werden.

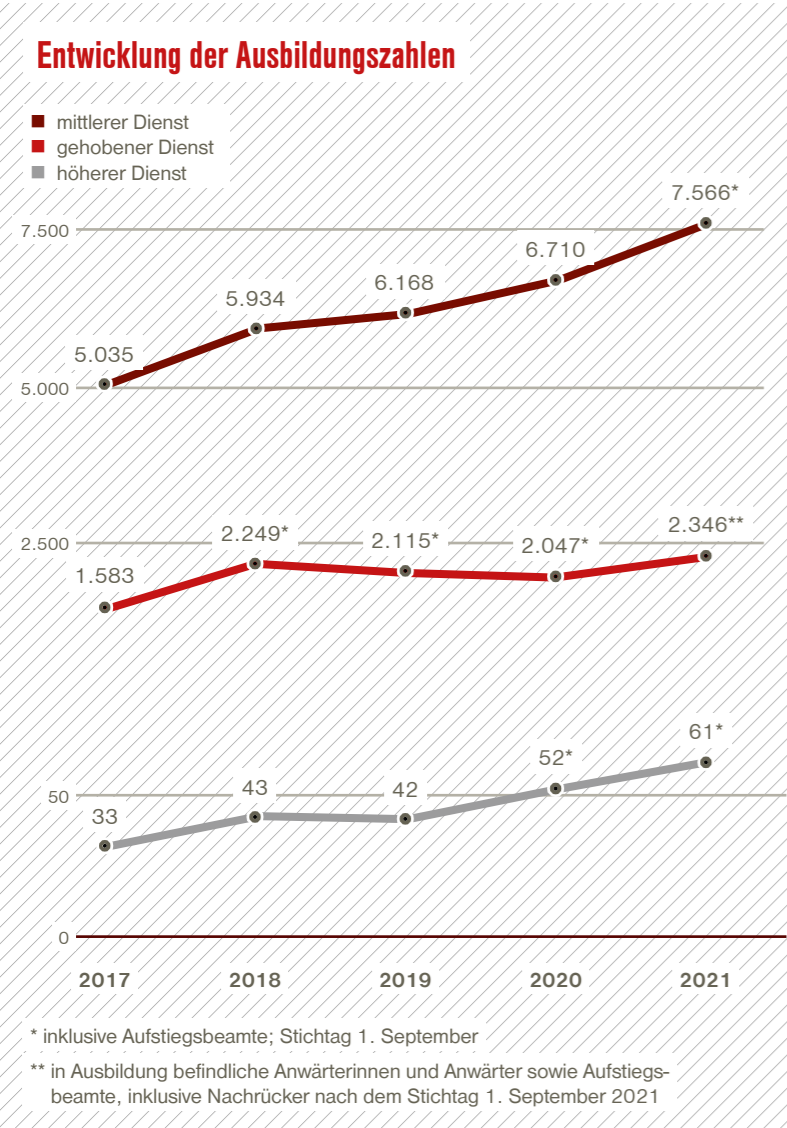


Baufeld Neubau Bundespolizeipräsidium in Potsdam



Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Diez

Aus- und Fortbildung



Der Bundestag, die Bundesregierung und das Bundesministerium des Innern und für Heimat haben die Bundespolizei seit 2015 mit insgesamt rund 17.500 zusätzlichen Planstellen und Stellen verstärkt. Hinzu kommen rund 11.000 weitere Neuzugänge, um Ruhestände und sonstige Personalverluste zu kompensieren. Bis 2026 stellt die Bundespolizei damit annähernd 29.000 junge Frauen und Männer ein.

Diese bisher einzigartige Ausbildungsinitiative verlangt in hohem Umfang die Unterstützung der gesamten Einsatzorganisation, um die Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter erfolgreich ausbilden zu können. Einsatz erfahrene Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte übernehmen Lehrtätigkeiten und führen die Polizeischülerinnen und -schüler im Einsatzpraktikum an die praktische Polizeiarbeit heran.

Die Einstellungsoffensive der Bundespolizei ist erfolgreich. Etwa 10.700 Nachwuchskräfte sind seit dem Jahr 2018 bis zum 31. Dezember 2022 in sieben Standorten der Bundespolizeiakademie in den Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentren Bamberg, Diez, Neustrelitz, Eschwege, Walsrode, Oerlenbach und Swisttal zu Polizeimeisterinnen und -meistern sowie am Standort Lübeck zu Polizeikommissarinnen und -kommissaren ernannt worden.



Bundespolizeitrainingszentrum Kührointhaus

Das in den Berchtesgadener Alpen auf etwa 1.400 Meter Höhe gelegene Kührointhaus ist das alpine Trainingszentrum der Bundespolizei. Das Berghaus wurde im Jahr 1938 errichtet und dient seit 1956 dem Bundesgrenzschutz – der heutigen Bundespolizei – als Aus- und Fortbildungsstätte. Strom- und Wasserleitungen wurden 1968 eingebaut, eine Zufahrtsstraße folgte einige Jahre später. Seit dem Jahr 2000 ist es nachgeordnete Dienststelle der Bundespolizeiakademie. In seinen Schlafsälen und Gemeinschaftsräumen bietet es Platz für bis zu 54 Personen. Die Trainingsräume sind mit modernster Technik ausgestattet.

Es finden zu allen Jahreszeiten Fortbildungen für Spezialkräfte, Teamtrainings, Seminare zur Nachbereitung besonders belastender Einsätze sowie Führungskräfte trainings statt. Darüber hinaus wurden bereits Staatsgäste sowie Delegationen ausländischer Sicherheitsbehörden auf der Kührointalm empfangen. Die Abgeschiedenheit des Berghauses in der hochalpinen Umgebung unterstützt die Umsetzung der Trainingsziele in besonderer Weise und trägt wesentlich zum Seminarerfolg bei.

Am Standort versehen zwölf hochspezialisierte, staatlich geprüfte Polizeibergführer und eine Polizeibergführerin ihren Dienst. Ihre Aufgaben spiegeln die Vielfältigkeit der Bundespolizei wider. Neben ihrer Bergführertätigkeit sind sie Seminarleiter, Berg- und Luftretter sowie Experten für Krisenintervention in einer Person. Unterstützt werden sie vor Ort durch den Sanitätsdienst sowie weitere Beschäftigte für Verwaltungsaufgaben, Küche, Reinigung und Haustechnik.



Nachwuchsgewinnung

Auch wenn die Nachwuchsgewinnung im Onlinesegment weiter an Bedeutung gewinnt, sind Präsenzveranstaltungen von wesentlicher Bedeutung und ermöglichen das direkte Gespräch mit Interessierten. Die Pandemiebedingungen erlaubten 2022 wieder mehr Präsenzveranstaltungen.

Dass sich traditionelle und digitale Ansätze in der Werbung hervorragend ergänzen können, zeigte die „Bundespolizei X-Perience Tour“. Unterstützt von Einstellungsberatern besuchte ein Team der Nachwuchsgewinnung sechs Städte in Deutschland – im Gepäck waren modernste Virtual-Reality-Brillen. Interessierte konnten mittels virtueller Realität in der „X-Perience Box“ in eine völlig neue Dimension eintauchen und die Aufgaben sowie bestimmte Einsatzszenarien der Bundespolizei erleben. Von diesem Erlebnis waren nicht nur potenzielle Bewerberinnen und Bewerber begeistert, sondern auch die Jury des Human Resource Excellence Awards, die

die „X-Perience Box“ als beste Kommunikationsmaßnahme in der Kategorie „Candidate Experience“ auszeichnete.

Abseits dieser „Leuchtturmaßnahmen“ nahm die Präsenz der Bundespolizei in den sozialen Medien einen wichtigen Stellenwert bei der Nachwuchswerbung ein. So konnten die Klickzahlen sowie die Anzahl der „Follower“ auf Facebook, Instagram und YouTube nochmals erhöht werden. In der Redaktion waren 15 Mitglieder im Nebenamt beschäftigt und kümmerten sich um die tägliche Kommunikation mit den Fans. Sie beantworteten Kommentare sowie Direktnachrichten und waren damit für viele junge Menschen der erste Kontakt zur Bundespolizei, lange bevor die eigentliche Bewerbung eingereicht wird.

BUNDESPOLIZEI X-PERIENCE

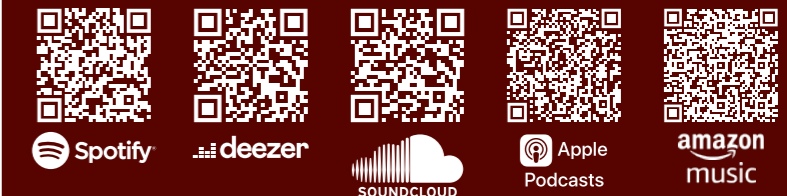
Mit Sicherheit vielfältig. komm-zur-bundespolizei.de

04.06. 10.00 - 18.00 UHR BERLIN BREITSCHIEDPLATZ	11.06. 10.00 - 18.00 UHR BREMEN HILLMANNPLATZ	18.06. 10.00 - 18.00 UHR LEIPZIG AUGUSTUSPLATZ
02.07. 10.00 - 18.00 UHR MÜNCHEN RINDERMARKT	09.07. 10.00 - 18.00 UHR KÖLN MEDIAPARK	16.07. 10.00 - 18.00 UHR FRANKFURT AM MAIN OPERNPLATZ

BUNDESPOLIZEI







Das Podcastformat „Funkdisziplin“ erfreut sich fortwährender Beliebtheit und gibt authentische Einblicke in die verschiedenen Aufgabebereiche der Bundespolizei. Im Juni 2022 zeichnete die Jury des Deutschen Preises für Onlinekommunikation (DPOK) den Podcast als beste Kommunikationsmaßnahme in der Kategorie Digital Publishing aus. Ausschlaggebend waren neben den hohen Aufrufzahlen vor allem die authentischen Eindrücke aus dem Alltag der Bundespolizei, die für eine Organisation nicht alltäglich sind.





Amtsbezeichnungen der Bundespolizei

Mittlerer Dienst

	
Polizeimeisteranwärter	Bundespolizeiliche Unterstützungskraft
	
Polizeimeister	Polizeiobermeister
	
Polizeihauptmeister	Polizeihauptmeister (mZ)




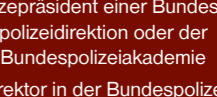
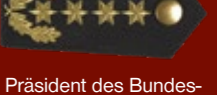



Gehobener Dienst

	
Polizeikommissaranwärter	Polizeikommissar
	
Polizeioberkommissar	Polizeihauptkommissar (A11)
	
Polizeihauptkommissar (A12)	Erster Polizeihauptkommissar
	
Erster Polizeihauptkommissar (A13 gZ)	



Höherer Dienst

	
Polizeiratanwärter	Polizeirat
	
Polizeiobererrat	Polizeidirektor
	
Leitender Polizeidirektor	Präsident einer Bundespolizeidirektion*
	
Vizepräsident beim Bundespolizeipräsidium	Vizepräsident einer Bundespolizeidirektion oder der Bundespolizeiakademie
	
Präsident einer Bundespolizeidirektion* oder der Bundespolizeiakademie	Direktor in der Bundespolizei
	
	Präsident des Bundespolizeipräsidiums

* Die Dienstpostenbewertung erfolgt gemäß § 18 BBesG aufgrund individueller dienstlicher Anforderungen.

Ärztlicher und Sicherheitstechnischer Dienst



Der Ärztliche und Sicherheitstechnische Dienst der Bundespolizei ist für die medizinische Einsatzversorgung von Bundespolizeiangehörigen verantwortlich. Dazu gehören die Versorgung der Polizistinnen und Polizisten im Einsatz, die kurativ-medizinische Versorgung sowie die betriebsmedizinische Betreuung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darüber hinaus ist er für die medizinische Aus- und Fortbildung aller Einsatzkräfte zuständig und berät Führungskräfte bei fachlichen Fragen.

579
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im
Ärztlichen, Sicherheitstechnischen und
Sozialwissenschaftlichen Dienst



55 Polizeiärzte	110 Medizinische Fachangestellte
217 Polizeisanitäter	33 Fachkräfte für Arbeitssicherheit
7 Physiotherapeuten	22 Mitarbeitende in den Sozialwissen- schaftlichen Diensten
44 Mitarbeitende in der Heilfürsorge	

2022

1.567
Einsätze

35.950
geleistete
Einsatzstunden

943
Behandlungen

1.157
Einsätze der
Polizeisanitäter

340
Einsätze der
Polizeiärzte

Bundespolizeiseelsorge

Bundespolizistinnen und Bundespolizisten, die außergewöhnlichen physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt waren, können jederzeit fachspezifische Seelsorge in Anspruch nehmen.

Die Bundespolizeiseelsorge wird von Pfarrern der römisch-katholischen Kirche sowie von Pfarrerinnen und Pfarrern der evangelischen Landeskirchen in Deutschland angeboten. Sie sind mit der Behörde vertraut, werden für ihre Tätigkeit von ihrer Kirche beurlaubt und wechseln in ein staatliches Dienstverhältnis. Sie sind jedoch frei von staatlichen Weisungen. Sie unterstehen der Dienstaufsicht des jeweils zuständigen Dekans der Bundespolizei oder des jeweiligen Beauftragten der evangelischen oder katholischen Kirche für die Seelsorge in der Bundespolizei. Die Bundespolizeipfarrerinnen und -pfarrer sind in ihrer Funktion als wissenschaftlich ausgebildete Theologen zudem für den berufsethischen Unterricht in der Aus- und Fortbildung zuständig.



2 Dekane der Bundespolizei	26 Hauptamtliche Seelsorger	3.973 Unterrichtsstunden Berufsethik (Ausbildung)
7 nebenamtliche Seelsorger	199 durchgeführte Lehrgänge	564 Lehrgangstage
		3.312 Teilnehmende

Spitzensport

Die Bundespolizei bietet mit ihren Sportschulen in Bad Endorf (Bayern) und Kienbaum (Brandenburg) Spitzensportlerinnen und -sportlern neben dem Polizeiberuf optimale Bedingungen für deren sportliche Karriere. Auch 2022 konnten Athletinnen und Athleten der Bundespolizei bei weltweiten Wettkämpfen ihre Spitzenpositionen verteidigen und große Erfolge feiern.

Besondere Auszeichnung für die Bundespolizeisportschulen

Während der 46. Sportministerkonferenz wurden die Bundespolizeisportschulen als „Spitzensportfreundliche Betriebe 2022“ ausgezeichnet. Diese Auszeichnung unterstreicht das Engagement der Bundespolizei bei der Umsetzung der dualen Karriere, welche die sportliche Karriere der Spitzensportlerinnen und Spitzensportler mit sicheren und vielfältigen Berufsperspektiven verbindet. Die Spitzensportförderung der Bundespolizei wurde damit einmal mehr als eine tragende Säule für den Erfolg deutscher Mannschaften hervorgehoben.

Athletinnen und Athleten schreiben Sportgeschichte

Das Highlight des Sportjahres 2022 waren die XXIV. Olympischen Winterspiele in Peking. Dort haben die 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bundespolizeisportschule Bad Endorf nicht nur neue olympische Medaillenrekorde in der Athletenwertung aufgestellt (10x Gold, 2x Silber und 2x Bronze), sondern mit ihren packenden Wettkämpfen und spektakulären Ergebnissen neue Kapitel olympischer Sport-

geschichte geschrieben. Erstmals in der Geschichte der Olympischen Winterspiele führten mit Claudia Pechstein und Francesco Friedrich zwei Bundespolizeiangehörige als Fahnenträger das deutsche Team während der Eröffnungsfeier an.

Auch die an den Sommersportwettkämpfen 2022 teilnehmenden Athletinnen und Athleten der Bundespolizeisportschule Kienbaum waren sehr erfolgreich. Sie gewannen in den Sportarten Judo, Radsport, Kanu-Rennsport, Kanu-Slalom und Bogenschießen insgesamt 13 Weltmeisterschafts- und 19 Europameisterschafts-Medaillen.

Ausbildung und Weiterentwicklung an Bundespolizeisportschulen

Mit der dualen Karriere hat die Bundespolizei seit Einführung der Spitzensportförderung 716 Spitzensportlerinnen und -sportler in 22 olympischen Sportarten gefördert und diese parallel zu Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten des mittleren Dienstes ausgebildet.

Der Ausbildungsplan ist an die Bedürfnisse des Spitzensports im Weltklasseformat angepasst und ermöglicht einen optimalen Wechsel zwischen der polizeifachlichen Ausbildung und der Trainings- und Wettkampfphase. An beiden Bundespolizeischulen werden hervorragende Rahmenbedingungen wie hochmoderne Schulungs- und Trainingsstätten, adäquate Unterkünfte und eine optimale Infrastruktur gewährleistet. Die Sportlerinnen und Sportler werden nach der Ausbildung für die Dauer

ihrer sportlichen Laufbahn nahezu vollständig vom Einsatzdienst freigestellt. Der Praxisbezug zum Polizeivollzugsdienst bleibt durch jährliche Praktika in einer Behörde oder Dienststelle der Bundespolizei erhalten.

Für die berufliche Weiterentwicklung und zur Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung besteht seit 2020 die Möglichkeit, über ein verkürztes Aufstiegsverfahren in die Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes zu wechseln.

Medaillenspiegel der Olympischen Winterspiele in Peking 2022

	Gold	Natalie Geisenberger Johannes Ludwig Tobias Arlt Francesco Friedrich Alexander Schüller Hannah Neise	Rennrodeln - Einsitzer und Teamstaffel Rennrodeln - Einsitzer und Teamstaffel Rennrodeln - Doppelsitzer und Teamstaffel Zweier-Bob und Vierer-Bob Vierer-Bob Skeleton
	Silber	Axel Jungk Sascha Benecken	Skeleton Rennrodeln - Doppelsitzer
	Bronze	Daniela Maier Markus Eisenbichler	Ski Cross Skispringen Teamwettbewerb

Die geförderten Sportarten beider Bundespolizeisportschulen im Überblick:

- 1978 Ski Alpin, Biathlon, Nordische Kombination, Skilanglauf, Skispringen
- 1991 Eisschnelllauf
- 1996 Short Track
- 1997 Bob, Rennrodeln
- 1999 Snowboard, Judo, Leichtathletik, Radsport
- 2005 Skeleton
- 2007 Kanu-Rennsport, Kanu-Slalom, Rudern, Bogenschießen, Schießen
- 2008 Freestyle Skiing/Skicross
- 2017 Turnen
- 2021 Karate



Führungs- und Einsatzmittel



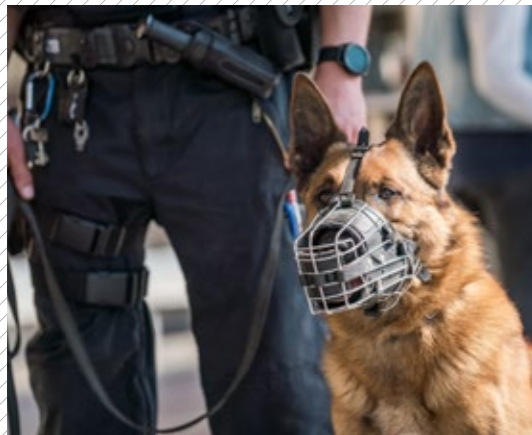
44
Pneumatische
Einsatzzelte



28
Dienstpferde



425
Diensthunde



91.572.755
gefahrte Kilometer



4.049
Pkw



davon 339 mit
alternativem Antrieb



119
Busse



3.814
Lkw, Sonderwagen
und Sonstige



15
Wasserwerfer



171
Motorräder



etwa 580
Fahrräder



4
Segways



1
Schneemobil



68
Rettungs-
fahrzeuge

Hubschrauber



22.362
Flugstunden



24
Aufklärungs- und
Beobachtungs-
hubschrauber



19
Leichte Transport-
hubschrauber



23
Mittlere Transport-
hubschrauber



18
Zivilschutz-
Hubschrauber



10
einmotorige Schu-
lungshubschrauber

Die Bundespolizei betreibt 94 Hubschrauber unterschiedlicher Typen. 76 von ihnen werden für die bundespolizeilichen Alltagsaufgaben genutzt. Eine ständige Bereitschaft ermöglicht die kurzfristige Einsatzfähigkeit auch in besonderen polizeilichen Lagen, etwa für die GSG 9 der Bundespolizei. Darüber hinaus können sie zur allgemeinen Not- und Katastrophenhilfe auf Anforderung der Krisenstäbe der Bundesländer zum Einsatz gebracht werden. Hinzu kommen 18 Zivilschutz-Hubschrauber, die durch Piloten der Bundespolizei geflogen und durch das luftfahrttechnische Personal der Bundespolizei gewartet werden.



Schiffe



167.933
gefahrne Seemeilen



6
hochsee-
taugliche
Einsatzschiffe



5
Kontrollboote,
davon 2 im
Auslandseinsatz



32.363
Einsatzstunden
auf See

Neues Einsatzschiff nimmt Gestalt an
Seit Beginn des Jahres 2022 wurde der Rumpf des neuesten Einsatzschiffes der Bundespolizei, die BP 84, bei der Fassmer Werft an der Weser fertiggestellt, der 86 Meter lange Rumpf lackiert. Die Erprobungen auf See waren erfolgreich. Die BP 84 ist das vierte Schiff der „Potsdam“-Klasse für die Bundespolizei.

Das hochseetaugliche, multifunktionale Schiff verfügt wie seine Schwesterschiffe über ein Landedeck für die größten Hubschrauber der Bundespolizei. Es kann Spezialkräfte in einen Einsatzraum bringen, als schwimmende Einsatzzentrale fungieren oder Missionscontainer aufnehmen. Auf dem Vorschiff wurde, wie bei den drei anderen Schiffen der Potsdam-Klasse, eine Distanzwaffe des Kalibers 57 Millimeter installiert.





2.342
Überzieh-
schutzwesten

52.826
Unterzieh-
schutzwesten



 **57.890**
P30 BPOL

 **12.144**
MP5

 **904**
Sonderwaffen

 **30**
Distanz-Elektro-
impulsgeräte
(in der Erprobung)

2.417
Bodycams

10.490
Smartphones

rund
23.000
Handfunkgeräte

rund **20.000**
Erste-Hilfe-Taschen

Abkürzungsverzeichnis

BBesG	Bundesbesoldungsgesetz	LIES	Länderspezifisches Informations- und Erkennungssystem
BFE+	Beweissicherungs- und Festnahmeinheit	MFE	Mobile Fahndungseinheit
BPOL	Bundespolizei	Mio.	Millionen
BPOLABT	Bundespolizeiabteilung	MKÜ	Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit
BPOLAFZ	Bundespolizei aus- und -fortbildungszentrum	Mrd.	Milliarden
BPOLAST	Bundespolizei ausbildungsstätte	mZ	Mittlerer Dienst Zulage
BPOLD	Bundespolizeidirektion	OWi	Ordnungswidrigkeit
BPOLFLS	Bundespolizei-Fliegerstaffel	PBL	Personenbegleiter Luft
BPolG	Bundespolizeigesetz	PES	Polizeiliche Eingangsstatistik
BPOLI	Bundespolizeiinspektion	PNR	Passenger Name Record
BPOLSPSCH	Bundespolizeisportschule	PSA BPOL	Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland der Bundespolizei
BPOLTZK	Bundespolizei trainingszentrum Kühroinhaus	PVB	Polizeivollzugsbeamte
CERT BPOL	Computer Emergency Response Team der Bundespolizei	SiB	Sicherheitsberater an deutschen Auslandsvertretungen
Covid-19	Infektionskrankheit SARS-CoV-2 – Coronavirus	UAS	Unmanned Aircraft System – Unbemannte Luftfahrzeuge
DNA	deoxyribonucleic acid – Desoxyribonukleinsäure	USA	Vereinigte Staaten von Amerika
DVB	Dokumenten- und Visumberater der Bundespolizei	VB BPOL	Verbindungsbeamte der Bundespolizei
ED	Erkennungsdienst	VN	Vereinte Nationen
ENTSCHD BPOL	Entschärfungsdienst der Bundespolizei	WM	Weltmeisterschaft
ETIAS	European Travel Information and Authorisation System – Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem		
EU	Europäische Union		
Europol	Polizeibehörde der Europäischen Union		
Frontex	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache		
GPPT	German Police Project Team Afghanistan – Deutsches Polizeiprojektteam in Afghanistan		
GSG 9 BPOL	GSG 9 der Bundespolizei		
GUA	Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland		
gZ	Gehobener Dienst Zulage		
GZ	Gemeinsames Zentrum		
h	Stunden		
IT	Informationstechnik		
KB	Kriminalitätsbekämpfung		
kg	Kilogramm		
km	Kilometer		



bundespolizei.de/mediathek



komm-zur-bundespolizei.de



Impressum

Herausgeber

Bundespolizeipräsidium
 LS 2 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 Heinrich-Mann-Allee 103
 14473 Potsdam
 Tel. +49 331 97997-9410
 Fax +49 331 97997-9321
 presse@polizei.bund.de
 www.bundespolizei.de
 V. i. S. d. P.: Gero von Vegesack

Redaktion

Helvi Abs, Sebastian Kalabis

Layout, Satz und Foto

Barbara Blohm, Jakob Maibaum, Alexandra Stolze
 Bundespolizeipräsidium, Referat 66 – Medien

Lektorat

Lektorat Zeichenmanufaktur, Pleinfeld

Bildnachweis

Alle Bilder Bundespolizei, außer:
 alle Icons von Flaticon; S. 33 starline auf freepik.com;
 S. 58 unten picture alliance/imageBROKER, Kim Petersen;
 S. 72 unten picture alliance/dpa, Hannes P. Albert

Alle Rechte vorbehalten.

Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG
 60386 Frankfurt am Main

Auflage

7.400

Zur besseren Lesbarkeit wird teilweise das generische Maskulinum verwendet. Gemeint sind Angehörige aller Geschlechter.



BUNDESPOLIZEI